

Es ist eine fundamentale Finanzsystemkrise

Was die marktradikalen Neo-Liberalisten **selbst herbeiführten** [10] / Der Lehman-Crash vom 15.9.2008 legte die Fehler offen / Gelingt es nach Banken- und Welt-Wirtschaftskrise, eine ökologische „Soziale Marktwirtschaft“ global zu etablieren? / Ein 4. Krisen-Blog *

BERLIN – 16.3.2009 (khd). „Man investierte ins Nichts, das Nichts vermehrt sich, das Nichts wird über die ganze Welt verkauft“, so beschreibt Literatur-Nobelpreisträgerin Elfriede Jelinek treffend die Finanzmarktkrise in ihrem neuen Theaterstück „Die Kontrakte des Kaufmanns“, das heute Abend in Wien ‚ur-gelesen‘ wird. Unglaublich: Aber mit ihren vielen „Nichtss“ – man darf das auch als ‚toxic papers‘ buchstabieren – hat die famose internationale Bankenwelt die reale Weltwirtschaft ganz mächtig aus dem Gleichgewicht gebracht und damit bereits reichlich Wut bei Menschen erzeugt und soziales Elend produziert, dieses vor allem in den armen Ländern dieser Welt.

Nun möchte man meinen, daß jetzt die reichen Ländern wirklich alles daransetzen, um möglichst schnell zu einer Verbesserung der wirtschaftlichen Gesamtlage zu kommen. Aber im Vorfeld des Londoner Weltfinanz-Gipfels am 2. April 2009 gibt es erst mal wieder Streit um die ‚Glaubensrichtung‘ – die grundsätzliche Marschrichtung der Krisenbewältigung. Dabei geht es um die Frage, ob erst die Konjunktur mit weiteren staatlichen Maßnahmen (Konjunkturprogramme) angeregt werden soll oder erst der Finanzmarkt reguliert werden soll. Die USA wollen weitere Konjunkturprogramme, wobei sie von China, Großbritannien und Japan unterstützt werden. Die schnelle Regulierung der Finanzmärkte wird von Ländern der Euro-Zone bevorzugt. Auch die Bundeskanzlerin Merkel (CDU) setzt ihre Priorität auf die Reform des Finanzsystems vor Konjunkturstützung.

Zwar verwundert es, daß nach einem ganzen Halbjahr Krise noch immer nicht die einfachsten Regulierungen des Finanzmarkts realisiert worden sind. Aber eigentlich gibt es gar keinen Gegensatz zwischen den Streitpositionen. Denn man muß beides gleichzeitig in Angriff nehmen. Auch täte es der deutschen Wirtschaft in der Tat sehr gut, auf die Amerikaner zu hören und hierzulande endlich mehr nachhaltige Nachfrage zu erzeugen, um zumindest einen Teil der großen Exportausfälle zu kompensieren.

Wenn dieser unsinnige Streit nicht schleunigst beigelegt wird, dann kann es durchaus passieren, daß die G20-Länder auf der Konferenz in London zu keinem vorzeigbaren Ergebnis kommen werden. Die *Financial Times* (London) zog bereits am Wochenende einen Vergleich zur 1933 in London stattgefundenen Konferenz von 66 Regierungen. Dort sollte in der Weltwirtschaftskrise I die große Lösung durch ein abgestimmtes Vorgehen zur Ankurbelung von Wachstum und Handel erreicht werden. Aber daraus wurde wg. des Egoismus‘ der Länder nichts. Sollte auch der G20-Gipfel Anfang April scheitern, dann würde sich die Krise sofort um eine Glaubwürdigkeitskrise erweitern. Das derzeit noch vorhandene Rest-Vertrauen in staatliches Handeln wäre völlig verspielt.

Die ersten 6 Monate nach dem L-Crash

► 16.–23.3.2009 (khd). Nach einem halben Jahr der Beobachtung endete vor einer Woche mein 3. Krisen-Blog zur Finanzkrise alias Bankenkrise alias Wirtschaftskrise [06]. Diese Weltwirtschaftskrise II hat sich allorten verschärft, und ein Ende ist überhaupt nicht absehbar. Irgendwie haben bislang alle staatlichen Rettungsprogramme noch nichts gebracht. Das liegt

vor allem daran, daß wir es diesmal nicht mit so einer Konjunkturdelle zu tun haben, sondern mit einer im Bankensystem ausgelösten fundamentalen Krise des Finanzsystems westlicher Prägung – des Kapitalismus. Eine solche Krise kann daher auch nicht nur mit dem Kurieren an Symptomen bewältigt werden. Es bedarf eines fundamentalen Ansatzes, um das Finanzsystem auf neue solidere Füße zu stellen.



Auch wenn Deutschland die nach 1945 erfundene soziale Marktwirtschaft zuletzt kaum noch praktizierte, könnte jetzt eine Neuauflage in der Form einer nunmehr öko-sozial ausgerichteten Marktwirtschaft Modell für eine neue „Soziale Weltmarktwirtschaft“ sein. Eine solche wegweisende Marktwirtschaft zur Überwindung der Strukturkrise des Finanzsystems wird überall dort durch

Tempi passati?

Erinnerung an Parolen des Neo-Liberalismus

BERLIN – 21.9.2008 (pep/khd-research). Wie hießen doch gleich die vielen ‚Lehrsätze‘ des ungezügelten Wirtschaftswahns, die nun über Nacht nicht mehr gepriesen werden?

- **Der Markt reguliert sich selbst.**
- **Eingriffe des Staats schaden der Wirtschaft.**
- **Die Privatisierung staatlicher Unternehmen nutzt den Kunden.**
- **Verstaatlichung ist Sozialismus.**
- **Von der Globalisierung profitieren alle.**
- **Hedge-Fonds sind nützlich für die Wirtschaft.**
- **Wer ein hohes Risiko trägt, muß auch hoch bezahlt werden.**
- **Jede(r) ist seines Glückes Schmied.**
- **In der Krise ist der Staat nicht die Lösung, sondern das Problem.**

energische Regulierung („Spielregeln“) und staatliche Kontrollen begleitet, wo die Gefahr besteht, daß die Handelnden ein falsches Spiel zum Nachteil der Volkswirtschaften treiben könnten. Im Vordergrund müssen dabei die Menschen stehen – nicht das Geld. Der Handel mit realen Gütern muß absoluten Vorrang haben, Virtuelles muß geächtet werden. Es darf niemals wieder passieren, daß Banker ihren Kunden ein „Nichts“ verkaufen.

Aber es gibt sehr starke Kräfte, die das System nur etwas reparieren wollen – restaurieren wollen, aber im Prinzip alles beim alten belassen wollen. Der amerikanische Vordenker George Friedman gibt im aktuellen Interview [12] eine solche konservative Richtung vor. Es wird deshalb sehr auf die Menschen allerorten ankommen, die ihren Politikern notfalls Beine machen müssen.

Wie es nun weitergeht, soll im folgenden 4. Krisen-Tagebuch beschrieben werden, das mit der 27. Woche nach dem Lehman-Crash („L-Crash“) beginnt, und in dem vor allem über die Entwicklung eines **neuen Finanzsystems** sowie dem Ausmaß und die weitere Entwicklung der **Weltwirtschaftskrise II** berichtet werden soll.

7. Monat nach dem L-Crash 27. Woche nach dem L-Crash

► 16.03.2009 (khd/taz/d-radio). Nobelpreisträgerin Elfriede Jelinek hat ein **Theaterstück zur Finanzkrise** geschrieben: „Die Kontrakte des Kaufmanns“, wurde heute Abend in Wien in einer ‚Urlesung‘ im Akademietheater aufgeführt. In der *taz* heißt es dazu am 18. März u. a.: „Unsere Ersparnisse, die uns jetzt endlich erspart bleiben werden“, besingt der „Chor der Werktätigen“. Hinweggerafft hat sie der „freie Unternehmegerist“ – „fürchten Sie ihn, wenn Sie ihn sehen“. Die Banker – der „Chor der Greise“ – antworten: „Damit müssen Sie sich abfinden, so wie wir uns mit unseren Abfindungen abfinden müssen.“ Das Geld, das arbeitet jetzt nicht mehr, das ruht sich jetzt aus, im Real Estate Heaven. Man investierte ins Nichts, das Nichts vermehrt sich, das Nichts wird über die ganze Welt verkauft – das, so Jelineks Pointe, ist die absurde Rationalität der Finanzmärkte. Um Mitternacht gab es für die Austreibung des Unternehmegeristes stehende Ovationen. Gepriesen sei die Finanzkrise für solche Theaterstücke.

► 17.03.2009 (khd/hbl/d-radio). Der US-Versicherungskonzern **AIG zahlt 12 Mrd. Dollar an die Deutsche Bank** und reicht damit einen Teil seiner Hilfgelder weiter. Auch andere Banken (Bank of America, Barclays, Dresdner Bank, DZ Bank, Goldman Sachs, KfW, LBBW, Merrill Lynch, Société Générale, UBS) erhielten von AIG Überweisungen in Milliardenhöhe, um früher eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen. Insgesamt soll AIG 105 Mrd. Dollar ausgezahlt haben. AIG wurde im Herbst 2008 mit 170 Mrd. Dollar vom US-Staat gerettet. In den USA gibt es deshalb Unmut, obwohl in der Krise derartige Geldtransfers zum Wiederaufbau von Vertrauen beitragen.

► 17.03.2009 (khd/tsp/d-radio). Die Gewerkschaft IG Metall hat Wirtschaft und Politik aufgefordert **endlich Verantwortung für die Ursachen der Wirtschaftskrise zu übernehmen**. „Wer diese Krise überwinden will, muß Strukturen der Wirtschaft und Gesellschaft grundlegend verändern“, sagt IG-Metall-

Die Systemkrise nutzen

In welcher Gesellschaft leben wir? Soziale Auswege aus der Krise
erfordern Beteiligung, Engagement und Mobilisierung.
Eine Rede von Horst Schmitthenner, IG Metall.

Aus: Junge Welt (Tageszeitung), 9. Februar 2009, Seite 3 (Schwerpunkt) von HORST SCHMITTHENNER. [08]

Am Samstag [7.2.2009] fand in der IG-Metall-Zentrale in Frankfurt am Main die Tagung »Für eine andere Politik. Wer, wenn nicht wir? Wann, wenn nicht jetzt?« zur »Verständigung zivilgesellschaftlicher Kräfte im Wahljahr 2009« statt. Junge Welt dokumentiert die Rede von Horst Schmitthenner, Leiter des Verbindungsbüros Soziale Bewegungen im Vorstand der IG Metall, mit der die Konferenz eröffnet wurde.

Wir befinden uns erst am Beginn der tiefsten Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit. Diese Krise ist das Ergebnis einer Politik, die uns weismachen wollte, daß Wachstum und Beschäftigung durch massive Umverteilung von unten nach oben erzeugt wird. Eine Politik, die Deregulierung zugunsten eines uneingeschränkten Kapitalverkehrs auf ihre Fahnen geschrieben hat. Eine Politik, die die Steuern auf Gewinne und Vermögen fortwährend gesenkt hat – teilweise auf Null. Eine Politik, die die Gewinne der Banken beim Verkauf ihrer Industriebeteiligungen steuerfrei stellte und Hedge-Fonds zur Jagd nach immer höheren Renditen einlud. Diese Politik hatte Namen und Gesichter. Hatte! Denn heute will es keiner gewesen sein. Insbesondere niemand aus der amtierenden Bundesregierung, niemand aus den diese Regierung tragenden Parteien. Gleichsam über Nacht wurden aus eingefleischten Neoliberalen Kämpfer für eine strikte Regulierung der Kapitalmärkte, für lückenlose Bankenaufsicht, für Transparenz, für die Begrenzung exzessiver Managergehälter.

Politische Amnesie

Wir sind die Letzten, die Lernfortschritte nicht anerkennen würden. Sozialer und politischer Fortschritt ist an Erkenntnisgewinn, an Aufklärung gebunden. Wo jedoch Amnesie herrscht, kann es keinen Fortschritt geben. Eine politische Elite, die »vergessen« hat, was für sie noch vor eineinhalb Jahren die Leitbilder ihrer Staatskunst waren, hat ebensoviel Vertrauen verspielt, wie Banken, die auf Haufen toxischer Papiere sitzen. Wir sind heute hier versammelt, weil wir der Bundesregierung ihre politische Amnesie nicht durch-

gehen lassen können. Denn Geschichtsvergessenheit ist eines der Strukturmerkmale neoliberalen Denkens. Ohne Aufklärung über eine Politik, die den Weg in die neue Weltwirtschaftskrise mit geebnet hat, wird es keinen belastbaren Ausweg aus der Krise geben.

Diese Krise ist mehr als eine Wirtschaftskrise. Es handelt sich um eine Systemkrise – eine Krise des Finanzmarktkapitalismus. Ein System, in dem astronomisch hohe Vermögen angeeignet wurden, indem die eigentlichen Produzenten ihres gesellschaftlichen Reichtums enteignet werden. Ein System, in dem Armut trotz Arbeit von zunehmend mehr Menschen Besitz ergreift. Ein System, das Menschen in die Verschuldung treibt, die nun die Kredite für ihre Häuser und Wohnungen, in den USA die Kredite für die privatisierte Ausbildung der Kinder oder für die Gesundheitspolen nicht mehr zurückzahlen können. Ein System, das dem Sozialstaat den Krieg erklärt hat und den autoritären, überwachenden, strafenden Staat – nicht zuletzt gegen die sozialen Opfer dieses Regimes – aufrüstet. Wen wundert, daß sich hinter diesem Staat Unternehmen aufstellen, die ihre Belegschaften bespitzeln, rastern, filmen und aushorchen – darunter die Bahn, ein immer noch mehrheitlich in öffentlichem Besitz befindlicher Konzern, der aber wegen des geplanten Börsengangs privatkapitalistisch aufgestellt ist. Das ist Verhöhnung von Demokratie und Menschenrechten – das ist kriminell.

Angela Merkel hat am 8. Januar auf einer Konferenz mit Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy erklärt, daß das Ziel der deutschen Bundesregierung darin besteht, »Vertrauen« in die »Marktwirtschaft« wieder herzustellen. Es war jedoch gerade das »Vertrauen« in die Funktionsweise deregulierter Finanzmärkte, das »Vertrauen« in die Überlegenheit kapitalmarktbasierter Rentensysteme und das »Vertrauen« in die Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge, das in der politischen Klasse für kollektive Blindheit gegenüber den wachsenden systemischen Gefahren des Finanzmarktkapitalismus gesorgt hat. Wer dem System des Shareholder-Value in den Be-

Fortsetzung von Seite 3

trieben und dem System der entgrenzten Marktsteuerung in immer mehr Lebensbereichen »vertraut«, der hat verloren. Wir sind heute hier versammelt, weil wir in unseren Organisationen, Verbänden, Initiativen und Bewegungen werben wollen für breite gesellschaftliche Bündnisse für sozialen Fortschritt, der dem Regime der Vermögensbesitzer das Wasser abgräbt.

Politische Blockaden

Auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos hat die Bundeskanzlerin eine »Charta des nachhaltigen Wirtschaftens« gefordert. Eine Charta, die Armutsbekämpfung und einen schonenden Umgang mit den natürlichen Ressourcen auf die Tagesordnung setzt, gibt es längst – in mehrfacher Ausfertigung. Das Problem sind politische Blockaden – sei es bei der Kyoto-Nachfolgerunde oder bei der Doha-Runde. Für Kriege – an der Spitze die im Irak und in Afghanistan – werden weltweit weiterhin enorme Summen ausgegeben und jeder SIPRI-Bericht veröffentlicht neue Rekorde im globalen Militär- und Waffenhandel, während für Programme zur Bekämpfung des globalen Hungers kaum Gelder zur Verfügung stehen. Ebenso groß ist die Kluft zwischen politischen Proklamationen und einer zerstörerischen Realität im Umgang mit Climate Change. Es ist politische Verbalhornung, wenn jedem Substantiv das Adjektiv »nachhaltig« vorangestellt wird – um anschließend in Fragen der Abgaswerte oder der Schadstoffemissionen von Kohlekraftwerken und Chemieunternehmen beinharte Standortpolitik zu betreiben. Wir sind diese zunehmend zynische Verlautbarungspolitik nicht nur leid – wir leben in einer zugespitzten Situation, in der wir sie uns auch nicht länger leisten können.

Die Politik ist keineswegs bereit, alternative wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungspfade als Konsequenz aus der Krise einzuschlagen, also

zum Beispiel eine umfassende Demokratisierung der Betriebe und Unternehmen bis hin zur Wirtschafts-demokratie. Im Gegenteil. Die politische Realität nicht nur in dieser Republik ist durch Demokratie-Entleerung gekennzeichnet. Formell leben wir in einem demokratischen parlamentarischen Rechtsstaat, der auf Gewaltenteilung unabhängiger Institutionen fußt. Tatsächlich wird der demokratische Gehalt dieser Institutionen immer fragwürdiger. Wer kontrolliert die Vergabe der 480 Milliarden Euro aus dem Finanzmarktstabilisierungsfonds? Die Abgeordneten des deutschen Bundestages jedenfalls nicht. Wer hat die Bundesregierung kontrolliert, als es um die Bewilligung der Nutzung von Militärbasen der USA auf deutschem Boden während des Irak-Krieges ging oder um Überflugrechte von CIA-Maschinen mit geheimen, rechtswidrigen Gefangenentransporten? Wir wissen es bis heute nicht. Wie heißt noch jener Politiker, der es sich verbat, beständig an seine Versprechen im Wahlkampf erinnert zu werden?

Jede Landtagswahl zeigt – zuletzt in Hessen, daß sich diese Republik immer mehr zu einer Zuschauerdemokratie entwickelt, in der der Zuschauer durchaus rational handelt, wenn er den Wahlkampfslogans nicht mehr traut und dem Urnengang fernbleibt. Dennoch: Wir können uns diese Art politischer »Rationalität« nicht erlauben. Nicht, weil sie nichts ändert. Sondern weil sie die Verhältnisse verschlechtert. Aus einem simplen Grund: Gerade die deutsche Geschichte hat mehrfach gezeigt, wie zerstörerisch rechte Auswege aus einer tiefen Systemkrise sind. Dieser Gefahr muß vorgebeugt werden. Das heißt: Heraus aus der Zuschauerdemokratie. Soziale Auswege aus der Krise erfordern Beteiligung, Engagement, Mobilisierung – erfordern öffentliche Präsenz, Kämpfe um Deutungshoheit, Streit für alternative Entwicklungspfade.

Chef Berthold Huber (siehe auch Artikel auf Seite 3). Die Gewerkschaft verlangt zunächst eine öffentliche Entschuldigung von den Vorständen aller Banken sowie die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Finanzmarktkrise durch den Bundestag.

► 18.03.2009 (khd/d-radio). Die **Reaktion der Europäischen Union auf die Wirtschaftskrise ist heftig kritisiert worden**. Paul Krugman, Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften, bezeichnete die europäischen Konjunkturprogramme als „wirklich ent-

täuschend“. Krugman sagte bei einem Treffen mit EU-Industriekommissar Günter Verheugen: „Die USA tun nicht genug, um die Krise zu bekämpfen, und Europa tut weniger als die Hälfte dessen, was die USA tun.“ Auch der ehemalige EU-Kommissionspräsident Jacques Delors zeigte sich unzufrieden. Europa ziehe nicht an einem Strang und reagiere „langsam und behäbig“, sagte Delors zu *Capital*. Die Lage in der Euro-Zone sei „gefährlich“ (siehe auch Seite 20 in [06]).

► 18.03.2009 (khd/sz). Die *Süddeutsche Zeitung* berichtet auf Seite 17, daß einige Geldinstitute damit begonnen haben, **Käufer von Zertifikaten der US-Pleitebank Lehman-Brothers teilweise zu entschädigen** – quasi klammheimlich. Dabei handele es sich um ein Entgegenkommen der Institute (Kulanz), heißt es. Solche Teil-Entschädigungen führen offensichtlich durch: Hamburger Sparkasse (Haspa), Frankfurter Sparkasse (Fraspa) sowie einige Volks- und Raiffeisenbanken. Nach Schätzungen der Verbraucherzentrale Hamburg sind bundesweit etwa 40.000 Anleger mit Lehman-Zertifikaten betrogen worden.

► 18.03.2009 (khd/hbl/d-radio). Die **CSU fordert „strafrechtliche Aufarbeitung“** der Finanz- und Wirtschaftskrise. „Die Finanzkrise ist nicht aus heiterem Himmel gekommen, sondern weil Fehler in den Chefetagen gemacht wurden – auch bei uns in Deutschland“, sagte Generalsekretär Alexander Dobrindt dem *Hamburger Abendblatt*. „Aufgabe der Politik muß es sein, hier klare Verantwortlichkeiten zu benennen und Konsequenzen einzufordern. Die strafrechtliche Aufarbeitung ist dabei ein Teil.“ Das Vertrauen in die soziale Marktwirtschaft könne nur wieder hergestellt, wenn die Fehler der Vergangenheit auch ordentlich aufgearbeitet werden.

► 18.03.2009 (khd/djn). Die britische Financial Service Authority (FSA) ist nun auch dafür, die **Hedge-Fonds einer internationalen Kontrolle zu unterwerfen**. Zusammen mit Geschäftsbanken, Investmentbanken und anderen Finanzinstituten könnten die Hedge-Fonds („Heuschrecken“) sehr wohl zur Entstehung der Finanzkrise beigetragen haben, erklärte die Behörde heute.

Wegen ihrer Größe sehen viele Experten die Hedge-Fonds als ein enormes systemisches Risiko. Ende 2008 verwalteten diese Heuschrecken etwa 1,4 Billionen = 1.4000 Mrd. US-Dollar.

► 18.03.2009 (khd/tsp/d-radio). Die **US-Notenbank Federal Reserve hat die Notenpresse angeworfen**. Sie stellt überraschend weitere 1 Billion \$ = 1000 Mrd. \$ zum Kauf von hypothekebesicherten Wertpapieren („toxic papers“) sowie von langlaufenden Staatsanleihen zur Verfügung. Damit wird die Fed quasi zur ‚Bad Bank‘. Der US-Leitzins bleibt – wie erwartet – bei 0 bis 0,25 %.

► 19.03.2009 (khd/d-radio). **In Frankreich kommt es erneut landesweit zu Protesten** gegen die Wirtschaftspolitik des konservativen Präsidenten Nicolas Sarkozy. Nach Gewerkschaftsangaben beteiligten sich

3 Mio. Menschen am Generalstreik. Zentrale Forderungen waren mehr Kaufkraft und Schutz der Arbeitsplätze. Am Abend kam es in Paris zu Ausschreitungen. Die Polizei nahm rund 300 Randalierer fest.

Beflügelt von der starken Mobilisierung drohen die Gewerkschaften mit einer Ausweitung der Protestbewegung. Der konservative Expremier Alain Juppé spricht von einer „echten Angst“, die die Gesellschaft angesichts von Massenentlassungen, Werksschließungen und dahinschmelzender Kaufkraft gepackt habe. Aber die Lage ist in Deutschland, Großbritannien oder Spanien nicht anders.

„Die Lage birgt enormes Sprengpotential“, meint Frankreich-Experte Henrik Uterwedde vom Deutsch-Französischen Institut (DFI). Sollte sich Sarkozy weigern, durch neue Sozialmaßnahmen die aufgeheizte Stimmung zu besänftigen, könnte es durchaus zu einem neuen 1995 kommen. Damals hatte ein wochenlanger Generalstreik die Regierung zum Rücktritt gezwungen. „Bislang gab es in Frankreich fast alle 20 Jahre eine soziale Revolte“, sagt Uterwedde. „Und auch den Mai 68 hat niemand vorhergesehen.“

► 19.03.2009 (khd/sp/d-radio). **Das US-Repräsentantenhaus beschließt eine drakonische Strafsteuer auf an Manager gezahlte Boni**. Der Steuersatz: beträgt bis zu 90 %. Dieser höchste Steuersatz soll für alle Angestellten gelten, die über ein Familienjahreseinkommen von mindestens 250.000 Dollar verfügen und deren Firmen mindestens 5 Mrd. Dollar aus dem staatlichen Rettungsfonds bekommen haben.

Hintergrund war die öffentliche Empörung über Bonuszahlungen von insgesamt 165 Mio. Dollar an Manager des maroden Versicherungskonzerns AIG. Dieser hatte gerade erst 170 Mrd. Dollar an staatlicher Hilfe erhalten, als die Sonderleistungen bekannt wurden.

Eine solche stringente Steuer-Regelung wäre auch in Deutschland dringend geboten, bevor man Bonuszahlungen in der Finanzwirtschaft (sie sind eine der treibenden Kräfte der Finanzmarktkrise gewesen!) ein für allemal untersagt. Das alles scheiterte aber bislang an der Union (CDU + CSU) und der SPD-Justizministerin, die offensichtlich von Lobbyisten daran gehindert werden, denn rational gibt es vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise kein einziges Argument dagegen. Und werden aber Bonus-Zahlungen nicht verboten, dann ist die nächste Krise der Volkswirtschaft bereits heute vorprogrammiert.

Europas 20-Punkte-Plan für den Weltfinanzgipfel in London

Am 20.3.2009 auf dem EU-Gipfel beschlossene Maßnahmen^{1,2,3}

BRÜSEL (dpa). Die Europäische Union (EU) wird mit einem 20-Punkte-Plan zum Weltfinanzgipfel der G20-Länder in London reisen. Die Maßnahmen sollen helfen, die derzeitige schwere Krise einzudämmen und künftige verheerende Entwicklungen auf den internationalen Finanzmärkten zu verhindern. Zu den G20-Ländern gehören die führenden Industriestaaten wie die USA und Japan sowie aufstrebende Volkswirtschaften wie China und Brasilien (G20-Liste auf Seite 4 in [05]). Der Plan hat schlagwortartig folgende Punkte:

1. **Konjunkturprogramme** müssen schnell und international abgestimmt auf den Weg gebracht werden.
2. Die **Kreditvergabe** an Verbraucher und Unternehmen muß wieder reibungslos funktionieren, sonst wirken auch die besten Konjunkturprogramme nichts.
3. Die immense **Staatsverschuldung** in Milliardenhöhe muß langfristig wieder abgebaut werden.
4. **Protektionismus**, der Schutz der heimischen Wirtschaft gegen ausländische Konkurrenten, ist streng verboten. Fairer und freier Handel ist eine Voraussetzung, damit sich die Weltwirtschaft erholt.
5. Angesichts der schwierigen Lage auf vielen Märkten rund um den Globus soll vor allem **mittelständischen Unternehmen** geholfen werden, ihre Exporte gegen Verluste zu versichern – Wettbewerbsverzerrungen sind aber verboten.
6. Der **Internationale Währungsfonds (IWF)** bekommt die zentrale Rolle beim Umbau der Weltfinanzordnung.
7. Der **IWF bekommt wirkungsvolle Instrumente** in die Hand, um frühzeitig Gefahren für das Finanzsystem zu entdecken und zu verhindern.
8. Der **IWF erhält doppelt so viel Mittel**⁴ wie bisher, um rasch Staaten mit Zahlungsschwierigkeiten unter die Arme greifen zu können.
9. Die **Anteile am IWF** sollen neue Kräfteverhältnisse in der Weltwirtschaft widerspiegeln.
10. Alle Staaten sollen sich darauf verpflichten, einerseits das freie Spiel der Kräfte auf den Märkten zu garantieren, andererseits aber Exzesse wie in der jüngsten Krise zu unterbinden. In der Sprache der Politiker heißt das: „**Charta für nachhaltiges Wirtschaften**“.
11. Alle Marktteilnehmer an den Finanzmärkten müssen **Einblick in ihre Geschäfte** gewähren und notfalls haftbar gemacht werden können.
12. Ausnahmslos alle Finanzmärkte, -produkte und -unternehmen überall auf der Welt, die bei einer Schiefelage das gesamte System in den Abgrund reißen könnten, müssen überwacht werden. Die Europäer haben vor allem **Hedge-Fonds und Kapitalbeteiligungsgesellschaften** im Blick, die oft mit Milliarden-Krediten hochspekulative Geschäfte machen, aber kaum dabei kontrolliert werden.
13. **Rating-Agenturen**, die eigentlich zuverlässig Auskunft über die Kreditwürdigkeit von Banken, Staaten und Unternehmen geben sollen, müssen sich nach dem Willen der Europäer nun selbst eine Aufsicht gefallen lassen. Sie tragen für viele Regierungen eine Mitschuld daran, daß das Platzen der Blase mit faulen Hypothekenkrediten in den USA zu solch dramatischen Folgen führte.
14. Für **komplizierte Finanzprodukte**, deren Zustandekommen nicht offensichtlich ist, sollen einheitliche Verträge vorgeschrieben und eine zentrale Abwicklungsstelle eingerichtet werden, die alle Geschäfte im Überblick hat und überwacht.
15. **Steuerhinterziehung, Geldwäsche, Terrorismus-Finanzierung** sollen konsequent bekämpft werden. Das internationale Finanzsystem muß vor riskanten Geschäften beispielsweise in Steueroasen ohne ausreichende Überwachung geschützt werden. Staaten, die die Regelungen unterlaufen, sollen an den Pranger gestellt und notfalls bestraft werden.
16. Nötig ist eine Unternehmenskultur in Finanzinstituten, die Manager nicht durch falsche Anreize zu unkalkulierbaren Risiken verleitet. **Boni-Zahlungen** sollen überwacht werden.
17. Eine bessere Aufsicht ist vor Ende des Jahres für alle großen Institute nötig, die **grenzüberschreitend Finanzgeschäfte** machen.
18. Banken sollen sich in guten Zeiten ein **Kapitalpolster** zulegen, um besser durch Krisen zu kommen.
19. Die **Bilanzierung** der Finanzunternehmen und deren Kontrolle soll verbessert werden.
20. Für Verstöße gegen die Spielregeln soll es angemessene und abschreckende **Strafen** geben.

¹ Der 2. Weltfinanzgipfel findet ab 2. April 2009 in London statt. Ein 1. Weltfinanzgipfel hatte am 15. November 2008 in Washington stattgefunden [05].

² Dieser EU-Plan enttäuscht insofern, daß explizit nur Protektionismus verboten werden soll, nicht aber Unsinniges wie Leerverkäufe, die allermeisten Derivate und komplexe „Finanzprodukte“, die die Welt nicht braucht.

³ Es fällt auf, daß in diesem Plan weder eine Begrenzung von Wucher noch eine Abkehr vom Handel mit nicht-realen Gütern vorkommt.

⁴ Für den IWF sind derzeit 500 Mrd. Dollar vorgesehen.

⁵ xxx.

► 20.03.2009 (khd/sp/d-radio). **EU-Frühjahrgipfel in Brüssel:** Die EU-Staats- und Regierungschefs sind gestern in Brüssel zusammengekommen, um über Schritte gegen die Wirtschaftskrise sowie die Vorbereitung des G20-Treffens zur Reform der internationalen Finanzmärkte zu beraten.

Die wichtigsten Ergebnisse sind: Die EU verdoppelt überraschend ihren „Notfallfonds“ (eine Kreditlinie) für Mitgliedstaaten außerhalb der Euro-Zone, die in akuten Finanznöten stecken. Dafür stellt sie nun 50 Mrd. Euro bereit. Damit sollen Staatsbankrotte verhindert werden. Die EU will der G20-Weltfinanzkonferenz in London vorschlagen, daß die Mittel des Internationalen Währungsfonds (IWF) auf 500 Mrd. Dollar verdoppelt werden. [EU-Plan für London siehe Seite 6]

Großes Einvernehmen besteht für den G20-Gipfel in London, wo Europa mit einer Stimme und einem umfassenden Forderungskatalog als Vorreiter für eine Reform der Finanzmärkte auftreten will. Neben strengen Regeln vor allem für Hedge-Fonds, Derivatemärkte und Rating-Agenturen fordert die EU einen schnellen Abschluß der Doha-Gespräche zum Abbau von Handelschranken, den Aufbau der von Merkel vorgeschlagenen Charta für nachhaltiges Wirtschaften und einen wirksamen Kampf gegen Steueroasen.

► 20.03.2009 (khd/d-radio). Der **Bundestag beschließt das „Banken-Enteignungsgesetz“** mit großer Mehrheit. Damit kann nun notfalls die widerspenstige Heuschrecke J. C. Flowers aus der maroden Hypo Real Estate (HRE) herausgedrängt werden. Dieses Finanzmarkt-Stabilisierungs-Ergänzungsgesetz (FMStEG), wie es offiziell heißt, war auch notwendig geworden, weil der Bundesregierung im Oktober 2008 mit dem FMStG nicht der große Wurf gelungen war. Der Bundesrat behandelt das FMStEG in 2 Wochen.

Besonders heftige Kritik an dem Gesetz kam von der FDP: „*Enteignung ist kein Instrument unserer Rechtsordnung, das ist ein Instrument der sozialistischen Planwirtschaft*“, hatte im Vorfeld schon der FDP-Finanzexperte Hermann Otto Solms getönt. So könne man mit Aktionären und Bürgern nicht umgehen. Das verwundert nun doch sehr, denn was mußten zum Beispiel (Klein-) Aktionäre in den letzten Jahren allzuoft erleben: Enteignung – durch das völlig überflüssige neo-liberale Instrument des „squeeze-out“ im Aktienrecht¹. Dagegen hat sich eine FDP noch nie engagiert.

Und Enteignung ganzer Unternehmen sieht unsere Verfassung im Artikel 14 Absatz 3 ausdrücklich vor („*Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen.*“). Dieser Artikel gehört sogar zu den „Ewigkeitsartikeln des GG“, die auch durch eine FDP nie geändert werden könnten. Was also soll dieser infantile FDP-Dummschwatz?

► 20.03.2009 (khd/nzz). Der **Rückgang der Industrie-Produktion in Europa** hat sich im Januar 2009 noch einmal verstärkt. Sowohl in der Euro-Zone (–17,3 %) wie auch in der EU liegt der Abschwung bei über 15 % und ist damit noch einmal stärker als im Dezember 2008. Den größten Rückgang mußte Estland mit –26,8 % hinnehmen, während Irland mit nur –0,8 % vergleichsweise gut wegkam. Deutschland verliert 19,1 %. In der Gesamt-EU sank die Produktion um 16,3 %, wie EuroStat heute mitteilte.

► 20.03.2009 (khd/bild). **Bundespräsident Köhler warnt vor neuen Schockwellen aus Osteuropa.** Köhler befürchtet, daß die Krise in Osteuropa (aktuelle Zahlen siehe Seite 20 in [06]) nicht ausreichend in Deutschland beachtet wird. Die deutsche Wirtschaft macht mit den mittel- und osteuropäischen Staaten mehr Exportumsatz als mit den USA. Entsprechend hart würde sie von einer drastischen Verschärfung der Krise dort getroffen. Auch deutsche Banken seien in den Ländern stärker engagiert als britische oder amerikanische.

Die osteuropäischen Staaten brauchen für ihre Entwicklung und Wachstum enormen Zufluß ausländischen Kapitals. Das bleibt wegen der weltweiten Finanzkrise jetzt bis zu 3/4 aus, was die Staaten in schwere Schieflage bringt. Ungarn und Lettland mußten bereits mit rund 10 Mrd. Euro geholfen werden, Rumänien bittet derzeit um einen 20-Mrd.-Euro-Kredit.

► 21.03.2009 (khd/sp). **Deutschland gehen die Ingenieure aus.** Unternehmen bekommen trotz Rezession vermehrt Probleme, frei werdende Ingenieurstellen zu besetzen. Schon jetzt sind 50.000 Jobs unbesetzt. Nach einer Studie der Technikakademie Aca-Tech steigt zudem bis 2015 die Zahl der jährlich in den Ruhestand gehenden Ingenieure von heute 37.000 auf dann 43.000. Dem stünden derzeit etwa 44.000 Absolventen der Ingenieurwissenschaften gegenüber.

¹ Erinnert sei nur an die Enteignung (mit miserabler Entschädigung) der BHF-Aktionäre (WKN 802500) durch die niederländische ING-Bank im August 2002, wonach die ING BHF-Bank 2004 an die deutsche Privatbank Sal. Oppenheim (Köln) weitergereicht wurde.

► 21.03.2009 (khd/ag/d-radio). **In Ungarn steht die 3. europäische Regierung infolge der weltweiten Finanzkrise vor dem Aus.** Ministerpräsident Ferenc Gyurcsany bot heute seinen Rücktritt an. Für Reformen im Kampf gegen die Finanzkrise sei eine Zusammenarbeit mit anderen Parteien nötig, der er nicht im Weg stehen wolle, sagte Gyurcsany auf dem Parteitag seiner Sozialisten.

Deshalb solle ein neuer Ministerpräsident eine stabile Regierung bilden. „Das Krisenmanagement und weitere Veränderungen brauchen einen stärkeren politischen und gesellschaftlichen Rückhalt als den gegenwärtigen“, sagte der 47-jährige. Anfang des Jahres waren infolge der Finanzkrise bereits die Regierungen in Island und Lettland zusammengebrochen.

► 22.03.2009 (khd/ag). Der russisch-orthodoxe Patriarch Kirill hat die **aktuelle Finanzkrise als Segen bezeichnet**. Sie ermögliche es den Menschen, über ihr bisheriges Leben nachzudenken und es neu zu bewerten, zitierte die amtliche russische Nachrichtenagentur RIA-Nowosti heute den Patriarchen. „Die Krise kann in gewissem Sinn dazu beitragen, daß die

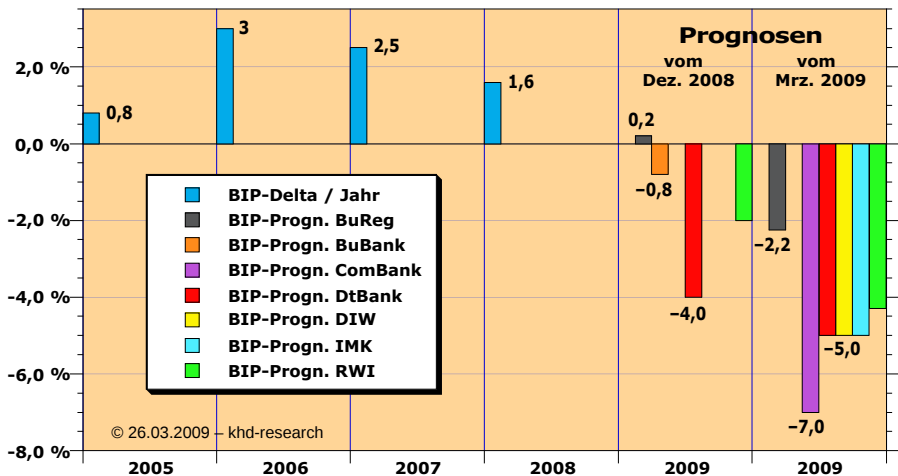
Menschen die richtige Einstellung zur Arbeit finden“, sagte Kirill während eines Besuchs in Kaliningrad (Königsberg).

Jeder sollte sich fragen, ob sein Lohn im richtigen Verhältnis zu seiner Arbeit stehe. Kirill, der im Januar zum Nachfolger des verstorbenen Patriarchen Alexi II. gewählt worden war, verglich die Finanzkrise mit einer Flut, die falsche Versprechungen der Wirtschaft und übermäßige Genußsucht fortspüle.

► 22.03.2009 (khd/d-radio). **BA-Chef Weise warnt vor Anstieg auf 4 Millionen Arbeitslose:** Die Lage am Arbeitsmarkt habe sich in Deutschland deutlich verschlechtert. Im schlimmsten Fall könne die Zahl der Arbeitslosen noch 2009 auf 4 Mio. steigen, sagte der Bundesagentur-Chef. Im Februar waren gut 3,5 Mio. Menschen offiziell arbeitslos gemeldet. Die Bundesagentur für Arbeit (BA) ging bislang von einem Anstieg der Arbeitslosenzahl im Jahresdurchschnitt um 332.000 auf 3,6 Mio. aus. Dabei ist bereits berücksichtigt, daß die Konjunkturprogramme der Regierung den Konjunkturreinbruch abfedern.

BIP-Prognosen

Jahres-Zuwachs des deutschen Bruttoinlandsprodukts (BIP)



▲ **Düstere Aussichten für Deutschland** – die BIP-Prognosen für 2009 einiger Institute. Die negativste Prognose mit minus 6–7 % kommt von der Commerzbank. Die Bundesregierung wird demnächst ihre Prognose ebenfalls nach unten korrigieren müssen. (Grafik: 26.3.2009 – khd)

28. Woche nach dem L-Crash

► 23.03.2009 (khd/tsp). Herbert Rische, der Chef der **Deutschen Rentenversicherung**, die in der Krise bislang noch keinen Cent verloren hat, sagte dem *Tagspiegel*: „*In diesem Jahr werden wir die Krise voraussichtlich noch nicht sehr deutlich spüren. Das könnte sich aber im nächsten Jahr ändern. (...) Die umlagefinanzierte Rentenversicherung ist ein stabiles System und hat sich über die vergangenen 100 Jahre bewährt. Die Rentenversicherung hat die Währungsreform überlebt und Hyper-Inflation. Ich glaube, andere müssen sich da wärmer anziehen. Diejenigen, die mit Chancen auf dem Kapitalmarkt rechnen, sind heute nicht gerade in einer komfortablen Position.*“

► 23.03.2009 (khd/hbl/d-radio). **Die Araber steigen bei Daimler ein.** Der Staatsfonds Aabar aus Abu Dhabi hat Daimler eine Kapitalerhöhung um 2 Mrd. Euro beschert. Der arabische Fonds hält damit 9,1 % der Daimler-Aktien und beabsichtigt den Kauf weiterer Anteile. Auf einen Sitz im Aufsichtsrat hat Aabar zunächst verzichtet. Abu Dhabi strebe eine langfristige und aktive Beteiligung an Daimler an, heißt es.

► 23.03.2009 (khd/djn). **Für 2009 noch stärkerer BIP-Rückgang in Deutschland erwartet:** Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) hat seine Prognose für die Entwicklung des deutschen Bruttoinlandsprodukts (BIP) deutlich gesenkt und erwartet nun eine Schrumpfung um 4,3 %. Im Dezember 2008 hatten das RWI noch ein BIP-Minus von 2,0 % vorausgesagt. Damit wäre die Finanzkrise entgegen manchen Hoffnungen stärker auf Deutschland durchgeschlagen als auf die meisten übrigen Länder der Euro-Zone, erklärten die Ökonomen (siehe auch Grafik auf Seite 8). Sie erwarten, daß im Verlauf dieses Jahres rund 1,2 Mio. Arbeitsplätze verloren gehen und die Zahl der Arbeitslosen um 1,1 Mio. steigt. Für 2010 wird eine Arbeitslosenzahl von 4,6 Mio. (10,7 %) prognostiziert. „*Die Erfahrung zeigt, daß Wirtschaftskrisen, die ihren Ursprung im Bankensektor haben, besonders zäh sind und lange dauern*“, stellt das RWI fest.

► 23.03.2009 (khd/d-funk). **Ab der 2. Jahreshälfte 2009 sei mit einem massiven Stellenabbau zu rechnen.** Das erwartet das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung wg. des drastischen Einbruchs des Exports. Das BIP werde in diesem Jahr um 5 % sinken, heißt es.

► 23.03.2009 (khd/ag/d-radio). **Der Welthandel wird 2009 um 9 % abnehmen**, so stark wie seit dem Ende des 2. Weltkriegs nicht mehr. Das sagt die Welthandelsorganisation WTO voraus. Grund ist die erlahmende Nachfrage in der schwersten Wirtschaftskrise aller Zeiten. Der Handel in den reichen Staaten werde am stärksten einbrechen, so die WTO, um ungefähr 10 %. Auch die Möglichkeit, Kredite zu bekommen, hat zu einer deutlichen Abnahme des Handels geführt, speziell in Entwicklungsländern.

Die WTO-Prognose unterstreicht noch einmal, wie rasant die Wirtschaftskrise immer größere Ausmaße annimmt – auch welchen großen Schaden diese marktradikalen Neo-Liberalisten und ihre Handlanger in Banken und Politik angerichtet haben.

190. Tag nach dem L-Crash

► 24.03.2009 (khd/sp/d-radio). **Berliner Rede des Bundespräsidenten:** Horst Köhler, der frühere Chef des IWF sah es als seine Präsidentenpflicht an, den Bürgern Erklärung anzubieten, wie es überhaupt zur schweren Krise kommen konnte. Mit deutlichen Worten verurteilte er ein Finanzsystem, das auf kurzfristige Maximierung der Rendite setze und jetzt das Ergebnis von „Freiheit ohne Verantwortung“ zeige.

„Sogenannte Investment-Banken“ hätten sich nicht nur von der Realwirtschaft abgekoppelt, sondern von der Gesellschaft insgesamt. Der „Respekt vor den Sparern“ sei den Bankmanagern ebenso abhanden gekommen wie das „Gefühl: So etwas tut man nicht“. „Bis heute warten wir auf eine angemessene Selbstkritik der Verantwortlichen“, mahnte Köhler und ergänzte: „Von einer angemessenen Selbstbeteiligung für den angerichteten Schaden ganz zu schweigen.“

Diese Krise zeige: „*Schrankenlose Freiheit birgt Zerstörung. Der Markt braucht Regeln und Moral.*“ Der Markt lebe vom Wettbewerb und der Begrenzung wirtschaftlicher Macht. „*Jetzt erleben wir, daß es der Markt allein nicht richtet. Es braucht einen starken Staat, der dem Markt Regeln setzt und für ihre Durchsetzung sorgt.*“ [Text der Rede][14]

► 24.03.2009 (khd/faz/taz/d-radio). **Deutschlands Seehäfen sind ohne Arbeit**, denn der Export ist so ziemlich zusammengebrochen. Besonders schlimm hat es Bremen und Bremerhaven erwischt. Hier sollen demnächst bis zu 1400 Arbeiter entlassen werden. Desolat ist auch die Situation in Rostock. Noch dramatischer als bei der Ver-

frachtung von Autos und Containern ist der Einbruch im Schiffsbau.

► 24.03.2009 (khd/d-radio). **China schlägt die Schaffung einer neuen globalen Leitwährung vor.**

► 24.03.2009 (khd/d-radio). Mitten in der EU-Ratspräsidentschaft ist die **tschechische Regierung durch ein Mißtrauensvotum des Parlaments gestürzt** worden. Gegen die Mitte-rechts-Regierung von Ministerpräsident Mirek Topolánek stimmten 101 der 200 Abgeordneten des Prager Unterhauses. Topolánek steht auch wg. seiner Politik in der Wirtschaftskrise in der Kritik. Führende Europa-Politiker äußerten sich besorgt über die Zukunft des EU-Reformvertrags (Lisabon-Vertrag).

► 25.03.2009 (khd/google). **Rumänien erhält vom IWF und der EU Kredite von 20 Mrd. Euro.** Nach Ungarn und Lettland ist Rumänien das 3. EU-Land, das ein staatsbankrott-vermeidendes Hilfspaket erhält. Serbien hat vom IWF einen Kredit von 3 Mrd. Dollar erhalten.

► 25.03.2009 (khd/dpa). **Die Heuschrecke Lone Star verhindert als Mehrheitsaktionär Aufklärung.** Die Sonderprüfung bei der IKB wird nicht abgeschlossen. Diese seit einem Jahr andauernden Prüfung sollte Pflichtverletzungen früherer Vorstände und Aufsichtsräte untersuchen. Lone Star gehören rund 90 % der maroden Mittelstandsbank IKB, die sie 2008 von der staatlichen KfW für „nen Appel und'n Ei“ kaufte. Nach Ansicht von Aktionärsschützern hat Lone Star Angst vor Klagen.

► 26.03.2009 (khd/sz/d-radio). **US-Finanzminister Timothy Geithner will mit radikalen Reformen an den US-Finanzmärkten aufräumen.** Er kündigte u. a. an, die bisher ohne durchgreifende Aufsicht agierenden Hedge-Fonds, Private-Equity-Firmen und den Handel mit Derivaten an die kurze Leine zu nehmen. „*Es geht nicht um Reparaturen am Rande, sondern um neue Spielregeln*“, sagte der Minister bei der Vorstellung seiner Pläne. Hedge-Fonds, Private-Equity-Firmen und Risiko-Kapitalgesellschaften sollen sich künftig von einer bestimmten Größe an bei der US-Börsenaufsicht SEC registrieren lassen – und ihre Bücher öffnen.

Derivate und andere risikoreiche Finanzinstrumente wie Credit Default Swaps (CDS) – eine Art Kreditversicherung, die den Versicherungsriesen AIG in schwere Schieflage gebracht hatten – sollen erstmals reguliert werden. Die Zeiten, „in denen eine Versicherung Haus und Hof ohne Aufsicht auf Credit De-

fault Swaps verwetten konnte, müssen enden“, forderte Geithner vor dem Finanzausschuß des US-Präsidentenhauses in Washington. Gescheiter wäre es aber, endlich auf „tools“ wie diese CDS total zu verzichten, denn man braucht sie nicht, und deren Regulierung birgt reichlich neue Risiken.

► 27.03.2009 (khd/ftd/d-radio). **Die staatliche KfW-Bankengruppe machte 2008 einen Verlust von 2,7 Mrd. Euro.** Dafür sei zum einen die Mittelstandsbank IKB verantwortlich, zum anderen die Wertberichtigungen in der Finanzkrise. 2007 hatte die Bank aber ein noch größeres Minus von knapp 6,2 Mrd. Euro verzeichnet.

Die Belastung der KfW für die Rettung der inzwischen an den Finanzinvestor Lone Star verkauften IKB betragen insgesamt 8,4 Mrd. Euro. Davon wurden 1,2 Mrd. Euro im Jahr 2008 verbucht. Die verbleibenden IKB-Risiken seien im dreistelligen Millionenbereich begrenzt, heißt es. Ohne die IKB hätte die KfW in den Jahren 2007 und 2008 schwarze Zahlen schreiben können.

► 27.03.2009 (khd/yahoo). Der Bundesverfassungsschutz sagt: Die rechtsextreme **NPD geht mit der Wirtschaftskrise auf Wählerfang**. Ob die NPD von der Krise wirklich profitieren können wird, hängt dabei vom weiteren Verlauf der Krise ab. Auch der weitere Verlauf auf dem Arbeitsmarkt wird sich auf den Erfolg der NPD auswirken.

„Propagandistisch versucht die NPD, das Thema zu nutzen wie in der Vergangenheit mit den Protesten gegen die Agenda 2010“, sagte Verfassungsschutz-Chef Heinz Fromm in einem Reuters-Interview. Das hohe Wahlergebnis der rechtsextremen Partei in Sachsen vor 5 Jahren von 9,2 % habe damit erkennbar zu tun gehabt.

► 27.03.2009 (khd/d-radio). **In Deutschland sinkt die Inflationsrate auf 0,5 %.** Die Verbraucherpreise in Deutschland bleiben dank sinkender Preise für Benzin und Heizöl stabil. Im März liegt die Jahressteigerungsrate bei 0,5 %, wie das Statistische Bundesamt heute auf Grundlage erster Ergebnisse aus 6 Bundesländern mitteilte. Dies ist die niedrigste Jahresrate seit Juli 1999. Im Februar hatte die Rate noch bei 1,0 % gelegen.

► 28.03.2009 (khd/ag/ft). **Bundeskanzlerin Merkel erwartet vom G20-Gipfel Fortschritte – Keine Krisenlösung.** Man werde sich bestimmt wieder treffen müssen, sagte die Bun-

deskanzlerin der *Financial Times* (London). Sie erwarte zwar gute Ergebnisse in allen Bereichen, allerdings könnten die Staats- und Regierungschefs der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer die weltweite Wirtschaftskrise bei ihrem Treffen am Donnerstag [2.4.2009] nicht lösen. Auch könnten die Gespräche über eine neue internationale Finanzmarktarchitektur noch nicht abgeschlossen werden. Alle Beteiligten wollten aber das gleiche: Die Weltwirtschaft wieder so schnell wie möglich auf ihre eigenen Füße stellen und verhindern, daß sich eine solche Krise wiederholen könne.

► 28.03.2009 (khd/tsp). Auch die **Dresdner Bank sorgt dafür, daß hierzulande eine vorrevolutionären Situation** [15] entsteht. Die Top-Manager der maroden Dresdner Bank haben 2008 trotz Milliardenverlusten weit mehr verdient als jeder andere Bankvorstand in Deutschland. Die Vergütung wurde von 27 Mio. auf insgesamt 58 Mio. Euro mehr als verdoppelt. Allein für Abfindungen wurden 24,3 Mio. Euro gezahlt.

Gleichzeitig fuhr die inzwischen von der Allianz an die Commerzbank verkaufte Bank wegen hoher Abschreibungen im Investmentbanking einen Verlust von 6,3 Mrd. Euro ein. Der Leiter der Investmentbank Dresdner Kleinwort, Stefan Jentzsch, soll dennoch mit 8 Mio. Euro die höchste Abfindungssumme eingestrichen haben. Bei Politikern und Aktionärsvertretern stießen die exorbitant hohen Bezüge für die Ex-Vorstände der Dresdner Bank auf Empörung.

► 28.03.2009 (khd/bild). **Die erste Sparkasse braucht Hilfe.** Als erstes Institut im Norden benötigt die Sparkasse Südholstein (49 Filialen, 300.000 Kunden) Hilfen vom schleswig-holsteinischen Sparkassen- und Giroverband. Der Grund: Die Bank muß wegen ihrer Beteiligung an der angeschlagenen HSH-Nordbank bis zu 70 Mio. Euro abschreiben. Dadurch könnte das Eigenkapital der Sparkasse gefährlich tief sinken. FDP-Finanzexperte Jürgen Koppelin: „Es ist ein Skandal, daß die Krise der HSH-Nordbank zur Ansteckungsgefahr für die Kreissparkassen wird.“

► 28.03.2009 (khd/ag/d-radio). **In Deutschland gibt's die ersten Großdemonstrationen gegen die Wirtschaftskrise.** Im Vorfeld des G20-Weltfinanzgipfels (2. April 2009 in London) kommt es an diesem Sonnabend europaweit zu Protesten gegen die Wirtschaftspolitik der Regierungen und für eine gerechtere Weltwirtschaft auf den Straßen. In Deutschland finden sie in Berlin und Frankfurt am Main unter dem Motto „Wir zahlen nicht für eure Krise!“ statt.

In Berlin-Mitte demonstrierten etwa 25.000 friedlich gegen die Bundes-Politik in der Finanzkrise. Am Nachmittag kam es zu einer Auseinandersetzung von Autonomen aus dem „Schwarzen Block“ („Kapitalismus abwracken“) und der Polizei. In Frankfurt war die Zahl der Demonstranten mit etwa 20.000 ähnlich niedrig. In Frankfurt wurde auf dem Römer Linken-Parteichef Oskar Lafontaine mit Äpfeln und Eiern beworfen. Aufgerufen zu den Demos hatte ein sehr breites Bündnis aus Globalisierungskritikern, Gewerkschaften und linken Parteien und Organisationen. Diese befürchten, daß Geringverdiener die Folgen der Finanzkrise mit Steuererhöhungen bezahlen müssen. Weitere Bürger-Proteste sollen folgen. [Ein Kommentar][15]

In London marschierten etwa 30.000 Demonstranten unter dem Motto „Put People First“ zum Hyde Park. Ein Bündnis aus mehr als 150 Gewerkschaften, Umwelt- und Hilfsorganisationen und globalisierungskritischen Netzwerken hatte zu den Protesten in London aufgerufen. „Niemand zuvor ist ein so breites Bündnis mit so einer klaren Botschaft an die weltweiten Führungen zusammengekommen“, sagte der Generalsekretär des britischen Gewerkschaftsbundes TUC, Brendan Barber. „Die alten Vorstellungen von nicht regulierten freien Märkten funktionieren nicht und haben die Weltwirtschaft an den Rand des Zusammenbruchs gebracht“, stellte er fest. [Dämonisierung der Proteste gegen den G20-Gipfel in London][17]

► 28.03.2009 (khd/d-radio). **Der Bund beginnt mit der Übernahme der Münchner HRE.** Zunächst hat er sich über den Rettungsfonds SoFFin mit 8,7 % (20 Mio. Aktien) an der Hypo Real Estate (HRE) beteiligen, die 60 Mio. Euro kosten. Das Geld fließt direkt in die Bank und nicht an die bisherigen Aktionäre (darunter die Heuschrecke J. C. Flowers).

In den kommenden Wochen wird dann die Komplett-Übernahme der HRE samt Tochter DEPFA in Irland erfolgen, notfalls auch durch Enteignung von Aktionären. Die HRE machte 2008 einen Verlust von 5,4 Mrd. Euro. Es wird erwartet, daß die HRE mindestens noch 10 Mrd. Euro an frischem Eigenkapital benötigt. Die HRE wird bereits durch Garantien und Kapitalhilfen von 102 Mrd. Euro gestützt.

► 28.03.2009 (khd/d-radio). **US-Vizepräsident Joseph Biden hat die internationale Staatengemeinschaft um Geduld gebeten** – auch mit Blick auf die aktuellen Proteste. Es brauche Zeit, um die ame-

rikanischen Anti-Krisen-Programme umzusetzen. Amerika wolle ernsthaft mit anderen Ländern zusammenarbeiten, sich in Beratungen einbringen und gemeinsam nach Lösungen suchen.

► 29.03.2009 (khd/info-radio). **Die Wirtschaftskrise ist eine tiefe kulturelle Krise.** Die Wirtschaftskrise weist nach Einschätzung der SPD-Kandidatin für das Amt des Bundespräsidenten, Gesine Schwan, weit über den Finanzbereich hinaus. Diese Krise sei nicht nur eine wirtschaftliche, sondern eine tiefe kulturelle Krise. Sie habe sich seit Jahren angebahnt, sagte Schwan dem Videodienst der Deutschen Presse-Agentur (dpa) in Berlin. Eine „völlig entfesselte globale Konkurrenz“ sei zur täglichen Lebensweise geworden.

► 29.03.2009 (khd/ftd/d-funk). **Lateinamerika steht wg. der Finanzkrise vor großen Problemen.** Nach Einschätzung des IWF stehen die Länder Lateinamerikas vor der größten Erschütterung ihrer Geschichte. Die globale Finanzkrise hat die Nachfrage nach Waren und Rohstoffen aus den Ländern Lateinamerikas stark einbrechen lassen und macht die Fortschritte der vergangenen Jahre zunichte. Schätzungen der Weltbank zufolge sind in der Region 6 Millionen weitere Menschen von der Armut bedroht.

Absturz der Weltwirtschaft

Stand: März 2009¹

Land	Für 2008 ²	Für 2009 ^{2,3}	Anm.
1. Weltweit	-2,7 %	0,2 %	
2. Euro-Zone	-4,1 %	-0,3 %	
3. Deutschland	-5,3 %	0,2 %	4
4. Frankreich	-3,3 %	-0,1 %	
5. Großbritannien	-3,7 %	-0,2 %	
6. Italien	-4,3 %	-0,4 %	
7. Japan	-6,6 %	-0,5 %	
8. Kanada	-3,0 %	0,3 %	
9. USA	-4,0 %	0,0 %	
10. OECD gesamt	-4,3 %	-0,1 %	

¹ Wachstumsprognose der OECD (Paris), vorgestellt am 31.3.2009.

² Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zum Vorjahr.

³ Die OECD erwartet also in etwa ein Verharren auf dem niedrigen Niveau von 2009.

⁴ Hauptgrund des starken Einbruchs ist die enorme Exportabhängigkeit und die sträfliche Vernachlässigung der Nachfrage.

29. Woche nach dem L-Crash

► 30.03.2009 (khd/hbl). In Deutschland bleiben **Leerverkäufe 2 weitere Monate verboten.** Die Aufsichtsbehörde BaFin verlängerte heute das ‚short selling‘ (Leerverkäufe von Wertpapieren) bis Ende Mai, da an den Märkten „anhaltende Mißstände“ herrschen. Ungedeckte Leerverkäufe von Bank- und Versicherungswerten hätten in diesem Marktumfeld „exzessive Preisbewegungen“ zur Folge, die die Stabilität des Finanzsystems gefährden könnten, heißt es. Das Verbot war bereits von der deutschen Behörde Ende Dezember 2008 um 3 Monate verlängert worden. Warum dieses bei Hedge-Fonds besonders beliebte ‚Werkzeug‘ nicht ganz grundsätzlich verboten wird, bleibt unverständlich. Die Euro-Zone könnte ja damit schon mal wegweisend vorangehen.

► 30.03.2009 (khd/d-funk). Die Finanzkrise hat 2008 die **Pensionskassen deutscher Großunternehmen mit voller Wucht erwischt.** Die Versorgungswerke der 30 DAX-Konzerne machten 2008 ein Minus von 13 Mrd. Euro und verloren damit rund 9 % ihres Vermögens. Das teilte die Unternehmensberatung Rausser Towers Perrin mit. Insgesamt haben die DAX-Konzerne im vergangenen Jahr 125 Mrd. Euro für ihre Beschäftigten auf die hohe Kante gelegt, womit aber nur rund 65 % ihrer Pensions-Verpflichtungen gegenüber den Mitarbeitern gedeckt seien.

► 31.03.2009 (khd/aebi). **Private Krankenversicherung hat Probleme durch die Finanzkrise:** Das Kapitalanlage-Ergebnis der Deutsche Krankenversicherung AG (DKV) ist im Jahr 2008 auf 496 Mio. Euro gesunken. Das sind 52,7 % weniger als im Vorjahr. Daraus resultiert eine Netto-Verzinsung auf die Alterungsrückstellungen der DKV-Versicherten in Höhe von nur noch 2,3 %.

► 31.03.2009 (khd/info-radio). In Deutschland ist die **Zahl der Arbeitslosen im März weiter angestiegen.** Die im März übliche Frühjahrsbelegung des Arbeitsmarkts fand erstmals seit Einführung der Arbeitsmarkt-Statistik (1928) nicht statt – ein sehr deutliches Krisenzeichen. Zwischen Mitte November 2008 und Mitte März 2009 stieg die Zahl der Arbeitslosen um rund 0,6 Mio. (598.000) an, womit eine Gesamtzahl von rund 3,6 Mio. erreicht wird (Quote 8,6 %). [Grafik]

Einen noch stärkeren Anstieg der Arbeitslosenzahl verhinderte die Ausweitung der Kurzarbeit. Die Zahl der Kurzarbeiter wurde (noch) nicht mitgeteilt, sie muß aber bereits höher als 0,4 Mio. sein, womit quasi die 4,0 Mio. bereits überschritten sind. Für 2010

erwartet die OECD ein Anwachsen auf über 5 Mio. Arbeitslose, womit das totale Versagen der Großen Koalition in Sachen Arbeitsmarkt- und Wirtschafts-Politik bestätigt wäre.

► 31.03.2009 (khd/ag/d-funk). **Die OECD sagt für Deutschland drastischen Wirtschaftseinbruch voraus:** Die Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) in Paris erwartet in Deutschland eine besonders tiefe Rezession. Die deutsche Wirtschaftsleistung (BIP) werde in diesem Jahr um 5,3 % einbrechen, prognostizierte die OECD in einem Sonderbericht zum G20-Weltfinanzgipfel. Die OECD fordert deshalb weitere Wirtschaftsimpulse von der Bundesregierung, d. h. hierzulande muß sehr deutlich die Nachfrage gestärkt werden.

Das soll vor allem der Bekämpfung der **Arbeitslosigkeit** dienen. Die OECD sieht einen Trend: „Die Arbeitslosigkeit wird 2009 wahrscheinlich drastisch und 2010 weiter anziehen“, heißt es in ihrem Ausblick. „Unserer Prognose zufolge wird die Arbeitslosenquote auf 11,5 % im Jahr 2010 steigen und damit die Marke von 5 Mio. Arbeitslosen übertreffen“, sagte OECD-Chefvolkswirt Schmidt-Hebbel.

Die **Staatsverschuldung** in Deutschland wird laut OECD rasant steigen. Das Staatsdefizit werde in diesem Jahr auf 4,5 % und 2010 auf 6,8 % des BIPs klettern. Die Organisation empfiehlt daher, die Konjunkturmaßnahmen zeitlich zu befristen und den Staatshaushalt wieder in Ordnung zu bringen, sobald sich die Wirtschaft gefangen habe.

► 31.03.2009 (khd/yahoo/d-funk). **Die LBBW hat sich noch mehr verzockt als bislang gedacht:** „Klar ist: Die Finanzmarktkrise ist bei weitem noch nicht ausgestanden“, sagte LBBW-Chef Jaschinski heute in Stuttgart. Zwar habe die Bank im 1. Quartal 2009 nach heutigem Stand schwarze Zahlen geschrieben, die Aussichten für die wirtschaftliche Entwicklung seien aber so schlecht wie seit Jahren nicht mehr. Zudem habe die Bank komplexe Kreditpapieren aus dem ‚Kreditersatzgeschäft‘ (Banker-Jargon fürs Zocken!) weiter im Wert berichtet. „Eine seriöse Prognose läßt sich daher nicht abgeben“, sagte Jaschinski.

2008 fuhr die LBBW wegen milliardenhoher Wertberichtigungen auf Kredit- und Wertpapiere einen Verlust von 2,1 Mrd. Euro ein. Ihre Eigentümer – das Land Baden-Württemberg, die Sparkassen und die Stadt Stuttgart – müssen der Bank nun 5 Mrd. Euro Kapital zuschießen, was die Kernkapitalquote deutlich auf 9 % erhöhen soll. Außerdem verhandelt die LBBW mit

dem Rettungsfonds SoFFin um eine Garantie von über 10 Mrd. Euro. Für Zukäufe von Teilen der unterm Hammer stehenden WestLB stehe die LBBW nicht zur Verfügung, heißt es.

Die LBBW mußte seit Beginn der Krise Mitte 2007 rund 4 Mrd. Euro an Belastungen schultern. Andere Landesbanken traf es noch härter: Die BayernLB fuhr einen Verlust von 5 Mrd. Euro ein, die kleine HSH Nordbank traf ein Minus von 2,8 Mrd. Euro. Von den Landesbanken schafften es wg. eines intelligenteren Managements nur die Landesbank Berlin (LBB) und die NordLB 2008 knapp in die schwarzen Zahlen.

► 01.04.2009 (khd/yahoo/d-radio). **Daimler steht vor Entlassungen.** Das ist kein Aprilscherz, sondern bittere Wahrheit. Der Konzern sagte heute zwar, daß Entlassungen „vorerst nicht geplant“ seien. Aber die Verkäufe von Autos der Marken Mercedes-Benz und Smart sind im Februar dramatisch um 40 % eingebrochen – mit dem entsprechenden Verlust an Einnahmen.

Daimler kündigt deshalb ein Sparprogramm für 2009 von 2 Mrd. Euro bei den Löhnen an. Von der Verschärfung sind insgesamt 141.000 Daimler-Mitarbeiter in Deutschland betroffen. Auch müsse die Kurzarbeit ausgeweitet werden. Wenn die Krise weiter anhalte, müsse man auch über Entlassungen nachdenken, heißt es in Stuttgart.

► 01.04.2009 (khd/apa/d-radio). **Bereits im Vorfeld des Weltfinanzgipfels der G20-Länder gibt's Streit:** Den Ernst der Lage kannten alle Staats- und Regierungschefs, bevor sie zum Londoner G20-Gipfel kamen. Die Weltwirtschaft erlebt die schwerste Krise aller Zeiten, kein Land kann sich ihr entziehen. Und deshalb wollen die führenden Industrie- und Schwellenländer (G20) jetzt an einem Strang ziehen – doch zunächst ziehen sie weiter in unterschiedliche Richtungen.

Bei solchen Gipfeln beginnen Diplomaten bereits vor dem Termin mit der Formulierung eines Entwurfs der späteren Abschlusserklärung, und in diesem Text ist derzeit offenbar ein „fauler Kompromiß“ enthalten. Auch wird dort die an den Finanzmärkten entstandene Situation mit dem Begriff ‚weakness‘ (Schwäche) unzulässig verniedlicht. Der französische Präsident Sarkozy drohte deshalb schon gestern, den Gipfel platzen zu lassen („Dann stehe ich auf und gehe“), wenn es darauf hinauslaufe. Zu Hause durch Umfragetiefs und Massendemonstrationen unter Druck, will Sarkozy in

London symbolisch den Grundstein für einen „moralischeren“ Kapitalismus legen. Dazu gehört für ihn auch, Steuerparadiese durch eine Schwarze Liste an den Pranger zu stellen.

Es gibt aber auch noch viele andere Streitpunkte. Manches wurde deshalb wohl von vornherein aufgrund der Lösungsvorschläge aus den seit November tagenden Arbeitsgruppen ausgeklammert, wie beispielsweise die dringend erforderliche Umstrukturierung des IWF [18], Handelsverbote bei Derivaten, Sanktionen bei Verstößen. Auch noch völlig unklar ist, wie denn die in London vereinbarten Regulierungen weltweit durchgesetzt [18] werden sollen.

Ein großes Konfliktpotential hat auch die Frage, wie stark die einzelnen Staaten die Wirtschaft mit zusätzlichen Konjunkturprogrammen stimulieren sollen. Deutschland habe offenbar die Wichtigkeit finanzpolitischer Anreize als Reaktion auf die aktuelle Finanzkrise „nicht verstanden“, kritisierte Japans Regierungschef Taro Aso in der *Financial Times*. Er schlägt sich damit auf die Seite der USA und Chinas sowie anderer Schwellenländer.

► 02.04.2009 (khd/d-radio). Deutschlands **Maschinenbau-Branche ist bereits um 49 % eingebrochen**. Ausgerechnet Deutschlands Vorzeigebbranche Maschinenbau (rund 1 Mio. Arbeitsplätze) schockte jetzt mit katastrophalen Zahlen: Im Februar brach den Firmen jeder 2. Auftrag weg. Das ist der stärkste Einbruch seit über 50 Jahren. In immer mehr Firmen stehen Massenentlassungen an. Im März wurden bundesweit so viele Stellen abgebaut wie seit 13 Jahren nicht. Die Bundesregierung befürchtet eine Verschärfung der Krise und rechnet frühestens in 1 Jahr mit einer Mini-Erholung. Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) im *Stern*: „Aufwärts wird es irgendwann nur sehr, sehr langsam gehen. Das wird Jahre dauern. Wenn wir Glück haben, beginnt es 2010.“

► 02.04.2009 (khd/taz). **Deutsche Unternehmen haben damit begonnen, massiv Lehrstellen zu kürzen**. Nach Schätzungen des Bundesinstituts für Berufsbildung werden die Unternehmen in diesem Jahr 38.000 bis 77.000 Lehrstellen weniger anbieten als 2008. Um diese Folge der Rezession aufzufangen, fordert der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) die schnelle Einführung eines „Schutzschirms für Ausbildungsplätze“.

► 02.04.2009 (khd/d-radio). **UN-Generalsekretär Ban Ki Moon fordert G20-Teilnehmer zur Weitsicht auf**. Angesichts der Finanzkrise müsse man auf

der Welt die Gefahr von sozialen Unruhen realistisch einschätzen und mit Hilfe eines weltweiten Konjunkturpakets diese zu verhindern suchen. Ban Ki Moon warnte vor dem Zusammenbruch ganzer Staaten als Folge der Finanzkrise. „Was als Finanzkrise anfang, hat sich zu einer weltweiten Wirtschaftskrise entwickelt“, sagte Ban in einem Interview mit der britischen Zeitung *Guardian* (2.4.2009).

Er erwarte noch Schlimmeres, nämlich eine ausgewachsene politische Krise mit sozialen Unruhen, straukelnden Regierungen und einer wütenden Bevölkerung, die den Glauben an ihre Zukunft verloren habe. Die ärmsten Länder seien von der Krise am schwersten betroffen und gerade in den ärmeren Ländern gebe es „erschreckend schnelle Zerfallserscheinungen“. Ban rief die Staats- und Regierungschefs der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G20) auf, ein „wirkliches weltweites Konjunkturpaket“ zu verabschieden. Es liege nur ein schmaler Grat zwischen dem Zusammenbruch von Banken und dem Zusammenbruch von Staaten, warnte der UN-Generalsekretär.

► 02.04.2009 (khd/d-radio). Die Europäische Zentralbank **EZB hat den Leitzins von 1,50 auf 1,25 % gesenkt**. Das ist der niedrigste Stand seit dem 2. Weltkrieg. Dieser Zinssatz dient der Versorgung der Kreditwirtschaft mit Zentralbankgeld. EZB-Präsident Jean-Claude Trichet erklärte nach der Sitzung des Zentralbankrates in Frankfurt am Main, er rechne erst im Laufe des Jahres 2010 mit einer schrittweisen konjunkturellen Erholung.

Übrigens liegt die Postbank bei ihren Dispo-Zinsen (geduldete Überziehung) noch immer bei 18,25 % – dem 14,6-fachen! Das ist Wucher einer nimmer-satten Bank!

► 02.04.2009 (khd/dpa/sda/info-radio/d-radio). **Weltfinanzgipfel der G20-Länder in London**: Die Gruppe der wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G20) hat sich heute auf ein Maßnahmenpaket zur Bekämpfung der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise geeinigt. Die ärmsten Länder und der Welthandel sollen mit mehr als 1 Billion Dollar gestützt werden.

Das Geld erhalte der Internationale Währungsfonds (IWF) sowie andere internationale Finanzorganisationen. Der IWF soll zudem seine Goldreserven verkaufen, um weitere Hilfen für die ärmsten Länder bereitzustellen, die besonders unter der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise leiden. Das Kapital des IWF wird auf 750

Mrd. \$ verdreifacht. China und Indien werden im IWF mehr Stimmrechte erhalten.

Die G20 wollen zudem schärfere Regeln für die globalen Finanzmärkte durchsetzen, damit sich eine Krise wie derzeit nicht wiederholt. Danach müssen sich beispielsweise Hedge-Fonds, die mit Risikokapital Geschäfte machen, künftig einer Aufsicht unterstellen. „Wir werden die Bankenlandschaft aufräumen und das Kreditgeschäft wieder ankurbeln“, sagte Gordon Brown als Gastgeber des Gipfels. Für die Bankenwelt werde es neue Regeln für Bonus-Zahlungen geben. „Es gibt künftig keine Belohnung mehr fürs Versagen.“ [19]

Der große Wurf ist das Ergebnis des Weltfinanzgipfels nicht geworden. Auch wenn Frankreich und Deutschland sich offensichtlich mit ihrer Forderung nach einer stärkeren Kontrolle aller Finanzmärkte durchsetzen konnten, blieb doch allzuviel im Unverbindlichen. Viele wichtige Fragen sind noch immer offen. So zum Beispiel die Frage, wie denn soziales Wirtschaften im Weltmaßstab tatsächlich und ökologisch sinnvoll funktionieren soll, oder die Frage, was denn nun aus den vielen ‚toxic papers‘ werden soll? Und ist der Londoner Kompromiß nicht eher der Aufruf nach einem „Weiter-so, diesmal aber mit einigen Spielregeln“?

Nun müssen zunächst die Länder die bescheidenen Londoner Vorgaben in nationales Recht und Abkommen umsetzen. Ende des Jahres wollen sich die G20-Länder erneut auf einem Gipfel treffen. Und sollte sich die Krise bis dahin weiter verschärfen, besteht die Hoffnung, daß dann doch noch ‚Nägel mit Köpfen‘ gemacht werden. [Üben für die Weltregierung][20]

► 02.04.2009 (khd/info-radio). **Deutsche beginnen beim Essen zu sparen.** So jedenfalls kann gedeutet werden, daß bei den Discontnern Aldi und Lidl die Umsätze im Februar um 7,4 bzw. 6,2 % eingebrochen sind, obwohl es eine Preissenkungs-Kampagne gab. Herausgefunden hat der Marktforscher GfK.

200. Tag nach dem L-Crash

► 03.04.2009 (khd/tsp). **In Griechenland wurde gestreikt.** Hunderttausende Griechen haben sich an landesweiten Streiks beteiligt, um gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung zu protestieren. Angesichts der Wirtschaftskrise wenden sich die Beschäftigten insbesondere gegen Niedriglöhne und den Abbau von Arbeitsplätzen. Im Januar hatte die konservative Regierung von Ministerpräsident Kostas Kara-

manlis ein Bankenhilfspaket im Umfang von 28 Mrd. Euro aufgelegt. Entlastungen für die Bedürftigen wurden mit Verweis auf die knappe Haushaltslage jedoch nicht beschlossen. Das EU-Land Griechenland steht de facto vor dem Staatsbankrott.

► 04.04.2009 (khd/yahoo/d-radio). **In Italien protestieren 2,7 Mio. Menschen** gegen die Regierungspolitik in der Wirtschaftskrise. Zu den Protesten hatte die größte italienische Gewerkschaft CGIL aufgerufen. Demonstranten skandierten in Rom „Ciao Silvio“, ein Arbeiter trug ein Transparent mit der Aufschrift „Genug! Es ist Zeit für Italien, Berlusconi zu feuern“. Die Gewerkschaft CGIL erwartet, daß Ende 2010 eine Million mehr Menschen arbeitslos sein werden als vor Beginn der Krise 2007.

► 05.04.2009 (khd/net-tribune). **Gesine Schwan sieht in der Wirtschaftskrise Gefahr für die Demokratie:** Die SPD-Kandidatin für das Amt des Bundespräsidenten, Gesine Schwan sagte der *Passauer Neuen Presse* (4.4.2009): „Es ist eine reale Gefahr, daß die Wut steigt und sich der Zorn in Gewalt und massenhaften Protesten entlädt. Unsere Demokratie ist durchaus gefährdet. Wir erleben schleichende Erosionsprozesse. Wenn wir die Dinge so weiter laufen lassen wie bisher, wird die Demokratie in unserem Land Schaden nehmen“.

Sie wünsche sich, daß die Banker sich intensiver mit den Ursachen der Krise beschäftigten. „Dazu habe ich aus der Finanzwelt bisher keinen öffentlichen Beitrag vernommen.“ Womit Gesine Schwan völlig recht hat. Diese Banker sollen uns doch mal erklären, wie sie es überhaupt zulassen konnten, daß mit aus wissenschaftlicher Sicht völlig unzureichenden stochastischen Finanzmathematik-Modellen (ihnen mangelte es systematisch an einer vollständigen Risiko-Abbildung) Schulden so verquirlt verbriefte wurden, um damit viel Gewinn zu machen – also aus dem Nichts Werte zu schöpfen. [mehr][23]

► 05.04.2009 (khd/tsp). Auch Thilo Bode sieht hinter der **Finanzkrise keine Krise des Kapitalismus, vielmehr eine Krise der Demokratie.** Der Food-watch-Chef weist im *Tagesspiegel* daraufhin: „Nicht externer, unabhängiger Sachverstand prägt das Regierungshandeln, sondern die Interessen von Lobbyisten“. Er fordert zusammen mit Anwältin Katja Pink eine „schonungslose gesellschaftliche Debatte über das Fehlverhalten“ der Finanzbranche. [Geldvernichter ohne Haftung][21]

► 05.04.2009 (khd/d-funk). Die **Krise hat nun auch den Einzelhandel erreicht**. In den ersten 3 Monaten dieses Jahres wurden überall Einbußen verzeichnet. Im Schuhhandel betrugen diese beispielsweise zwischen 5 und 8 % im Vergleich zum Vorjahr. Aus den meisten Branchen liegen aber noch keine verlässlichen Zahlen vor.

30. Woche nach dem L-Crash

► 06.04.2009 (khd/zt/d-radio). **Japan beschließt Konjunkturpaket in Rekordhöhe**. Als Exportnation leidet Japan besonders unter den Folgen der Weltwirtschaftskrise. Trotz drastischer Einschnitte, Schließungen von Fabriken und zigtausender Entlassungen schrumpft Japans Wirtschaft besonders schnell. Ein Konjunkturprogramm in Höhe von 10 Billionen Yen (74 Mrd. Euro) soll nun helfen. Wie das Paket finanziert werden soll, ist noch unklar.

Japans Verschuldung liegt bereits jetzt bei rund 170 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Die Ausgaben des neuen Paketes werden 2 % des insgesamt 500 Billionen Yen umfassenden BIPs betragen. Im 4. Quartal 2008 war Japans Wirtschaft im Jahresvergleich um 12,1 % gesunken. Die OECD geht davon aus, daß sie im laufenden Jahr erneut um 6,6 % abstürzen könnte.

► 06.04.2009 (khd/d-funk). Die **Europäische Zentralbank (EZB) lehnt eine Aufweichung der Euro-Beitrittskriterien strikt ab**. Der Internationale Währungsfonds (IWF) hatte den taumelnden osteuropäischen Ländern die Einführung des Euro empfohlen. Der IWF nennt vor allem 2 Gründe für seinen Vorschlag: Hohe Schulden, die die osteuropäischen Länder in Fremdwährungen angehäuft haben, könnten mittels Euro-Einführung entschärft werden. Zudem würden harte soziale Einschnitte vermieden. Eine EZB-Sprecherin sagte: „Die Position der Europäischen Zentralbank ist hinlänglich bekannt.“ Die Kriterien für einen Euro-Beitritt – etwa eine niedrige Inflationsrate – müßten vollständig erfüllt werden. Aber das sei bei den meisten Nicht-Euro-Ländern derzeit nicht der Fall.

► 07.04.2009 (khd/d-radio). **Bundespräsident Köhler unterschreibt das „Bankeneinteilungsgesetz“** (Finanzmarkt-Stabilisierungs-Ergänzungsgesetz). Er hatte keine verfassungsrechtlichen Bedenken. Es wird voraussichtlich am Gründonnerstag (9.4.2009) in Kraft treten. Die Bundesregierung wird dann ein Übernahmeangebot für die Hypo Real Estate (HRE) abgeben.

► 08.04.2009 (khd/google). **Umweltbank kommt unbeschadet durch die Finanzkrise**: Daß deutsche

Banken auch vorsichtig wirtschaften können, zeigt das Beispiel der Umweltbank in Nürnberg (UBKG.DE). Deren Überschuß legte 2008 um 1 % auf 6,6 Mio. Euro zu, wie das Institut gestern mitteilte. Zins- und Provisionsgewinn stiegen jeweils, Wertberichtigungen spielten keine Rolle. Die Dividende soll bei 50 Cent je Aktie bleiben. Die Gelder der Bankkunden fließen ausschließlich in grüne Projekte. Außerdem stellt das Institut Kredite für Investitionen mit Umweltbezug bereit. Für dieses Jahr rechnet der Vorstand mit einem weiteren Wachstum. Im 1. Quartal seien bereits 4000 neue Kunden gewonnen worden, heißt es.

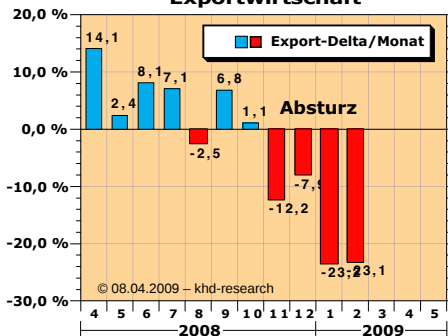
► 08.04.2009 (khd/tsp). **Michael Moore dreht einen Film über die Krise**. Der amerikanische Dokumentar-Filmer Michael Moore (54, „Bowling for Columbine“, „Fahrenheit 9/11“) fühlt sich berufen, den „größten Betrug in der Geschichte Amerikas“ aufzudecken – in seinem nächsten Film über die aktuelle Finanzkrise. Der zum größten Teil bereits abgedrehte Film soll noch in diesem Jahr in die Kinos kommen.

Moore fürchtet, die Zuschauer könnten beim Verlassen des Kinos nach Fackeln und Mistgabeln fragen. Er selbst halte sich für einen friedlichen Menschen, sei aber selbst während der Dreharbeiten „in Rage geraten“.

► 08.04.2009 (khd/zt). **EU hält bisher mit 3 Billionen Euro gegen die Finanzkrise**. Den mit 2,3 Billionen Euro größten Posten machen Risikoschirme und Staatsgarantien aus. Der Restbetrag floß in die Rettung einzelner Banken und Finanzinstitute sowie für Rekapitalisierungs-Maßnahmen. Zusätzlich haben 10

Deutscher Export-Absturz

Monats-Zuwachs der deutschen Exportwirtschaft



EU-Staaten heimischen Unternehmen, die nicht zum Finanzsektor gehören, aus der Kreditklemme geholt – darunter ist auch Deutschland.

► 08.04.2009 (khd/d-radio). **Schlimmster Export-Einbruch seit dem 2. Weltkrieg:** Im Februar 2008 wurden deutsche Waren im Wert von 64,8 Mrd. Euro ausgeführt, das war ein Minus von 23,1 % im Vergleich zum Vorjahresmonat, teilte das Statistische Bundesamt mit. Auch im Januar hatte das Minus laut aktualisierten Zahlen der Statistiker 23,2 % betragen. Die Export-Rückgänge für die beiden ersten Monate des Jahres sind damit so drastisch wie noch nie seit Beginn der Aufzeichnungen im Jahr 1950.

Die Talfahrt des deutschen Exports begann bereits Ende Oktober 2008, nur gut 1 Monat nach dem Lehman-Crash (siehe Grafik auf Seite 16). Als Erstes brach die Nachfrage aus den USA ein. Dem folgte schnell der Nachfrage-Rückgang aus Asien und Europa, vor allem aus Ost-Europa und den Nicht-Euro-Ländern der EU. Der Hauptgrund: Beim Exporthandel wird die Bezahlung über Kreditversicherungen oder Bankgarantien (Akkreditive) abgesichert, und dabei spielen die meisten Banken nicht mehr mit. Auch deshalb ist es extrem wichtig, schleunigst die Banken zu bereinigen [22], was bislang allen Regierenden mit ihren vielen ‚Rettungsschirmen‘ nicht gelungen ist.

► 08.04.2009 (khd/d-radio). Die **Bundesregierung stockt die Abwrackprämie auf 5 Mrd. Euro auf**. Um im Herbst bei der Bundestagswahl enttäuschte Wähler zu vermeiden, hat die Große Koalition die Abwrackprämie von 2500 Euro für Altautos bis Ende 2008 verlängert und den Topf auf gut das Dreifache aufgestockt. Die Finanzierung soll aus dem Konjunkturprogramm II (siehe Seite 8 in [06]) durch Umschichten erfolgen. Die 5 Mrd. Euro reichen für den Neukauf von 2 Mio. Autos. Bislang sind 1,2 Mio. Prämien-Anträge gestellt worden.

Damit hat die Bundesregierung aus rein wahl-taktischen Gründen für die deutsche Auto-Industrie für Anfang 2010 ein Fallen in ein ganz tiefes Loch vorprogrammiert. Denn erst für das nächste Jahr wird der Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise erwartet. Die Große Koalition (Union + SPD) zündet also mit dem Ausbau der sowieso umstrittenen Abwrackprämie ein besonders hohes ‚Strohfeuer‘ an. Von einem solchen wollte sie vor ein paar Monaten in anderem Zusammenhang („Konsumgutscheine“) absolut noch nichts wissen.

Abgewrackt

Für des logischen Denkens fähige Bürger bewirkte die Große Koalition damit aber folgende ernüchternde Erkenntnis: Es bestehen sehr erhebliche Zweifel am volkswirtschaftlichen Durchblick dieser Bundesregierung. Ganz offensichtlich ist sie nicht in der Lage, dieser Krise adäquat zu begegnen und hört nur noch auf eigennützige Lobbyisten, denen das Allgemeinwohl egal ist. Das könnte für die regierenden Parteien CDU, CSU plus SPD fatale Folgen bei der anstehenden Bundestagswahl haben.

► 08.04.2009 (khd/d-radio). **Franzosen bestrafen Manager:** In Frankreich häufen sich in der Krise die Fälle von Geiselnahmen von Managern durch Beschäftigte. Jetzt erwischte es 4 Bosse des Klebebandherstellers Scapa, die wg. der Schließung ihres Werks von wütenden Arbeitern gefangen genommen wurden. Vor dem Hintergrund einer Entlassungs-Welle gibt es in Frankreich eine ganze Serie von Vorfällen, in denen Arbeiter ihre Manager gefangen genommen haben. In einer Umfrage für die Zeitung *Le Parisien* hatten 45 % der Franzosen Verständnis für solche Aktionen gezeigt. Präsident Sarkozy hat die Beschäftigten im Land vor weiteren Geiselnahmen gewarnt.

► 09.04.2009 (khd/yahoo). **In Deutschland fällt die Inflation auf das niedrigste Niveau seit 10 Jahren.** Im März ist die Teuerungsrate im Vergleich zum Vorjahresmonat auf 0,5 % gefallen, wie das Statistische Bundesamt mitteilt. Vor allem der drastisch gesunkene Ölpreis sowie die Preise einiger Lebensmittel seien die Ursache dafür, daß sich die Teuerungsrate immer deutlicher der Null-Prozent-Marke nähert.

Sobald diese nach unten überschritten wird, droht die gefährliche Entwicklung einer Deflation – der Abwärtsspirale. Deshalb ist das aktuelle Inflations-Gerede des Bundesfinanzministers Steinbrück (SPD) nur ablenkender Dummschatsch. Eine Inflations-Gefahr besteht erst für die Zeit nach Überwindung der Wirtschaftskrise – und das kann noch dauern. Allerdings hat der Bundesfinanzminister insofern recht, wenn er schon heute rechtzeitige Reaktionen der Zentralbanken anmahnt. Denn um eine spätere Inflation zu vermeiden, müssen die EZB und die anderen Zentralbanken schon in der Schlußphase der Krise durch Liquiditätsentzug und Leitzinserhöhungen gegensteuern, sonst droht dann tatsächlich die unerwünschte Inflation – die nächste Krise.

► 09.04.2009 (khd/d-radio). **Der Bund macht den HRE-Aktionären ein Übernahmeangebot.** Wie der staatliche Rettungsfonds SoFFin mitteilt, will der Bund für die Übernahme der maroden Hypo Real Estate (HRE) insgesamt 290 Mio. Euro bezahlen. Das entspricht 1,39 Euro pro Aktie. Der Bund hält bereits 8,7 % der HRE-Anteile.

► 09.04.2009 (khd/d-radio). Das DeutschlandRadio Kultur (Qualitätsradio aus Berlin) bringt um 19.30 Uhr mit der Sendung „**Unterschätzte Risiken**“ in der Reihe „Forschung und Gesellschaft“ erstmals Licht in den Hintergrund der Finanzkrise, die durch die Kredit-Verbriefungen ausgelöst wurde.

Mathematische Modelle der Finanzmathematik haben die Finanzbranche revolutioniert. Haben sie auch die Finanzkrise mit verursacht? Über diese Frage schweigen sich Mathematiker am liebsten aus. Doch wie verhält es sich genau damit? Es gibt wissenschaftliche Studien, die frühzeitig auf Grenzen dieser Modelle und sogar auf systemische Risiken aufmerksam gemacht haben. Warum blieben sie unbeachtet? [23]

Geht es nach der Meinung der Finanzmathematiker, haben sie nur die Instrumente geliefert und die Verantwortung lag bei den Banken (was sofort an die Physiker und den Bau der 1. Atombombe erinnert). Und die Banken verstanden und verstehen nichts von höherer Mathematik, geschweige denn von dynamischen System-Modellen. Das ist eine Situation, die ins Chaos führen mußte, wenn sich die Beteiligten in babylonischer Sprachverwirrung nicht mehr verstehen und solide besprechen können. Hinzu kommt noch, daß die Herren Finanzmathematiker bei ihren Modellen für den Handel mit Kredit-Derivaten massiv gepusht haben. Sie hatten keine Gleichungen für sehr wichtige externe Einflüsse (treibende Kräfte) eingebaut. [Glasperlenspieler]

► 10.04.2009 (khd/wiwo). **Staatliches Versagen hat zur Finanzkrise geführt.** Diese Auffassung vertritt der Wirtschaftsethiker Karl Homann im aktuellem Gespräch mit der Zeitschrift *WirtschaftsWoche*. Er führt die Weltwirtschaftskrise auf „Kontrollfehler des Staates“ zurück. Der Staat habe in der Wirtschaftskrise zu viele Fehler gemacht. Die Politik habe nicht mit der Entwicklung der Finanzmärkte Schritt gehalten, sondern habe sich von ihr treiben lassen. Homann staunt nun „über die Selbstgerechtigkeit von Politikern, die erst beim Abstecken des Ordnungsrahmens und ihren Kontrollpflichten versagen und nun dem Markt beziehungsweise den Bankern die Schuld zuschieben“.

Schuld haben beide – Staat(en) und Banker. Besonders wütend macht aber nun, daß die Politik noch immer nichts aus den begangenen Kardinalfehlern gelernt hat. Böse Zungen sagen sogar: „*Die basteln bereits an der nächsten Krise.*“ So kommt die von den NGOs Corporate Europe Observatory, Friends of the Earth Europe, LobbyControl und Spinwatch im März vorgelegte Studie „Would You Bank on Them?“ zum Ergebnis: Die EU-Kommission verlasse sich bei der Bewältigung der Finanzkrise einseitig auf Experten aus der Finanzindustrie, die maßgeblich zur gegenwärtigen Krise beigetragen haben. Und in Deutschland handelt die Bundesregierung ebenso. Darüber und über die vermeintlichen „Experten“ berichteten die NachDenkSeiten bereits Ende März: Würden Sie die Finanzexperten trauen? [13]

► 11.04.2009 (khd/sp). „**Verantwortung übernehmen**“. Das steht ins Auge springend über einer Anzeige im aktuellen *Spiegel* (Heft 16/2009, Seite 31). Das Inserat stammt von der Gewerkschaft IG Metall, womit diese ihre (Online-) Kampagne „Gemeinsam für ein gutes Leben“ zur Aufklärung und Aufarbeitung der Krise startet. Auf der Seite ist der „Frankfurter Appell“ [25] vom März 2009 mit den deutlichen Appellen an Bundestagsabgeordnete, Vorstände von Banken und Unternehmen, Arbeitgeberverbände, Journalisten und Wissenschaftler abgedruckt.

Nun sollten sich die anderen Gewerkschaften samt DGB und viele andere gesellschaftliche Gruppen, denen das Allgemeinwohl wirklich am Herzen liegt, den Forderungen der IG Metall anschließen. Außerdem sollte damit die Forderung an den Bundestag verbunden werden, noch bis zur Wahl im Grundgesetz endlich die Weichen für Volksentscheide zu stellen (notfalls müssen in außergewöhnlichen Zeiten die Parlamentsferien ausfallen).

Mehr Demokratie wagen, heißt einmal mehr die Devise. Denn durch diese Krise wird überdeutlich, daß unsere (fraktionsgebundenen [24]) Volksvertreter schlichtweg nicht in der Lage waren, Schaden abzuwenden. In Volksabstimmungen hätte es beispielsweise nie und nimmer eine Mehrheit für die Zulassung von Hedge-Fonds (Heuschrecken) oder fürs Verkaufen von Schulden gegeben.

► 11.04.2009 (khd/tsp/d-radio). **Die EU bleibt bei ihrem neo-liberalen Kurs:** Ab heute gilt die neue EU-Verpackungsrichtlinie, wonach alle Waren außer Wein, Sekt und Spirituosen in beliebig großen oder kleinen Verpackungen in den Han-

del gebracht werden dürfen. Alle Verbraucherschützer sehen in dieser EU-Verordnung ein Instrument zum Kundenbetrug. Denn das Preisvergleichen ist sehr erschwert. Die Lobbyisten haben sich in Brüssel voll durchgesetzt. In einer Volksabstimmung wäre diese kundenunfreundliche Regelung nie durchgekommen. [mehr]

Die EU-Kommission hat hier „Schwachsinn hoch 3“ zum Nachteil aller Verbraucher produziert, der schleunigst eingesammelt gehört. Und dann begründete die EU das noch mit der Möglichkeit für Produzenten, nun „innovative Produkte“ (D-Radio) anbieten zu können. Wer aber so deutlich den „Betrug am Kunden“ propagiert, der darf sich nicht wundern über die niedrige Wahlbeteiligung bei der anstehenden Europa-Wahl oder über gescheiterte Referenden.

► 11.04.2009 (khd/dw). Der **Krisen-Gipfel der süd-ostasiatischen Staatengemeinschaft (ASEAN)** im thailändischen Badeort Pattaya mußte wg. Unruhen abgebrochen werden. Am Treffen nahmen außer den 10 ASEAN-Mitgliedern auch die Wirtschaftsmächte China, Japan und Indien teil. Bereits im Vorfeld hatten die ASEAN-Staaten einen 120 Mrd. Dollar schweren Hilfsfonds beschlossen, aus dem Notkredite zur Bewältigung der Krise gewährt werden sollen.

► 12.04.2009 (khd/idea). **Auch in den Osterpredigten spielte die Krise eine Rolle.** Der EKD-Ratsvorsitzende und Bischof Wolfgang Huber stellte im Berliner Dom einen Mentalitätswandel fest: Viele Menschen sehnten sich nach einem Wandel der Werte und fragten nach nachhaltigen Lebensformen und Formen wirtschaftlichen Handelns. Huber warnte davor, immer nur wenige Einzelne für die krisenhafte Entwicklung verantwortlich zu machen. Andere nicht zu Sündenböcken zu machen, sondern auch die eigenen Fehler einzuräumen, gehöre zu einer christlichen Lebenshaltung.

Die Bischöfin für Hamburg und Lübeck, Maria Jepsen, warnte in der Hamburger Hauptkirche St. Michaelis (Michel) vor dem Trugschluß, Glück könne man sich kaufen. Schon wieder werde verstärktes Kaufen empfohlen, um Wachstum zu garantieren: „Als könnten wir nur glücklich sein, wenn wir uns dem ‚Immer mehr‘ und ‚Immer größer‘ verschreiben!“

210. Tag nach dem L-Crash 31. Woche nach dem L-Crash

► 13.04.2009 (khd/d-funk). **Simbabwe hat die Landeswährung abgeschafft.** Nachdem jetzt in Südafrika eine Inflationsrate von 230 Mio. % erreicht war, blieb kaum eine andere Wahl. Es gilt dort jetzt der Euro oder Dollar.

► 13.04.2009 (khd/taz). **Dritter Weg zwischen Staatssozialismus und Marktkapitalismus**, die bewiesenermaßen beide versagt haben: Im Interview mit der taz schlägt Edgar Most (Topbankier in der DDR und nach der Wende erfolgreicher Chef der Deutschen Bank in Berlin) die „**sozialistische Marktwirtschaft**“ vor. [26]

► 14.04.2009 (khd/welt/d-radio). Die Kaufhauskette **Woolworth Deutschland hat Insolvenz angemeldet** (bereits am Sonnabend – 11.4.2009). Von der Pleite betroffen sind 323 Filialen mit etwa 11.000 völlig überraschten Mitarbeitern. Hier rächt sich vermutlich, daß Woolworth seit Ende 2007 dem britischen Finanz-Investor Argyll Partners gehört. Welche Bank gibt einer Heuschrecke heute noch Kredit, noch dazu wenn es sich um „unternehmerische Nieten“ (Verdi) handelt? Der Waren-Verkauf soll vorerst unter der Insolvenzverwaltung weitergeführt werden.

Mit Woolworth steht schon das 4. Traditions-kaufhaus vor dem Aus. 2008 hatten bereits Hertie, SinnLeffers und Wehmeyer Insolvenz-Anträge gestellt. Und auch dem Karstadt-Konzern (Arcandor an der Börse) geht es so miserabel, daß hier weitere Verkäufe (sogar das Berliner KaDeWe soll auf der Liste stehen) und Entlassungen wahrscheinlich sind.

► 14.04.2009 (khd/d-radio). **Finanzkrise für Anfänger:** Das gesamte Ausmaß der Wirtschafts- und Finanzkrise ist noch immer nicht vollständig abzusehen – selbst für Experten. Und wie soll es da erst Jugendlichen ergehen? Gerd Schneider und Christiane Toyka-Seid haben in ihrem Band „Die Finanzkrise“ die komplexe Thematik speziell für junge Leute aufbereitet, was aber auch für Erwachsene lesenswert ist. [mehr]

Gerd Schneider & Christiane Toyka-Seid: Die Finanzkrise – Sachbuch für Jugendliche. Sonderausgabe in der »Arena Bibliothek des Wissens«, Arena-Verlag, Würzburg 2009, 64 Seiten, Preis: nur 5 Euro.

► 14.04.2009 (khd/ard). **Polen will beim IWF eine flexible Kreditlinie von 20 Mrd. Euro beantragen.** Dadurch sollen die Reserven der polnischen Zentralbank um ein Drittel aufge-

stockt werden, um die Wirtschaftskrise proaktiv bekämpfen zu können. Denn der Zloty steht durch Währungsspekulationen [Ed: hm, warum werden diese nicht verboten?] unter Druck. Es wird vermutet, daß sich nunmehr auch Länder wie Brasilien, Indonesien, Südafrika, Südkorea oder Tschechien um entsprechenden IWF-Hilfen bemühen werden.

► 15.04.2009 (khd/aeztg). Die gesetzlichen Krankenkassen (GKV) fordern wg. der Krise **mehr Geld für den neuen Gesundheitsfonds**. Durch die steigende Arbeitslosigkeit werde es zu erheblichen Einnahmeausfällen kommen, heißt es. Das GKV-Defizit sei bereits jetzt auf rund 3 Mrd. Euro angewachsen. Die durch ein Staatsdarlehen garantierten 167 Mrd. Euro für den Gesundheitsfonds reichten nicht aus. Man brauche für 2009 mindestens 5 Mrd. Euro zusätzlich, sagen die GKV.

► 15.04.2009 (khd/dw). **Brasilien will mehr Einfluß der Schwellenländer**. Brasiliens Präsident Luiz Inácio »Lula« da Silva hat eine stärkere Einbindung der Schwellenländer bei der Suche nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung gefordert. Angesichts der Krise sei es völlig sinnlos, zwischen 1. und 2. Welt zu unterscheiden, sagte da Silva bei der Eröffnung des 4. lateinamerikanischen Wirtschaftsforums in Rio de Janeiro (Fórum Econômico Mundial do América Latina). Lösungen könnten nur gemeinsam gefunden werden.

Vor einer vor allem aus weltweiten Investoren bestehenden Zuhörerschaft kritisierte Lula da Silva die „Blauäugigkeit“ vieler Verantwortlicher der Finanzwelt, die die aktuelle Krise mit verursacht habe. „Wir wollen eine ethische Globalisierung, bei der die Menschen im Zentrum unseres Handelns stehen. Die Antworten müssen sozial gerecht ausfallen und die Armut bekämpfen“, ergänzte er.

8. Monat nach dem L-Crash

► 16.04.2009 (khd/standard/d-radio). **Hellseherische Krisen-Prognosen**: Kaum gibt es die ersten Frühlings-Sonnenstrahlen sind einige Forscher in diesen Tagen schon wieder mit Krisen-Entwarnungen unterwegs, obwohl die Arbeitslosenzahl weiter dramatisch ansteigt. So rechnet das DIW mit einer leichten Konjunktur-Belebung und das *Handelsblatt* sieht sogar schon wieder ein kleines Wachstum. Wir wissen aber, daß solche Prognosen schlechter als Horoskope sind, denn die Wirtschaftsforscher arbeiten noch immer mit unzulänglichen Modellen.

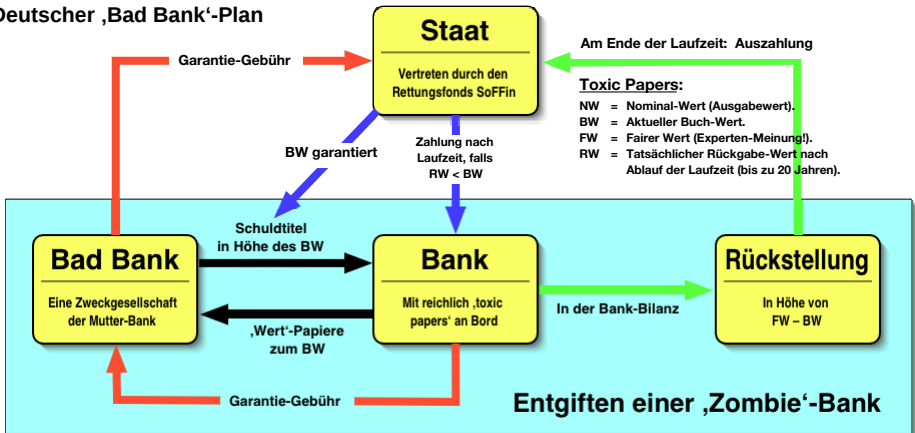
Aber was sagt denn nun die Astrologie? Der Wiener *Standard* gibt heute dazu **Aufklärung** [27]: Herbst 2008, Pluto wandert in den Steinbock (steht für Staat und Organisation). Mit dem Vollmond am 15. September hat für Astrologen die Finanzkrise begonnen. Die Lehman-Bank ist pleite. Den Höhepunkt der Krise erwartet der befragte Astrologe erst für Herbst 2010. Dann treten Uranus, Saturn und Pluto in ein besonderes Spannungsfeld. Bis 2015 werde es „eher trist“ sein. Nun, wir werden sehen, ob das so abläuft. Alle Rahmendaten deuten daraufhin, daß (diesmal) die Astrologie recht behalten könnte.

► 16.04.2009 (khd/hbl). Der Internationale Währungsfonds (IWF) fordert zur Überwindung der tiefsten Rezession seit den 1930-er Jahren „**aggressive Schritte der Geld- und Finanzpolitik**“. Der aktuelle globale Abwärtstrend werde ungewöhnlich tief ausfallen und der spätere Aufschwung werde vermutlich nur sehr schleppend und begrenzt sein, sagte der IWF voraus. Die Geldpolitik spiele zwar eine wichtige Rolle beim Zurückdrängen der Rezession und der Stärkung des Aufschwungs, doch stelle sich die Wirkung nach einer Finanzkrise anders als bei einer reinen Konjunkturkrise viel schwächer dar. Der „Schlüssel für den Aufschwung“ sei die Wiederherstellung von Vertrauen im Finanzsektor verbunden mit der Sanierung der Banken-Bilanzen.

► 17.04.2009 (khd/tsp/d-radio). **Die SPD will die Börsenumsatzsteuer wieder einführen**. Die Sozialdemokraten ziehen mit dieser Forderung in den Bundestagswahlkampf. Danach soll künftig ab einem Börsenumsatz von 1000 Euro dieser mit etwa 0,5 % besteuert werden. 1991 wurde diese Steuer von der Kohl-Regierung lobbygetrieben abgeschafft. In den USA und Großbritannien sind Börsenumsätze nach wie vor steuerpflichtig. Es gelte jetzt ein „deutliches Zeichen“ zu setzen, heißt es. Der Steuersatz könne später durchaus noch erhöht werden. So fordern die Linken einen Satz von 1 % – andere sagen, 10 % seien nach den Erkenntnissen des letzten Halbjahres nunmehr angemessen.

► 18.04.2009 (khd/d-radio). **Der Karstadt-Konzern (Arcandor) steht de facto vor der Pleite**. Der Kaufhaus-Konzern muß Mitte Juni 650 Mio. Euro Schulden zurückzahlen und weiß nicht woher er das Geld nehmen soll. Denn großes Vermögen hat der Konzern kaum noch, da Ex-Chefsanierer Middelhoff Karstadts Tafelsilber (fast alle Häuser samt Grundstücken) verkaufte und man vielerorts nur noch Mieter ist. Karstadt ist über die letzten

Deutscher ‚Bad Bank‘-Plan



@ 22.4.2009 – khd-research

▲ **Entgiften der ‚Zombie‘-Banken**, wie sich das offensichtlich die Bundesregierung vorstellt. Jedenfalls konnte das so aus den bisher bekanntgewordenen Meldungen entnommen werden. Insofern muß das noch alles nicht korrekt sein. Bei diesem Modell wird der Steuerzahler enorm belastet. Aber es gibt bessere Lösungen für das Entgiften, wie Harald Schumann aufzeigt [29]. (eps-Grafik: 22.4.2009 – khd)

Jahre regelrecht kaputtgemanagt worden, und nun gibt die Finanzkrise dem Traditionshaus offensichtlich den Rest. [mehr]

► 18.04.2009 (kh/d-radio). **Der Arbeitsagentur wird bis Oktober das Geld ausgehen.** Angesichts steigender Arbeitslosigkeit (inkl. Kurzarbeit) reichen die Rücklagen der Bundesagentur für Arbeit nur noch bis zum Herbst. Dann muß die Bundesregierung ein Darlehen gewähren. Dabei basiert die Annahme noch auf der Prognose der Bundesregierung, daß hierzulande die Wirtschaft 2009 um 2,25 % schrumpfen wird – es wird aber deutlich mehr werden. „Falls die Rücklagen der Bundesagentur irgendwann nächstes Jahr nicht mehr reichen sollten, wird der Bundeshaushalt aushelfen“, sagt Bundesarbeitsminister Olaf Scholz (SPD).

► 19.04.2009 (kh/d/sp). **Das US-Heimatschutzministerium (DHS) warnt vor der Gefahr rechten Terrors.** Seit Wochen köchelt der Volkszorn in den USA über Wirtschaftskrise, über Arbeitslosigkeit, Bonus-Skandale, den Kollaps der Autobranche, die Milliardenpumpen des Staates an die Banken. Diese bisher eigentlich ideologiefreie Wut will das rechte Lager (radikale Konservative) nun für einen erbitterten Kampf gegen US-Präsident Barack Obama politisch instrumentalisieren. [mehr]

32. Woche nach dem L-Crash

► 20.04.2009 (kh/d/hbl/info-radio). **Gold gewinnt in der Finanzkrise an Glanz:** Die globale Finanzkrise hat das Vertrauen der Anleger weltweit schwer erschüttert. Davon hat in den zurückliegenden Wochen vor allem das Edelmetall Gold profitiert. Es gilt seit jeher in Krisenzeiten als „sicherer Hafen“. Auf Dollarbasis hat Gold seit Mitte Oktober 2008 rund 200 Dollar zugelegt. Zeitweise rückte sogar das Allzeithoch von gut 1.030 Dollar je Feinunze (31,1 Gramm) in Reichweite. Zuletzt schwankte der Goldpreis um 900 Dollar. Es wird zudem erwartet, daß Gold allein schon aus Sorge vor höheren Inflationsraten begehrt bleiben wird. Im 2. Halbjahr 2009 könnte das Gold auf Rekordkurs gehen, wenn sich – wie erwartet – die Krise noch tiefer eingefressen hat.

► 20.04.2009 (kh/d-radio). **Die Krise ist in der Staatskasse angekommen:** Im 1. Quartal 2009 nahmen laut *Handelsblatt* die deutschen Finanzbehörden von Bürgern und Unternehmen rund 2 Mrd. Euro Steuern weniger ein als vor einem Jahr. Die Einnahmen sind um 1,8 % gesunken, im Monat März waren es schon 2,6 % weniger als ein Jahr zuvor. Und das ist vermutlich erst der Anfang. Steuerschätzer rechnen allein für das laufende Jahr mit Steuerausfällen von 41 Mrd. Euro.

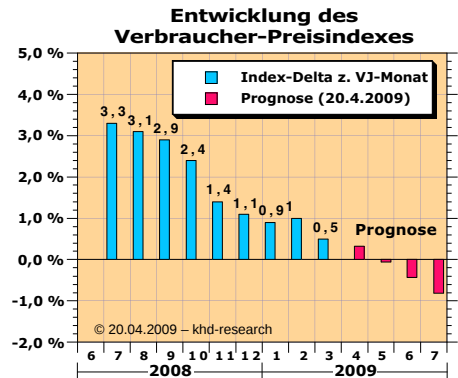
► 20.04.2009 (khd/destatis/info-radio). **Deutschland ist auf dem Weg in die Deflation:** Im März sank die Teuerungsrate auf +0,5 % gegenüber dem Vorjahresmonat (VJ-Monat). Das ist der niedrigste Stand seit xxx, als die Rate bei +xxx % lag. Im Februar 2009 lag der Verbraucherindex noch bei +1,0 %. Bei Werten von knapp unter 2 % sieht die Europäische Zentralbank (EZB) Preisstabilität. Wird der Preisindex negativ, droht die besonders gefährliche Deflation.

Sollte sich im Juni/Juli der Preisindex im Negativen festsetzen (siehe Grafik), dann wird es kritisch. Denn der Bundesregierung ist es bislang mit keiner Maßnahme gelungen, den Geldmarkt wieder flott zu kriegen. Angesichts der deutlichen deflationären Tendenz muß für Deutschland mit einer länger anhaltenden Krise (durchaus einige Jahre) gerechnet werden. Daß es Deutschland (und Japan) so besonders hart trifft, liegt eindeutig an einer völlig verfehlten, wenig intelligenten Wirtschafts- und Arbeitsmarkt- Politik seit etwa 1980 – und wer hat in dieser Zeit regiert? Und die aus ganz anderen Gründen in den USA entstandene globale Finanzmarktkrise legt jetzt in der Wirtschaftskrise diesen Kardinalfehler deutscher Politik schonungslos offen.

► 20.04.2009 (khd/sp/dpa/d-radio). Der Essener Konzern **Arcandor (Karstadt/Quelle)** steckt viel tiefer in der Krise als gedacht. Der Name Arcandor hat es nicht gebracht. Nun soll ein weiterer Umbau des Unternehmens retten, sagte heute der neue Arcandor-Chef Dr. Karl-Gerhard Eick in Düsseldorf und klang wenig innovativ. Der Ex-Telekom-Vorstand will rund 1.500 Quelle-Shops, 115 Quelle-Technikcenter und 8 Karstadt-Filialen in eine neue Firma „Artrys“ ausgliedern [Ed: was treffend an Arthrose erinnert...]. Die Luxus-Kaufhäuser KaDeWe in Berlin, das Alsterhaus in Hamburg und das Oberpollinger in München sollen künftig nicht mehr zum Kerngeschäft Arcandors gehören – stehen also zur Disposition, um einen Teil der Schulden ausgleichen zu können.

20-Millionen-Eick, der schon bei der Telekom nicht durch Innovationen aufgefallen war, hat sogar schon bei der Bundesregierung um Steuergeld gebettelt. Offensichtlich glauben die beiden Hauptaktionäre Sal. Oppenheim und die Quelle-Erben auch nicht mehr an die Zukunft des Konzerns. Karstadt selbst soll sich künftig aufs Mittelmaß konzentrieren. Damit dürfte eine Sanierung nie gelingen und der Weg in die Insolvenz vorprogrammiert sein. Es wird also reichlich neue Arbeitslose geben. Und die gehen diesmal nicht zu Lasten der Finanzkrise, sondern aufs Konto dritt- und

Auf dem Weg in die Deflation



▲ **Deutschland auf dem Weg in die Deflation.** Die Entwicklung des Verbraucher-Preisindexes seit Sommer 2008. Deutschland könnte demnächst – wie schon Japan – in die Deflations-Falle tappen. (Grafik: siehe Inset – khd)

viertklassiger Manager, die vom Handeln mit realen Waren nichts verstanden haben. Sogar den wertvollen Namen „Wertheim“ gaben sie auf.

► 21.04.2009 (khd/ftd/d-radio). **Opel wird von Finanzinvestoren umgarnt.** So soll nun auch die Super-Heuschrecke, der US-Finanzinvestor Cerberus, eine Beteiligung an einem möglichen neu gegründeten europäischen Opel-Konzern planen. Im Gespräch sei ein Einstieg von bis zu 25 %. Cerberus ist eigentlich noch damit beschäftigt die Scherben seines Engagements beim maroden US-Autobauer Chrysler aufzusammeln. Opel versucht derzeit, Investoren für die Trennung von der insolventen Muttergesellschaft General Motors (GM) in Detroit zu gewinnen.

Vermutlich sei Cerberus aber nur – wie übrigens auch Fiat aus Italien – an den in Aussicht gestellten deutschen Staatsbürgschaften für Opel interessiert, vermuten Insider: „Diese Geier aus New York wollen nur abkassieren, wie sie das schon in Berlin bei der GSW und in Wien mit der BAWAG zum Nachteil der Menschen taten.“

► 21.04.2009 (khd/ag/d-radio). **Der IWF sieht die Krise noch lange nicht überwunden.** Der weltweite Abschreibungsbedarf auf Risikopapiere könne rund 4 Billionen Dollar errei-

chen, von denen zwei Drittel bei Banken auflaufen dürften. „*Ohne eine Reinigung der Bankbilanzen von belasteten Anlagen, begleitet von einer Restrukturierung und, wenn nötig, Rekapitalisierung, bleibt das Risiko, daß die Bank-Probleme die wirtschaftliche Entwicklung nach unten reißen*“, heißt es im aktuellen IWF-Bericht zur weltweiten Finanzstabilität. Die zentrale Herausforderung sei, die Abwärtsspirale von Finanzmarktkrise und Wirtschaftskrise zu durchbrechen. Der Fonds unterstrich die Notwendigkeit, bei aller Unterschiedlichkeit der Maßnahmen international koordiniert vorzugehen.

► 21.04.2009 (khd/sp/d-radio). **Die Bundesregierung will nun doch Bad-Banks:** Sie will in spätestens 2 Wochen ein Gesetz zur Auslagerung fauler Wertpapiere („toxic papers“) aus Bankbilanzen vorlegen (siehe Grafik auf Seite 21).

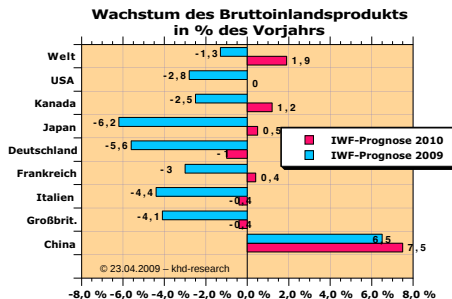
Es gibt noch immer keine präzisen Informationen über das Volumen der bei Banken in Deutschland lagernden Ramschpapiere. In einigen Meldungen wird von Papieren im Nennwert von insgesamt über 800 Mrd. Euro gesprochen, andere reden von nur 250 Mrd. Euro. Vermutlich soll das Publikum über das wahre Ausmaß der Bank-Zockerei getäuscht werden. Es ist schon erstaunlich, daß offensichtlich von der Bundesbehörde BAFin auch 7 Monate nach dem Lehman-Crash noch immer keine verlässlichen Zahlen erhoben werden konnten. Gibt es hier etwa eine (unverzeihliche) Gesetzeslücke? Die Öffentlichkeit hat aber ein Recht darauf, endlich genaue Zahlen zu erfahren. Die Medien [Ed: hallo, SPIEGEL und SÜDDEUTSCHE] sollten nun investigativ recherchieren, was die wahre Wahrheit ist. [Voilà!]

► 22.04.2009 (khd/tsp). In der Presse werden schon wieder **Hoffnungen auf ein Ende der Krise geweckt**. So sieht der Chef der ‚Wirtschaftsweisen‘ Wolfgang Franz den Tiefpunkt erreicht und erwartet eine „zaghafte Belebung“ wg. der von der Bundesregierung aufgelegten Konjunkturprogramme I und II.

Aufgrund von (fragwürdigen) Indikatoren wie dem ZEW-Indikator oder dem Ifo-Index glauben ‚Experten‘ sogar, eine „Aussicht auf Bodenbildung“ ausmachen zu können. Aber das basiert alles auf Meinungen, nicht auf solider volkswissenschaftlicher Modellarbeit, die sich exakt meßbarer Daten bedient. Das sieht alles nach von der Politik ‚bestelltem‘ Optimismus aus.

► 22.04.2009 (khd/mopo/d-radio). **Soziale Unruhen auch in Deutschland befürchtet:** DGB-Chef Michael

Zur Lage der Weltwirtschaft



▲ **Deutschland steckt 2009 am tiefsten in der Rezession.** Ein trauriges Ergebnis verfehlter Wirtschaftspolitik unter den Bundeskanzlern Kohl (CDU), Schröder (SPD) und Dr. Merkel (CDU) sowie ihren Wirtschafts- und Finanzministern. (Grafik: siehe Inset – khd)

Sommer hat vor sozialen Unruhen als Folge der Wirtschaftskrise gewarnt. Sollte es Massenentlassungen geben, wäre dies eine „Kampfansage an die Belegschaften und die Gewerkschaften“, soziale Unruhen seien dann auch in Deutschland nicht mehr auszuschließen. Bereits am 1. Mai könnte in Berlin-Kreuzberg die „Abrechnung mit den Investmentbanken und Heuschrecken“ beginnen, ahnen Gewerkschafter.

► 22.04.2009 (khd/iwf). **Deutschland steckt tiefer in der Krise als die meisten anderen Länder.** Im aktuellen „World Economic Outlook“ des IWF sagt der Währungsfonds für die Welt einen BIP-Einbruch von 1,3 % für 2009 voraus (siehe Grafik), für Deutschland wird aber ein BIP-Rückgang um 5,6 % erwartet. Deutschland steckt 2009 in einer Rekord-Rezession, aus der es auch 2010 kaum entkommen wird.

► 22.04.2009 (khd/d-radio). In Berlin findet ein **2. Krisentreffen im Kanzleramt** statt. Ein 1. Treffen der Eliten fand am 14. Dezember 2008 statt. Ein Ergebnis brachte das Treffen heute nicht. Das vom DGB geforderte 3. Konjunkturprogramm im Umfang von 100 Mrd. Euro wurde verweigert. Die Bundesregierung stellte aber weitere Hilfen für Unternehmen und Arbeitsmarkt in Aussicht.

Nun haben offensichtlich auch unsere ‚Spitzen‘ kapiert, daß ein Ende dieser Krise und damit die immer neuen Herausforderungen

rungen für die Politik nicht absehbar ist. Zu dieser Erkenntnis brauchten sie aber über 6 Monate. Das verwundert sehr, denn für jeden, der Daten und Fakten (im Internet) selbst lesen und zu deuten weiß – logisches (nicht ideologisches) Denken beherrscht, war bereits im Herbst 2008 klar, wir haben es mit einer außerordentlich großen und hartnäckigen Krise zu tun, die auch nur mit ganz außergewöhnlichen Maßnahmen bekämpft werden kann. Deshalb ist es wohl erlaubt, einen großen Teil unserer derzeitigen Spitzenkräfte ins Fach „vermeintliche Eliten“ abzulegen.

220. Tag nach dem L-Crash

► 23.04.2009 (khd/bse-page). **Nun auch noch die Schweinegrippe:** In Mexiko ist eine neuartige Grippe-Epidemie ausgebrochen, die bereits viele Todesopfer kostete. Dabei handelt es sich um ein neues gefährliches Influenza-Virus (Typ A/H1N1), das das Potential einer weltweiten Ausbreitung besitzt. Sollte daraus tatsächlich eine Grippe-Pandemie entstehen, dann sind die Volkswirtschaften nicht nur durch die Wirtschaftskrise belastet, sondern zusätzlich durch die enormen Pandemie-Folgen bedroht. Spiegel-Online

berichtet bereits 2006 davon, daß solche Pandemien mit etwa 2.000 Mrd. US-Dollar zu Buche schlagen könnten. Daher wird die WHO alles unternehmen, um eine globale Grippe-Ausbreitung der Schweinegrippe („Amerikanische Grippe“) zu verhindern. [Neues von der Schweinegrippe]

► 24.04.2009 (khd/sz/d-radio). **Geheime Risiko-Liste deutscher Banken aufgetaucht:** Der Süddeutschen Zeitung (25.4.2009) ist eine vertrauliche Liste der Finanzmarktaufsicht BAFin zugespielt worden. Auf dem A4-Blatt sollen 17 deutsche Banken mit ihren Risikowerten stehen (siehe Rekonstruktion in der Tabelle, leider noch nicht ganz vollständig). Danach ergeben sich bei diesen Banken per 26. Februar 2009 ein aufsummierter Risikowert (unsichere Anlagen wie „toxic papers“ u. a. Murks) von 816 Mrd. Euro. Wg. der Veröffentlichung gab es heute Abend einen Riesenscandal.

Vermutlich ist diese Liste für die Bundesregierung zur Vorbereitung der Bad-Bank-Gesetzgebung (siehe Grafik auf Seite 21) angefertigt worden. Und natürlich gab es heute von allen Seiten Dementis und Beschönigungen, was eher für die Korrektheit der Zahlen spricht. Nur der kleinere Teil der Risiken war bislang bekannt. Da es aber in Deutschland noch mehr Banken gibt, muß davon ausgegangen werden, daß hierzulande deutlich mehr als 1 Billion Euro Pseudo-Wertpapiere bei Banken lagern – also dort noch erheblicher Abschreibungs- und Kapitalaufstockungs-Bedarf besteht. Und erst wenn das alles wirklich erledigt ist, kann es mit der Wirtschaft in Deutschland wieder aufwärts gehen.

► 25.04.2009 (khd/welt/d-radio). **Wirbel um die BAFin-Liste:** Die BAFin warnte vor Fehlinterpretationen der Liste und erklärte: Bei dem an die Öffentlichkeit gelangten Papier handele es sich um eine „streng vertrauliche Aufstellung der BAFin über Vermögenswerte einzelner Banken“. Die Weitergabe stelle möglicherweise einen Verstoß gegen die Verschwiegenheitspflicht dar. Man habe deshalb Anzeige bei der Staatsanwaltschaft gestellt. Gegen wen, wurde nicht mitgeteilt.

Und Finanzstaatssekretär Jörg Asmussen (SPD) sagte in Washington, einen Bericht der BAFin mit den darin genannten Summen kenne er nicht. Er hielte es für bedenklich, wenn eine solche Liste von Banken mit Details zu Risikoanlagen veröffentlicht worden sei. Das wäre ein klarer Gesetzesverstoß, denn die Weitergabe solcher Informationen sei nach Kreditwesengesetz verboten.

Ausfallrisiko-Liste

Quellen: Süddeutsche Zeitung + Internet. ¹

Bank	„Giftmüll“	Anm.
1. Hypo Real Estate	268 Mrd. Euro	
2. HSH Nordbank	105 Mrd. Euro	
3. Commerzbank	101 Mrd. Euro	6
4. LBBW	92 Mrd. Euro	3
5. WestLB	84 Mrd. Euro	
6. BayernLB	} 74 Mrd. Euro	5
7. Nord/LB		
8. DZ Bank	54 Mrd. Euro	4
9. Deutsche Bank	21 Mrd. Euro	
10. HypoVereinsBank	5 Mrd. Euro	
11. Postbank	5 Mrd. Euro	
12. xxx	Mrd. Euro	
13. xxx	Mrd. Euro	
14. xxx	Mrd. Euro	
15. xxx	Mrd. Euro	
16. LBB	ca. 0 Mrd. Euro	
17. Hessische LB	0 Mrd. Euro	
00. And. Privatbanken	7 Mrd. Euro	2
Summe:	816 Mrd. Euro	7

¹ Aus diversen Textinfos rekonstruiert. Stand: 26.2.2009.

² Unklar: Sal. Oppenheim, SEB, Sparkassen, xxx, ...?

³ An Bord ist die marode SachsenLB.

⁴ Mit allen Volks- und Raiffeisenbanken.

⁵ Aufteilung noch unklar, aber meistes bei BayernLB.

⁶ Inkl. 49 Mrd. Euro von der übern. Dresdner Bank.

⁷ Im Januar 2009 sollen es noch 853 Mrd. Euro gewesen sein.

Aha, eine solche Information der Öffentlichkeit ist also ein „klarer Gesetzesverstoß“. Wenn aber Banker Zigmilliarden sinnlos verzocken, Kunden betrogen haben und ganze Volkswirtschaften mit ihrem verantwortungslosen Tun in den Ruin stürzen, dann wird nicht vom klaren Gesetzesverstoß gesprochen und entsprechend geahndet. Womöglich ist das alles noch nicht einmal verboten. Da stimmt doch etwas nicht. Auch SPD-Finanzstaatssekretär Jörg Asmussen muß etwas sehr sehr falsch gemacht haben.

► 25.04.2009 (khd/info-radio). **Bundespräsident Horst Köhler** warnt vor Panikmache angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise. „*Der Ernst der Lage sei nicht zu leugnen, die Krise sei aber beherrschbar*“, sagte er dem *Info-Radio* des RBB. Köhler rüffelte damit seine Gegenkandidatin (bei der Bundespräsidentwahl am 23. Mai) Gesine Schwan, die wie vorher schon DGB-Sommer vor sozialen Unruhen und einer explosiven Stimmung (große Wut) in der Bevölkerung gewarnt hatte.

► 26.04.2009 (khd/tsp). **SPD-Politiker Peer Steinbrück erklärt den Bürgern die Große Krise.** Im Berliner *Tagesspiegel* schreibt er [31] als Publizist, daß die Krise als Zeitenwende – als Zäsur – verstanden werden muß, die zu Besserem führen kann. Als Bundesfinanzminister Steinbrück agiert er aber kaum im Sinne seiner Hypothese. So hat er unlängst einen ziemlich verqueren Bad-Bank-Plan [Grafik auf Seite 21] vorgelegt, der weiterhin die Verursacher schont.

► 26.04.2009 (khd/ddp/d-radio). Eine Emnid—Umfrage ergab: **Eine Mehrheit der Deutschen teilt die Befürchtungen** von DGB-Chef Michael Sommer und Gesine Schwan vor sozialen Unruhen als Folge der Wirtschaftskrise. Verständnis für solche Proteste hätten 79 % und rund 33 % würden sich daran beteiligen. Sicherheitsminister Schäuble hält dennoch die Sorgen für völlig unbegründet.

33. Woche nach dem L-Crash

► 27.04.2009 (khd/d-radio). **Für 2010 droht ein Rentenkürzung von 2,3 %.** Durch das Steigen der Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit ergibt sich nach der Rentenformel eigentlich die Notwendigkeit, die 20 Mio. gesetzlichen Renten ab 1. Juli 2010 zu kürzen. Dagegen hat sich jetzt SPD-Chef Franz Müntefering ausgesprochen: „*Rentner dürfen 2010 keine Verschlechterung erfahren. Ich kann mir auch nicht vorstellen, das die anderen Parteien das wollen.*“ Es wird erwartet, daß nun noch vor der Bundestagswahl die Rentenformel selbst ‚dynamisiert‘ wird. Auch um da-

mit ein Stück Nachfrage-Politik zu realisieren, an der es hierzulande seit den 1980er-Jahren so sehr mangelt.

► 27.04.2009 (khd/yahoo/d-radio). **Die Heuschrecke Cerberus wird Alleineigner des maroden US-Autobauers Chrysler.** Daimler trennt sich nun vom Rest-Anteil (19,9 %) seines völlig überflüssigen Abenteuers Chrysler (Daimler-Chef Schrepp 1998: „Hochzeit im Himmel!“). Der Total-Rückzug wird Daimler noch einmal rund 700 Mio. Dollar kosten. Die gesamte Abschreibung auf die restliche Beteiligung an Chrysler hatte laut Daimler mit einem Minus von 3,2 Mrd. Euro zu Buche geschlagen. Daimler muß nun ganz besonders sparen.

Und der Höllenhund Cerberus muß nun unter genauer Beobachtung der Öffentlichkeit zeigen, daß eine Heuschrecke in der Lage ist, Chrysler im Insolvenz-Verfahren zu sanieren. Denn Cerberus war bislang nicht bereit, auch nur 1 Cent in das marode Auto-Unternehmen zu stecken, was in den USA auf massive Kritik stieß.

► 28.04.2009 (khd/d-radio). **Die Deutsche Bank macht schon wieder Milliarden Gewinn:** Vor 3 Monaten gab Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann einen Jahresverlust von 3,9 Mrd. Euro für 2008 bekannt. Heute verkündete er für das 1. Quartal 2009 bereits wieder – trotz Abschreibungen auf Murks und Zukauf von Teilen der Postbank – einen Gewinn von 1,2 Mrd. Euro. Es war vor allem das Geschäft mit Anleihen aller Art, das jetzt für den Erfolg in der Krise sorgte.

Die Deutsche Bank ist nach wie vor stolz darauf, bislang keine (direkte) staatliche Hilfe angenommen zu haben. Das aber ist gelogen. Denn die Deutsche Bank ist Hauptprofiteur der staatlichen Hilfen der US-Regierung. So hat sie unlängst von der staatlich gestützten AIG rund 9 Mrd. Dollar aus obskuren Kreditversicherungs-Geschäften erhalten. Insofern sind die 1,2 Mrd. Euro Gewinn doch eher mickrig.

► 29.04.2009 (khd/tsp/d-radio). **Die Bundesregierung erwartet 4,6 Mio. Arbeitslose:** In ihrer Frühjahrs-Prognose geht die Regierung für dieses Jahr von einem Anstieg der Arbeitslosenzahl auf 3,7 Mio. (ohne Kurzarbeiter) aus, für 2010 auf dem Höhepunkt der Krise 4,6 Mio. Um Schlimmeres am Arbeitsmarkt zu vermeiden, soll die Zahlung von Kurzarbeitergeld auf 24 Monate ausgedehnt werden.

Für 2009 wird mit einem Rückgang des BIPs um 6 % gerechnet, was sogar noch etwas schlechter als

Prognosen der Bundesregierung

Quellen: Reuters + Internet. ¹

	2009	2010	Anm.
■ BIP	-6,0 %	0,5 %	²
■ Privater Konsum	-0,1 %	-0,3 %	
■ Staatskonsum	2,4 %	1,8 %	
■ Bruttoanlageinvest	-8,1 %	-0,3 %	
■ Ausrüstungen	-17,0 %	-1,8 %	
■ Bauten	-2,2 %	0,4 %	
■ Inlandsnachfrage	-1,5 %	0,2 %	
■ Export	-18,8 %	0,9 %	
■ Import	-10,6 %	0,4 %	
■ Verbraucherpreise	0,3 %	0,7 %	
■ Erwerbstätige	-1,3 %	-2,5 %	³
■ Arbeitslose in Mio.	3,720	4,620	

¹ Alles Veränderungen gegenüber dem Vorjahr.

² BIP = Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt.

³ Im Inland.

⁴ xxx.

die aktuelle IWF-Prognose [Grafik auf Seite 23] ist und gleichzeitig einen Offenbarungseid deutscher Wirtschaftspolitik seit den 1980er-Jahren darstellt. Der Frage, warum Deutschlands Wirtschaft derartig stark absackt, sollte schleunigst schonungslos in der Öffentlichkeit diskutiert werden. Denn aus fast 30 Jahren an Fehlern muß jetzt endlich gelernt werden. Schon mal ein wichtiger Hinweis: Technologie-Lücke ([32], auch Auto-Monokultur).

Anmerkung: Aus den Relativangaben für 2010 in der obenstehenden Prognose-Tabelle darf man nicht die falschen Schlüsse in Bezug auf das Referenzjahr 2008 ziehen. Auch wenn dort ein kleiner Zuwachs notiert ist, wie beim BIP mit +0,5 %, bedeutet das in Bezug auf 2008: Man steckt 2010 noch immer tief in den Miesen. Beim BIP sind das -5,53 % gegenüber 2008. Allgemein gilt für den Bezug aufs Jahr 2008 (alle p müssen hier in Prozentwerten eingesetzt werden):

$$p_{2010_resp_2008} = p_{2009} * (1 + p_{2010}/100) + p_{2010}$$

► 30.04.2009 (khd/d-radio). **HRE-Großaktionär J. C. Flowers will das Staatsangebot nicht annehmen.** Am Montag (4.5.2009) läuft das Angebot von 1,39 Euro/Aktie der Bundesregierung an die Aktionäre der total maroden Hypo Real Estate (HRE) ab. Also wird es wohl zur Enteignung der Heuschrecke Flowers kommen. Für diesen Fall hat Flowers – von FDP-Politikern beeinflusst – eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht angekündigt, der aber von Experten wg. des Artikels 14 GG keine Chance eingeräumt wird. Außerdem müßte sich Flowers & Co. erst durch die Instanzen bis zum Verfassungsgericht hochklagen – und das kann dauern.

► 30.04.2009 (khd/d-radio). **Der US-Autobauer Chrysler meldet Insolvenz an.** Das Traditions-Unternehmen soll nun unter dem US-Gläubigerschutz (Chapter 11) saniert werden. Eigner Cerberus war zu einer Sanierung nicht in der Lage und muß nun erhebliche Verluste hinnehmen, was allortorten Gefallen findet. Chrysler strebt eine Allianz mit Italiens Fiat-Konzern an.

US-Präsident Barack Obama kündigte deshalb eine härtere Gangart gegen unfähige Finanzinvestoren an. In einer Wutrede anlässlich der Vorstellung des Rettungsplans für den Autobauer Chrysler prangerte er „eine Gruppe von Investmentfirmen“ an. „Ich stehe auf der Seite der Arbeiter“, sagte Obama. „Ich stehe nicht bei denen, die sich widersetzen, wenn alle anderen Opfer bringen.“ Die Heuschrecke Cerberus glaubte noch immer, auf ihre Rechte als erstrangiger Gläubiger pochen zu können. Nach dem Sanierungsplan wird nun aber die rechtlich schlechter gestellte Gewerkschaft die Mehrheit der Chrysler-Aktien erhalten.

Damit sei der „**Krieg gegen den Finanzterror**“ – der wahren ‚Achse des Bösen‘ – eingeläutet worden, heißt es nicht nur an der Wall Street.

► 01.05.2009 (khd/d-radio). **1. Mai 2009 — Tag der Arbeit im Zeichen der großen Krise.** Michael Sommer (DGB-Chef):

„Wer bereit ist, einen dreistelligen Milliardenbetrag für den Giftmüll der Banken bereitzustellen, muß auch einen dreistelligen Milliardenbetrag für die Arbeit ausgeben können. (...) Jeder Hartz-IV-Empfänger muß erst sein Vermögen einsetzen, bevor er staatliche Hilfe bekommt. Das gleiche Prinzip muß auch für Reiche und Superreiche gelten. (...) Gierige Männer haben unsere Welt an den Rand der Katastrophe geführt. Sie haben Wetten abgeschlossen und verloren, und zwar mit unserem Geld und auf unserem Rücken.“

Hubertus Schmoldt (IG Bergbau, Chemie und Energie): „Sie fahren den Laden gegen die Wand und wollen dafür auch noch belohnt werden. (...) Wenn Deutsche Bank-Chef Josef Ackermann nun 25 Prozent wieder als Renditeziel ausgibt, zeigt dies, daß er offenbar lernunfähig ist.“

Pete Seegers (nun auch schon 90) Protest-Song „If I had a hammer...“ spielte bei den Gewerkschaften (noch) keine Rolle, obwohl diese doch jahrelang von den nunmehr so grandios gescheiterten markt-radikalen Neo-Liberalen immer als „die letzten Idioten“ dargestellt wurden.

Nach dem 15.9.2008 wissen nun aber alle, wer in Wirklichkeit die Idioten waren, war von Demonstranten in Berlin zu hören.

► 01.05.2009 (khd/d-radio). **Soziologen in Frankreich sehen bereits eine „soziale Explosion“.** Viele Unternehmer agieren in der Krise völlig irrational und abgehoben. Sie stellen die Belegschaft allzuoft vor vollendete Tatsachen wie bei Betriebsschließungen – ohne vorher mit den Mitarbeitern überhaupt gesprochen zu haben. So nehmen Mitarbeiter per Boss-Napping Rache, um damit Verhandlungen zu erzwingen. Und das funktioniert.

► 02.05.2009 (khd/sp). **Private Anleger flüchten aus den Fonds.** Im 1. Quartal 2009 flossen aus Publikumsfonds netto Mittel in Höhe von 11,1 Mrd. Euro ab. Allein im März waren es 5,2 Mrd. Euro. Verlierer waren vor allem die Rentenfonds mit einem Minus von 1,8 Mrd. Euro, Geldmarktfonds mit einem Abfluß von 1,6 Mrd. Euro und Mischfonds mit minus 1,2 Mrd. Euro. Aktienfonds kamen im ersten Vierteljahr auf einen Nettoabfluß von 0,5 Mrd. Euro. Beim Publikum beliebt sind derzeit Anlagen auf echten Tagesgeldkonten und der Kauf von Edelmetallen.

230. Tag nach dem L-Crash

► 03.05.2009 (khd/tp). **Die Banken zocken schon wieder,** denn es hat ihnen noch immer keiner verboten. Die Politiker haben zwar viel geredet, aber wenig getan. Darüber berichtet heute der *Tagesspiegel* im Artikel „*Ihr Einsatz, bitte!*“ [34]. Groß-Banken wie Goldman Sachs, Credit Suisse, J. P. Morgan und auch die Deutsche Bank haben im 1. Quartal 2009 schon wieder Milliarden mit nicht-realen Finanzwerten – mit Finanzwetten verdient, hinter denen absolut keine realen Werte stehen. Wem sie das Geld abgenommen haben, wurde nicht erzählt.

Der ‚Casino‘-Kapitalismus ist also zurück. Offensichtlich haben diese gierigen Banker aus der Bankenkrise nichts gelernt, zumal sie ja so schnell mit staatlichen Hilfen bedient wurden. Es gibt sogar Professoren, die das gutfinden. Finanzwetten (Derivate) hätten „eine wichtige Funktion im Finanzsystem“, verkünden sie ex cathedra. Aber solange solche Denkungsart von Parteien wie CDU und FDP hofiert wird, ist kaum ein notwendiges ‚Brain-cleaning‘ zu erwarten. Erst wenn Otto Normal, der hierzulande für jedes, aber auch jedes (Finanz-)Geschäft immer eine reale Sicherheit (wie Bargeld, Gold, Schmuck, Haus und Hof) präsentieren muß, diesen Finanz-Schmarotzern Dampf macht, könnte sich was ändern.

34. Woche nach dem L-Crash

► 04.05.2009 (khd/tp). »Was-macht-die-Welt«-Kolumnist **Josef Joffe erzählt Staß.** Auf die *Tagespiegel-Frage* [35], ob die Finanzkrise Teil des Erbes von Margaret Thatcher sei, gibt sich der Zeit-Herausgeber neo-liberal, der n1ur die Alternativen „Kapitalismus“ und „Sozialismus“ im Kalkül hat:

„Wenn der Kapitalismus an allem schuld ist, warum hat er dann nach der Deregulierung der Londoner City 30 Jahre lang so prächtig funktioniert? Die Finanzkrise hat leider viele Väter, zum Beispiel eine sehr laxe Politik des billigen Geldes, die nicht der Kapitalist, sondern der Staat macht. Staatliche Banken – die Landesbanken hier, die quasi-staatlichen Hypothekenbanken in Amerika – machten genauso in Gier & Exzess bzw. haben nicht so genau die Bonität ihrer Kunden geprüft wie die Privaten. Wenn alles jahrzehntelang gut geht, werden die Leute leichtsinnig, weil die Preise ewig nach oben zu gehen scheinen. Eines ist richtig: Im Kommunismus wächst keine Blase, aber außer dem Sicherheitsapparat auch nichts anderes.“

Ein Leser kommentierte das so: *„Im Moment erzeugt der Kapitalismus keine Wirtschaftsgüter sondern in großem Stil Scheingeschäfte, die dann platzen. Diese Scheingeschäfte übersteigen die weltweite Realwirtschaft um ein Vielfaches. Die Eiserne Lady hat diese Ganoven-Bande erst entfesselt.“*

► 04.05.2009 (khd/d-radio). **Schon 2009 wird die deutsche Staatsverschuldung 3,9 % des BIPs erreichen.** Das teilte heute die EU in Brüssel mit. Für 2010 werden sogar 5,9 % erwartet. Mindestens 20 EU-Länder werden 2009 den Stabilitätspakt von Maastricht verletzen. Ob es angesichts der globalen Krise zu Strafen kommt, sei noch ungewiß, heißt es.

► 05.05.2009 (khd/bz/d-radio). **Deutschlands Discounter arbeiten an der Deflationsspirale** [33]. Die Konkurrenz der Discounter-Ketten machen derzeit Lebensmittel immer billiger. Teilweise sind Preise für Kaffee, Milch, Gemüse und Fleisch um bis zu 50 % gesunken. So läutete jetzt ALDI mit einem Milchpreis von 48 Cent pro Liter (der Bauer erhält davon nur noch 20 Cent) eine neue Runde der Preissenkungen ein.

Nicht nur die Milchbauern sind wütend, auch viele Verbraucher. Denn einhergeht mit den Aktionen ein rapider Verfall der Qualität und des **Geschmacks vieler Produkte.** *„Wenn die so weitermachen, kommen wir aus der großen Wirtschaftskrise nie wieder*

heraus“, sagen Marktbeobachter, die die fatale Wirkung einer Deflation verstanden haben und deren Geschmackssinn noch nicht durch die vielen Chemie-Aromen geblendet ist.

► 06.05.2009 (khd/djn/d-radio). **Die EU verschärft Eigenkapital- Vorschriften für Banken:** Die EU hat als Antwort auf die Finanz- und Banken-Krise die Eigenkapital-Vorschriften für Banken deutlich verschärft und neue Aufsichtsregeln eingeführt. Das Europäische Parlament befürwortete heute eine Überarbeitung der Basel II-Direktive. Die Mitgliedstaaten müssen die Richtlinie bis zum 31. Oktober 2010 annehmen und die neuen Bestimmungen spätestens ab Ende 2010 anwenden.

► 07.05.2009 (khd/d-radio). **Die EZB kämpft weiter gegen Deflation und Kredit-Klemmen.** Heute senkte sie den Leitzins für den Euro-Raum von 1,25 auf 1,00 %. Sie tief lag dieser Zinssatz noch nie. Es könne auch noch weiter nach unten gehen, wenn sich Banken und Wirtschaft nicht endlich ‚fangen‘ sollten, heißt es.

► 07.05.2009 (khd/ftd/d-radio). Die US-Regierung und US-Notenbank haben einen **Streß-Test der Banken** vorgenommen: Die größten US-Banken brauchen dem staatlichen Branchen-Belastungstest zufolge deutlich geringere Finanzspritzen als befürchtet. 10 von 19 untersuchten Banken benötigen demnach insgesamt 74,6 Mrd. Dollar (56,1 Mrd. Euro) zusätzlich, um ihr Risikopolster zu erhöhen. Die übrigen müssen ihre Kapitaldecke nicht stärken.

Die umfangreichste Finanzspritze benötigt danach der Branchenriese Bank of America mit 33,9 Mrd. Dollar, gefolgt von der Großbank Wells Fargo mit 13,7 Mrd. Dollar. Dann folgen der frühere Finanzierungsarm des Autobauers General Motors (GM), GMAC (11,5 Mrd. Dollar) und die Citigroup (5,5 Mrd. Dollar).

Die deutsche Regierung hat hingegen die Ergebnisse ihrer Belastungs-Tests (die sie doch wohl mit allen Banken durchgeführt hat) noch immer nicht veröffentlicht. Wie soll da bei den Bankkunden wieder Vertrauen entstehen?

► 08.05.2009 (khd/ftd/info-radio). **Bei den Steuereinnahmen bahnt sich eine katastrophale Entwicklung an.** Vermutlich werde man von Ausfällen bei den Gebietskörperschaften, also dem Gesamtstaat, von „wahrscheinlich 300, 350 Mrd. Euro“ lesen können, sagte Bundesfinanzminister Steinbrück gestern Abend in Berlin. Die Nettokreditaufnahme des Bundes wer-

de deshalb wahrscheinlich an die 80 Mrd. Euro heranreichen. Bislang waren für 2009 knapp 37 Mrd. Euro vorgesehen.

Steuersenkungen, wie CDU, CSU und FDP es (in ihren Wahlprogrammen) fordern, seien daher unmöglich. Auch eine weitere Senkung der Lohnnebenkosten schloß Steinbrück auf absehbare Zeit aus. Zur Frage der Kreditklemme in Deutschland sagte Steinbrück: „Makroökonomisch bisher keine Kreditklemme, mikroökonomisch ja.“

► 08.05.2009 (khd/sp/d-radio). **Der Regierung Wunschbank Nr. 2 hat Probleme:** Das 1. Quartal 2009 hat die Commerzbank mit einem Verlust von 861 Mio. Euro abgeschlossen. Neben der Finanzkrise hat auch die Übernahme der nicht mehr überlebensfähigen Dresdner Bank die Bilanz verhegelt. Die Commerzbank mußte staatliche Finanzhilfe annehmen. Der Bund hatte der Bank zweimal mit insgesamt 18,2 Mrd. Euro unter die Arme greifen müssen, womit der Staat in Höhe von gut 25 % an der Commerzbank beteiligt ist.

Aufgrund dieser Kapitalzufuhr hat die EU-Kommission jetzt Auflagen verhängt: Die Commerzbank muß ihr Geschäft kräftig eindampfen. Unter anderem soll die Tochter EuroHypo sowie einige andere Beteiligungen verkauft werden. Erst für 2012 rechnet die Bank wieder mit Gewinn.

► 08.05.2009 (khd/tsp/d-radio). **Die Grünen versprechen 1 Million neue Arbeitsplätze.** Die Grünen seien die einzige Partei, die verstanden habe, daß die Krise nur mit einem „ganzheitlichen Ansatz“ bewältigt werden könne, sagte 1/2-Parteichef Cem Özdemir heute Abend zur Eröffnung des Wahlparteitags von »Bündnis 90/Die Grünen« in Berlin. Um das Ziel von 1 Mio. neuer Jobs in 4 Jahren zu erreichen, wollen die Grünen 20 Mrd. Euro pro Jahr für grüne Investitionen in Klima, Bildung und Gerechtigkeit aufwenden (Grüner New Deal).

► 09.05.2009 (khd/d-radio). Was von vielen **Äußerungen der Bundesregierung** zu halten ist, machte heute früh im *DeutschlandRadio* ein CSU-Politiker deutlich. Der Parlamentarische Staatssekretär im Verteidigungsministerium C. Schmidt stellte zum Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan fest: „Es ist aber kein Krieg.“

Alle Welt weiß aber, daß am Hindukusch ein Krieg gegen den Taliban-Terror geführt wird, woran sich Deutschland seit Jahren beteiligt. Ein anderer Krieg

wird an der Heimatfront geführt – gegen den Finanz-Terror. Auf beiden Feldern ist die Bundesregierung bislang nicht sehr erfolgreich. Und so wird schon mal zur Ablenkung fürs Publikum ‚Dummquatsch‘ vom Typ Die-Erde-ist-ne-Scheibe verbreitet – eine Beleidigung für jeden mitdenkenden Bürger.

► 09.05.2009 (khd/sp/bz). **Die Journaille saugt schon wieder Honig und schreibt die Wende in der Krise herbei.** Angesichts eines ganz klitzekleinen Anstiegs der Export-Aufträge um 0,7 % (absolut) zwischen Februar und März werden bereits prächtige Grafiken produziert, die dem Publikum im Wahljahr Zuversicht geben sollen. „Das Schlimmste liegt hinter uns“, wird DIW-Dreger zitiert. „Die Talfahrt ist gestoppt“, soll DIHK-Nitschke gesagt haben. Und Auto-Lobbyist Wissmann stellte dann noch fest: „Der Trend zeigt in Richtung einer Stabilisierung des Abschwungs.“

Wer bis hierher den gesamten Blog [00] gelesen und mitgedacht hat, kann nur den Kopf über solche Meinungen von Leuten in Spitzenpositionen schütteln. Es ist viel zu früh, Entwarnung zu geben. Denn die Riesenmengen an Gift-Papieren [Liste auf Seite 24] bei den Banken sind noch immer nicht aus der Welt. Und es droht noch immer eine fatale Deflation. Die große Arbeitslosigkeits-Welle steht uns ganz sicher noch bevor. Auch basteln bestimmte Banken schon wieder [34] an der nächsten Krise – quasi mit Duldung der Bundesregierung. Vermutlich wollen sie noch mehr Staatsgelder zu Lasten der Steuerzahler einheimsen. . .

► 09.05.2009 (khd/d-radio). **Banken sind fast immer stärker infiziert**, als zunächst offiziell gesagt wird (Grundgesetz der Finanzkrise). Aber Qualitäts-Zeitungen wie die *Financial Times* oder hierzulande die *Süddeutsche Zeitung* bringen die Wahrheit an den Tag: So braucht die Bank of America zum Überleben nicht nur 33,9 Mrd. Dollar, sondern vielmehr 50 Mrd. Dollar an frischem Kapital. Und die Citigroup braucht nicht nur 5,5 Mrd. Dollar, sondern 35 Mrd. Dollar. Exakte Zahlen aus Deutschland gibt es aber noch immer nicht.

35. Woche nach dem L-Crash

► 12.05.2009 (khd/sp). **Europa Banken müssen sich auf einen Streßtest einstellen:** Die EU und der Internationale Währungsfonds IWF favorisieren eine solche Belastungsprüfung nach US-Vorbild für die hiesige Geldbranche, um zu ermitteln wie gut die Institute gegen eine verschärfte Krise gewappnet sind.

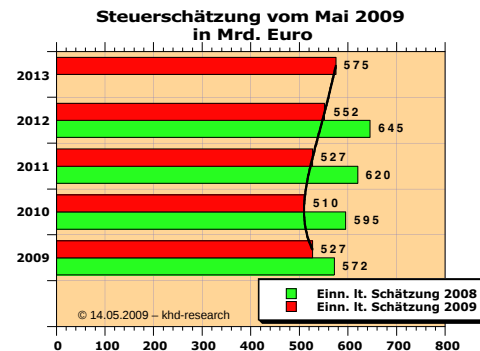
240. Tag nach dem L-Crash

► 13.05.2009 (khd/d-radio). **Die Bundesregierung beschließt ein nachgebessertes Bad-Bank-Gesetz.** In 20 Jahren – also 5 Bundesregierungen weiter – werden wir damit wissen, wieviel der Steuerzahler für den Murks von heute bei den Banken zu zahlen hatte.

Das Gesetzesvorhaben gerät zudem zur Lachnummer, denn die Einrichtung einer Bad-Bank bleibt in das Belieben der Banken gestellt. Aus rein ideologischen – nicht logischen – Gründen bestand die Union (CDU + CSU) sowie im vorausseilenden Gehorsam zur Meinung der FDP auf einer freiwilligen Auslagerung der entwerteten Papiere. Damit kann aber kein Vertrauen beim Publikum zurückgewonnen werden, zumal noch immer unbekannt ist, wieviel Murks hierzulande in den Banktresoren lagert.

► 14.05.2009 (khd/d-radio). **Rekordeinbruch bei Steuereinnahmen erwartet:** Bund, Länder und Gemeinden werden bis einschließlich 2012 rund 1/3 Billion Euro (316 Mrd. Euro) weniger an Steuern einnehmen, wie die aktuelle Steuerschätzung ergab. Bereits 2009 werden dem Bund um die 40 Mrd. Euro an Steuern fehlen, so daß diese durch eine zusätzliche Neuverschuldung ersetzt werden müssen.

Nun darf man diese Horrorzahl von Minus 316 Mrd. Euro nicht überbewerten, denn es ist *kein Meßwert* sondern basiert auf der Differenzbildung von Schätzwerten – ist also „doppelt unsicher“, wie wir in der



▲ **Geschätzte Steuer-Einnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden vom Mai 2009. Im Vergleich zur Schätzung von Mai 2008 ergibt sich daraus ein Minus von 316 Mrd. Euro bis einschließlich 2012.** (Grafik: 14.5.2009 – khd)

(natur-)wiss. Datenverarbeitung sagen. Aber die Richtung bis 2013 ist sicher richtig – eine längere Krise steht ins Haus.

Und das ist vor allem das Ergebnis des markt-radikalen Irrwegs mit Deregulierungs- und Privatisierungswahn (Deutscher Städtetag heute: „*Privat vor Staat war ein Irrweg!*“) und der damit zwangsläufig erzeugten Finanzmarktkrise. Denn die Finanzwelt (Banken, Börsen, Finanz-Investoren usw.) agiert regelmäßig ungezügelt, wenn man sie nur läßt. Und so wäre die Regierung sehr gut beraten, endlich gegenüber den Banken und anderen ‚Nun-Bittstellern‘ eine wesentlich härtere Gangart einzuschlagen – endlich Remedur zu schaffen. Obama hat’s neulich bei Chrysler/Cerberus klar und deutlich vorgemacht.

► 15.05.2009 (khd/d-radio). **Der Bundeshaushalt 2009 ist nach der Steuerschätzung Makulatur.** In einem Nachtragshaushalt noch vor der Bundestagswahl muß Bundesfinanzminister Steinbrück (SPD) nun die Neuverschuldung des Bundes auf mindestens 50 Mrd. Euro hochschrauben. Das ist Rekord! Und im nächsten Jahr wird wohl der Zuwachs bei der Staatsverschuldung noch höher ausfallen. Dennoch hält Bundeswirtschaftsminister zu Guttenberg (CSU) an der Forderung nach Steuerentlastungen fest.

Da Steuerentlastungen aufgrund der Finanzlage in den nächsten 4 Jahren nicht möglich sind, wird nach der Wahl erwartet, daß die Bundesregierung zur Erzielung von Spielräumen massiv bei den Sozialaus-

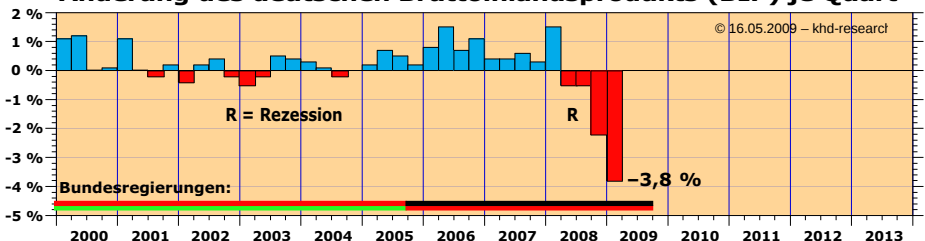
gaben (Rentner, Arbeitslose, Kranken) sparen wird, zumal falls die FDP an der Regierung beteiligt sein sollte.

► 15.05.2009 (khd/maz/d-radio). Auf dem FDP-Wahlparteitag in Hannover stellen sich die **(Neo-)Liberalen als Interessenvertretung der Mittelschicht** dar. Während sich die ganz Reichen auch in der Krise keine finanziellen Sorgen machen müßten und für die Armen der Staat einstehe, werde diese Mittelschicht immer stärker geschröpft, sagte Parteichef Westerwelle. Deshalb, so wiederholte er das Mantra seiner Partei, müßten die Steuern sinken. „*Gebt den Bürgern mehr von dem, was sie selbst erarbeitet haben. Das ist das beste Konjunkturprogramm*“, rief er den Delegierten zu. Gut für die Staatsfinanzen sei das auch, denn niedrigere Steuersätze führten auf längere Sicht zu höheren Steuereinnahmen.

Konkrete Zahlenangaben sowie Angaben darüber, nach welchen Formeln er diese Prognose berechnet hat, lieferte „Mr. 18 %“ aber nicht. Seit wann verstehen auch Juristen etwas von höherer systembeschreibender Mathematik und **können rechnen** [37]?

In der Bundestagswahl 2009 wird die FDP nun ganz offensichtlich zum Auffangbecken vieler mit der Politik der Union unzufriedener Besserverdienenden und vor allem der so gescholtenen Bank- und Managerwelt werden, die so gerne abkassieren und weiterzocken wollen. Und das könnten unterm Strich durchaus 18 % werden.

Änderung des deutschen Bruttoinlandsprodukts (BIP) je Quart



▲ **Entwicklung des BIPs in Deutschland seit 2000.** Es zeigt sich an Hand dieser Meßwerte des Statistischen Bundesamts, daß der wirtschaftliche Absturz Deutschlands im 2. Quartal 2008 – also bereits vor 1 Jahr – begann. Es war also genügend Zeit, sehr energisch gegenzusteuern, was aber der Großen Koalition (CDU + SPD + CSU) aus ideologischen Gründen nicht gelang. Die aufgelegten Konjunkturprogramme I und II wurden nicht ausreichend dimensioniert und enthalten zudem zu viele falsche Maßnahmen. Für 2009 ist daher zu erwarten, daß der BIP-Zuwachs immer im Negativen bleibt. Er wäre noch negativer ausgefallen, wenn seit 2005 Schwarz-Gelb mit marktradikalen Prinzipien regiert hätte. (Grafik: siehe Inset – khd)

► 15.05.2009 (khd/tsp/d-radio). Das ist nun ein Meßwert: **Deutschlands BIP ist im 1. Quartal 2009 um weitere 3,8 % gesunken.** Es ist der 4. Einbruch in Folge, und es ist der stärkste Quartalseinbruch der Wirtschaft, den Deutschland je erlebt hat. Die Rezession hat Deutschland besonders fest im Griff. Die Fehler deutscher Wirtschaftspolitik der letzten 20 Jahren wirken sich in der globalen Krise durch besonders starke Abstürze aus. Ob unsere Parteien das verstehen?

9. Monat nach dem L-Crash

► 16.05.2009 (khd/taz/d-radio). **In Berlin demonstrierten 100.000 für ein soziales Europa.** Die Furcht vor den Folgen der Wirtschaftskrise hat die Menschen auf der Straße zusammenströmen lassen. Aufgerufen dazu hatte der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB). Bei der DGB-Großkundgebung forderten sie eine schärfere Kontrolle von Managern und Finanzmärkten, mehr Mitbestimmung und Mindestlöhne. DGB-Chef Michael Sommer warf der Politik vor, im Kampf gegen die Krise bisher auf ganzer Linie versagt zu haben. Die Demo war Teil der Aktionstage des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB). In Brüssel, Prag und Madrid waren zusammen 250.000 Menschen auf die Straße gegangen.

DGB-Sommer gab in Berlin in einer leidenschaftlichen Rede „nicht nur Hedgefonds oder Kredit-spekulanten“ die Schuld an der Krise. Schuld seien auch „*jene Politiker in Deutschland und Europa, die ihnen auf den Leim gegangen sind, die alle Schleusen für Voodoo-Geldgeschäfte geöffnet und dabei jeden Schutzdamm gegen die grenzenlose Gier eingerissen haben*“. Was er nicht sagte, aber wohl auch meinte: Dazu gehören fast alle EU-Kommissare seit den 1990er-Jahren, aber auch SPD-Politiker wie Gerhard Schröder und Wolfgang Clement. An der Berliner Demo nahmen in der ersten Reihe auch der SPD-Vorsitzende Franz Müntefering sowie die Grünen-Chefs Renate Künast und Cem Özdemir teil.

In Deutschland war dieses die bisher größte Demonstration seit Ausbruch der schweren Finanz- und Wirtschaftskrise. Im Herbst könnte es noch zu viel größeren Demos kommen. Denn nicht nur manche Teilnehmer meinen, daß die Regierung bis zu den Bundestagswahlen alles daran setzen werde, die Krise zu deckeln. Spannend werde es nach dem 27. September werden, sagt ein Teilnehmer der taz. Dann würden die Verteilungskämpfe beginnen und es auch mit der Kurzarbeit vorbei sein. Es wird dann zu Massenentlassungen kommen.

► 16.05.2009 (khd/nan). Im Vorfeld der Europawahl wird die **Aufhebung aller EU-Direktiven zur Privatisierung von staatlichen Einrichtungen** gefordert. Unter dem Motto »In Brüssel muß es einen Politikwechsel geben« weisen Politik-Beobachter aus gewerkschaftsnahen Kreisen daraufhin, daß viele der für eine gesunde Volkswirtschaft schädlichen Direktiven unter neo-liberaler Ideologie in der EU-Kommission entstanden sind. Das müsse jetzt alles schleunigst wieder eingesammelt werden. Es sei absolut nicht einzusehen, daß sich (Finanz-)Investoren auf Kosten der Allgemeinheit – gesetzlich geduldet – bereichern dürfen, heißt es:

- *Wir Bürger brauchen keine privatisierte Post.*
- *Wir Bürger brauchen keine privatisierte Bahn.*
- *Wir Bürger brauchen keine privatisierten Wasserwerke.*
- *Wir Bürger brauchen keine privatisierten Stromerzeuger.*
- *Wir Bürger brauchen keine privatisierten Gasversorger.*
- *Wir Bürger brauchen keine privatisierten Nahverkehrsbetriebe.*

► 17.05.2009 (khd/nan). **Für Juni bis Oktober 2009 wird bereits mit einer ersten Welle an Unternehmenspleiten gerechnet.** In diesen Fällen wird es meist auch zu betriebsbedingten Kündigungen kommen. Darauf sollten sich Arbeitnehmer vorbereiten. Denn sie haben nach dem Erhalt des Kündigungsschreibens nur 3 Wochen Zeit, um gegen die Kündigung vor dem Arbeitsgericht zu klagen. Fachleute sagen, daß das auch gerade in der Krise intensiv genutzt werden sollte, um so in vielen Fällen eine optimale Abfindung zu erzielen.

36. Woche nach dem L-Crash

► 19.05.2009 (khd/d-radio). Nun ist auch die deutsche **Ärzteschaft offensichtlich auf dem geistigen Niveau von (Bank-)Managern** angelangt: Auf dem Deutschen Ärztetag in Mainz eröffnete ihr Ärztekammer-Präsident Professor Hoppe eine menschenverachtende Debatte um eine „Priorisierung“ bei der Behandlung von Kassen-Patienten innerhalb unseres (wie er sagt unterfinanzierten) Gesundheitssystems. Das „unbegrenzte Leistungsversprechen der Politik“ könne angesichts begrenzter Ressourcen nicht erfüllt werden, sagte Hoppe. Dem Kassenpatienten könne nicht mehr jede medizinische Leistung bezahlt werden, forderte Hoppe. Deshalb müssen künftig Prioritätenlisten bei den Leistungen erstellt werden. Oder es müsse mehr Geld ins deutsche Gesundheitssystem gesteckt werden.

► 20.05.2009 (khd/ag/d-radio). **Wieder hat eine Heuschrecke ein deutsches Unternehmen zerstört.** Die bereits in die Insolvenz gegangene Kaufhauskette Hertie ist nicht mehr zu retten. Die restliche Ware kann noch in den 54 Warenhäusern abverkauft werden, und dann in 2 Monaten wird alles liquidiert. Die 2800 Mitarbeiter werden entlassen. Ob sie noch Abfindungen erhalten, ist unklar, denn der Hertie-Eigner Dawnay Day hat – in typischer Heuschrecken-Mannier – eine äußerst undurchsichtig finanzielle Lage des Hertie-Konzerns hinterlassen (Merke: Alle Heuschrecken können keine ordentliche Buchführung!).

Die britische Heuschrecke Dawnay Day hat damit erneut gezeigt, daß Finanz-Investoren von der realen Wirtschaft keine Ahnung haben. So verlangt(e) Dawnay Day von Hertie viel zu hohe Mieten für die Warenhäuser, was auch schon beim angeschlagenen Karstadt-Konzern zum Problem wurde. Und so wundert es nicht, daß der gewerkschaftliche Ruf „*Schmeißt alle Heuschrecken endlich aus dem Land – aus Europa!*“ immer lauter wird. Diesen kaufmännischen Nieten sei noch nicht mal klar, daß hierzulande nach der Verfassung „Eigentum verpflichtet“ – sozial verpflichtet. Deshalb sollten jetzt auch alle Hertie-Immobilien enteignet werden (auch wenn die Deutsche Bank daran noch Rechte haben sollte), um damit den gesellschaftlichen Schaden kompensieren zu können, heißt es.

► 21.05.2009 (khd/epd/d-radio). **Mit 90 Jahren hat man den besseren Durchblick:** Beim 32. Evangelischen Kirchentag in Bremen bewies das heute erneut **Altkanzler Helmut Schmidt**. Dagegen sehen die regierenden PolitikerInnen – egal welcher Partei – sehr alt aus. Das Ende der Weltwirtschaftskrise sei noch lange nicht in Sicht. „*Wir sind noch lange nicht über dem Berg*“, sagte er vor den rund 10.000 Zuhörern.

Der 90-jährige Politiker, der mit Standing-Ovationen empfangen worden war, verlangte die Einführung internationaler Regeln und einer Aufsicht für die Finanzwirtschaft. „*Da muß eine neue Institution geschaffen werden*“, sagte Schmidt. Schuld an der Wirtschaftskrise würden vor allem die Politiker und Banker tragen. In den zurückliegenden 30 Jahren habe sich der Mißbrauch zunehmend ausbreiten können. Neben der Überwachung der Finanzmärkte und einer verlässlichen Regulierung sind laut Schmidt zur Bewältigung der Krise, die Kreditmärkte wieder funktionstüchtig und die Banken handlungsfähig zu machen. Zudem brauche die Weltwirtschaft eine dringende Stimulierung der Nachfrage.

► 22.05.2009 (khd/hbl/d-radio). **Großbritannien gilt nicht mehr als Edelschuldner.** Der britische Staat steht bereits tief in der Kreide. Die Rating-Agentur Standard & Poor's hat den Ausblick Großbritanniens wegen dessen explodierender Staatsschulden von „stabil“ auf „negativ“ herabgestuft. Die Staatsverschuldung könne schon bald 100 % der jährlichen Wirtschaftsleistung (BIP) erreichen und mittelfristig auf diesem Niveau verharren, hieß es zur Begründung. Das sei mit der Bestnote „AAA“ kaum vereinbar.

Auch die USA laufen inzwischen Gefahr, 'abgewertet' zu werden. Ein Verlust der Bestnote hat für Staaten gravierende Folgen. Weil das Risiko für Anleger steigt, fordern sie höhere Zinsen. Schulden werden teurer. Die Attraktivität von Staatsanleihen sinkt, was wiederum die Währung unter Druck setzt.

250. Tag nach dem L-Crash

► 23.05.2009 (khd/nan). **Eine angemessene „Bestrafung“ falsch gehandelt haben der Banken** wird noch immer nicht diskutiert, obwohl wir heute schon den 250. Tag nach dem Lehman-Crash haben: Und dabei geht es weniger ums Strafrecht als um den Schadensersatz gegenüber dem Staat – den Bürgern, die in der Krise jetzt so außerordentlich großzügig helfen, obwohl sie von vielen Bankern und Politikern noch immer faustdick belogen werden [36]. Da ist nun ein völlig neues, logisches Denken angesagt.

Nach der Krise werden auch wieder bessere Zeiten kommen. Deshalb sollten sich wenigstens in der EU alle Staaten bereits heute rechtlich einen Anteil an künftigen Gewinnen der Banken sichern, um damit die entstandenen Krisen-Schäden mit Zins und Zinsseszins auszugleichen. Eine solche Vorweg-Teil-Enteignung nach dem Prinzip „**State-holder vor Shareholder**“ ist angesichts der entstandenen Situation eigentlich eine Selbstverständlichkeit, denn es darf im 21. Jahrhundert schlichtweg nicht mehr sein, daß nur immer die Verluste sozialisiert werden. Zudem wäre eine solche – auf vielleicht 50 Jahre angelegte – Ausgleichsabgabe der Banken ein wichtiges zusätzliches Regulativ, um diese vor erneutem Übermut zu bewahren.

Natürlich hätte man sich gewünscht, daß so ein wegweisender Vorschlag vom heute wiedergewählten Bundespräsidenten Köhler gekommen wäre. Immerhin saß er als Banken-Experte und IWF-Chef einmal an entscheidender Stelle, wo das Wirtschaftsdesaster

hätte verhindert werden können. Aber vielleicht kommt da ja noch was.

► 24.05.2009 (khd/tath/d-radio). **Der Kaufhaus-Konzern Karstadt steht unmittelbar vor der Pleite.** Die Banken sind nicht mehr bereit, dem durch mehrere Manager (darunter Christoph Achenbach, Harald Pinger und Thomas Middelhoff) abgewirtschafteten Konzern Kredite zu geben. Da Karstadt alias Arcandor keine Grundstücke und Gebäude mehr als Sicherheit aufbieten kann (hat dieser Middelhoff alle an Heuschrecken wie Fonds von Goldman Sachs und Deutsche-Bank-Tochter Reef verkauft, die nun viel zu viel Miete haben wollen), bleibt nur noch die Staatshilfe oder am 12. Juni die Insolvenz, womit dann rund 56.000 Mitarbeiter ihren Arbeitsplatz verlieren könnten. Mindestens 850 Mio. Euro werden sofort gebraucht.

Angeichts bevorstehender Wahlen und des Sündenfalls der „Abwrackprämie“ wird deshalb erwartet, daß es zu einer teilweisen Übernahme von Karstadt/Quelle alias Arcandor durch den Staat kommt. Denn am Absturz Karstadts sind auch Politiker nicht ganz unschuldig (nur ein Stichwort: Stadt(ver)planung nach neo-liberalen Prinzipien). Auch hatte das dem Bundeswirtschaftsministerium unterstehende Bundeskartellamt unsinnige und unwirtschaftliche Fusionen genehmigt. [01.10.2004: [Zum Fall Karstadts](#)][38]

37. Woche nach dem L-Crash

► 25.05.2009 (khd/sp). **Australien gibt Zockern wieder freie Hand.** 8 Monate lang waren sie auch in Australien verboten: Wetten auf sinkende Kurse von Finanztiteln – das ‚short selling‘ (Leerverkäufe). An den australischen Finanzmärkten ist das Verbot von Leerverkäufen heute aufgehoben worden. Dabei wetten Anleger – meist sind das Heuschrecken – auf sinkende Kurse eines Unternehmens, um von fallenden Börsenkursen zu profitieren. Diese Praxis wurde für die Zuspitzung der Finanzmarktkrise mitverantwortlich gemacht, weil sie Kurseinbrüche deutlich verschärfen. Viele Experten haben aufgrund von Modellrechnungen empfohlen, diese ‚Casino-Spielart‘ generell weltweit zu verbieten – für immer.

► 25.05.2009 (khd/d-radio). **Der Kurs der Aktie von Arcandor (Karstadt) stürzt massiv ab.** Denn die Union gab zu erkennen, daß sie für eine privatwirtschaftliche Lösung sei. Anders die SPD, die sich durchaus bei einem plausiblen Sanierungskonzept Staatshilfen für Karstadt alias Arcandor vorstellen kann. Eine Pleite würde zudem einen Domino-Effekt

haben, und viele andere Unternehmen mit in den Abgrund reißen, heißt es. Für die deutsche Wirtschaft könne das einen ähnlichen Effekt haben wie der Lehman-Crash vom 15. September 2008 für die Weltwirtschaft.

► 27.05.2009 (khd/d-radio). **Die Bundesregierung muß bereits den 2. Nachtragshaushalt für 2009 beschließen.** Der Entwurf sieht weitere Kredite von 10,7 Mrd. Euro vor, so daß 2009 nunmehr 47,6 Mrd. Euro Neuverschuldung anfallen. Das ist die höchste Neuverschuldung seit 1945. Mit dem Nachtragsetat sollen wegbrechende Steuereinnahmen und deutliche Mehrkosten vor allem für den Arbeitsmarkt in Folge der Weltwirtschaftskrise aufgefangen werden.

► 27.05.2009 (khd/info-radio). **In Deutschland wird eine Inflationsrate von 0,0 % erreicht.** Damit wird die Deflations-Gefahr immer deutlicher.

► 27.05.2009 (khd/d-radio). **Opel-Gipfel im Kanzleramt:** Die Medien der letzten Wochen waren gut gefüllt mit der Frage, was wird aus dem Autobauer Opel, zumal in den USA der Mutter-Konzern General Motors (GM) unmittelbar vor der Insolvenz steht. Inzwischen gilt die Trennung Opels von GM als perfekt. Das sei praktisch unterschriftsreif, heißt es.

Bei einem Spitzentreffen will die Bundesregierung heute Abend nun die Weichen für die Zukunft von Opel stellen, wobei Bundeskanzlerin Merkel (CDU) alle Beteiligten und Bieter zusammenbringen will. Dabei geht es unter anderem um die Bewertung der Konzepte der 4 gefundenen Investoren sowie um die dabei notwendigen Staatsbürgschaften. Im Rennen um die Opel-Übernahme sind: Fiat, Magna, die Heuschrecke Ripplewood und der chinesische Autokonzern Beijing Automotive Industry Holding Company (BAIC). Bundeswirtschaftsminister zu Guttenberg (CSU) hat alle vorliegenden Opel-Sanierungskonzepte als unzureichend bezeichnet.

► 28.05.2009 (khd/info-radio). **Opel-Gipfel klärte nichts:** Heraus kam nach einer langen Nacht nur, daß GM vor totaler Freigabe von Opel noch mal so eben 300 Mio. Euro haben möchte, obwohl schon wochenlang mit denen gesprochen worden war. Und, daß die Bundesregierung keiner Heuschrecke mehr traut. Den Chinesen war Opel viel zu spät eingefallen.

Die Entscheidung über den Investor (Fiat oder Magna), einen 1,5 Mrd. Euro Überbrückungskredit des Bundes sowie die Treuhänderschaft bis zur Übernahme durch den Opel-Investor wird nun an Pfingsten

fallen, denn in der Woche danach geht GM in den USA mit seinen 27 Mrd. Dollar Schulden auf jeden Fall in die (gesteuerte) Insolvenz.

► 28.05.2009 (khd/nan). Gesteuerte Insolvenz ist wohl auch die **Lösung für die Karstadt/Arcandor-Pleite**. Jedenfalls mehren sich die Stimmen, die das empfehlen. Dabei können sich die Kaufhäuser von ihren Schulden und vielleicht auch von den saugenden Heuschrecken befreien. Auch bestehe die Möglichkeit, daß aus dem brauchbaren Rest mit Hilfe eines potenten Investors (Metro?!) und des Staates eine neue Warenhaus-Kette unterm Premium-Namen „Wertheim“ entsteht, ist zu hören.

Die deutschen Innenstädte können ohne das vielfältige Warenangebot in soliden Warenhäusern nicht auskommen. Das ganze Gerede vom der Überflüssigkeit sei Stuß, denn wo sonst könne man unter einem Dach vom Heideschinken bis zur Austauschklänge für den Spargelschäler alles kaufen, urteilen Marktbeobachter. Überflüssig allerdings sind die Konzerne, die nur noch Rendite-Objekt von Finanz-Investoren sind, die zudem nichts vom Einzelhandel verstehen.

► 28.05.2009 (khd/info-radio). **Die Neo-Liberalisten sind zurück:** Deren Vordenker wie Thomas Straubhaar vom Hamburger Welt-Wirtschafts-Institut faseln wieder von einer dringend notwendigen Senkung der „Lohnnebenkosten“.

Und offensichtlich sind sie außerdem der Meinung, daß die Bürger die enormen Kosten der Krise über eine drastische Erhöhung der Mehrwertsteuer zu bezahlen haben. So fordert jetzt der DIW-Chef Klaus Zimmermann eine Erhöhung dieser Umsatzsteuer von derzeit 19 % auf 25 % [Ed: hm, warum dann eigentlich nicht gleich 33 1/3 %?]. Zimmermanns Vorschlag bedeutet eine staatlich verordnete Preissteigerung von 5 % sowie volkswirtschaftlich den Verzicht auf eine Nachfrage-Politik.

► 28.05.2009 (khd/d-radio). **Mehr als 1 Milliarde Hungernde wegen Finanzkrise.** Auch das haben diese Banker ohne Hirn (die, die nicht in vernetzten Systemen denken können) mit ihrer Gier angerichtet. Die Welthungerhilfe erwartet, daß wegen der Finanzkrise die Zahl der Hungernden noch in diesem Jahr die Zahl von 1 Milliarde übersteigen wird. „Die weltweite Ernährungssicherheit muß oberste Priorität haben. Rettungspakete sind wichtig, aber Nullen allein machen nicht satt“, erklärte Präsidentin Bärbel Dieckmann in Berlin.

Sie forderte, den ländlichen Gebieten in den Entwicklungsländern mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Dort lebten zwei Drittel aller Hungernden. „Sie brauchen landwirtschaftliche Beratung, Zugang zu Mikrokrediten und lokalen Märkten“, sagte Dieckmann. Der Welthungerhilfe standen 2008 für die Projektarbeit 37,1 Mio. Euro Spenden und 101,9 Mio. Euro öffentliche Mittel zur Verfügung. Aber allein für die deutschen Banken konnten 2008 innerhalb von nur 8 Tagen 480.000 Mio. Euro an Hilfen locker gemacht werden.

► 29.05.2009 (khd/bild). Die **BILD-Zeitung hat wg. Karstadt bei Sal. Oppenheim nachgefragt:** Und siehe da, die Banken, die Arcandor/Karstadt jetzt die Verlängerung von Krediten verweigern, sind alle selbst schwer angeschlagen: Royal Bank of Scotland, Commerzbank und die Bayerische Landesbank. Pikant daran ist, daß alle 3 Banken unter Staatseinfluß stehen (natürlich treffen sie solche Kredit-Ablehnungen in eigener Regie). „Die verlangen auf Grund der Finanzkrise die beantragte Staatsbürgerschaft, da sie ansonsten Kredite nicht mehr vergeben können. Insbesondere bezieht sich dies auf die Royal Bank of Scotland, die als Folge der Finanzkrise den englischen Staat als Eigentümer hat“, erfuhr BILD.

Übrigens, der Reichenbank Sal. Oppenheim gehört gut 1/4 des Arcandor-Konzerns. Alle Eigner von Arcandor zusammen könnten den Konzern unter Einsatz ihres Privatvermögens problemlos retten, setzen aber in Wahlkampfzeiten auf Staatshilfe. Man kann das auch Erpressung des Schickedanz-Clans nennen. [Die Verantwortlichen in die Pflicht nehmen][42]

► 30.05.2009 (khd/info-radio/d-radio). **Opel soll gerettet sein, sagt man.** WiMi von&zu Güttenberg (CSU) sah das anders und wollte zurücktreten, wovon ihn Kanzlerin Merkel (CDU) abhielt, weil sie ihn noch in den nächsten Jahren der Großen Koalition (nach der Wahl) braucht. Die ‚Rettung‘ durch das russisch-kanadisch-österreichische Konsortium Magna wird den deutschen Steuerzahler mindestens 1,5 Mrd. Euro kosten, auch wenn das jetzt noch Bürgschaft heißt.

Am Montag (1.6.2009) wird Opel-Mutter GM in den USA Insolvenz anmelden. Dann wird man sehen, was vom der ‚Rettung‘ durch eine dilettantisch agierende Bundesregierung zu halten ist.

► 30.05.2009 (khd/nzz). **Merkel rechtfertigt Staatshilfe in der Krise:** Bundeskanzlerin Angela Merkel hat die Staatshilfen für Unternehmen mit dem

Ausmaß der internationalen Wirtschaftskrise gerechtfertigt. In ihrem Video-Podcast unterstreicht Merkel heute auch den Ausnahmecharakter des staatlichen Engagements. „In dieser Krise muß der Staat stärker helfen, als er das normalerweise tut“, sagte die Kanzlerin. „Aber dies tun wir nur unter der Prämisse, daß der Staat weiß, daß er nicht der bessere Unternehmer ist.“

Der Staat müsse auch in der Krise dafür Sorge tragen, daß sich die Marktkräfte wieder voll entfalten könnten. „Durch die internationale Störung der Finanzmärkte war und ist dies nicht der Fall. Nur das rechtfertigt das besondere Eingreifen des Staates.“

► 30.05.2009 (khd/sp). Im aktuellen SPIEGEL (Heft 23/2009) plädiert Prof. Polleit für die **Wiedereinführung einer Golddeckung**. Damit dürfte die Debatte darüber nun doch noch eröffnet sein, denn es sind viele Fragen offen und auch China hat unlängst ähnliches gefordert. Sehr vielen auf dieser Erde mißfällt, daß durch immer neue Kredite immer mehr (unwertes) Geld ‚geschöpft‘ werden kann. [39] [Schon 1935 Forderung nach Goldstandard][40]

► 31.05.2009 (khd/epd/d-funk). **Pfingstpredigten im Zeichen der Krise:** Pfingsten gilt als die ‚Geburtsstunde‘ der Kirche vor rund 2000 Jahren. „Die sogenannte soziale Marktwirtschaft ist am Egoismus und an der Habsucht der Menschen zerbrochen“, sagte Erzbischof Meisner heute im Kölner Dom. „Fachkompetenz ohne Sinn-[-!] Kompetenz ist weltweit den Menschen zum Verhängnis geworden. Nun gilt es, aus der Kraft des Heiligen Geistes gleichsam wieder von vorn anzufangen und aus den Trümmern eine neue Zivilisation zu bauen.“

Die Bischöfin Maria Jepsen mahnte in Hamburg, Kirche und Gesellschaft dürften nicht einer „Ideologie des Managements“ verfallen. Bei einem Gedenkgottesdienst in Berlin würdigten leitende Geistliche der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) die **Barmer Erklärung**, mit der sich ein Teil der Protestanten vor 75 Jahren gegen die Nationalsozialisten stellte. Dazu sagte Bischöfin Jepsen: Als „deutliches Signal des Widerspruchs gegen politische und ideologische Vereinnahmung“ sei die Barmer Erklärung auch heute noch aktuell.

Papst Benedikt XVI. beklagte in Rom die „moralische Verschmutzung“ des Geistes. Nicht nur Umweltprobleme wie die Luftverschmutzung belasteten die Welt, verdunkelt würden auch die Herzen, und zwar durch Bilder, die das Vergnügen, die Gewalt oder die

Verachtung für den Mann und die Frau zu einem „Medienspektakel“ [Ed: im noch immer nicht ausreichend regulierten kommerziellen Privatfernsehen] machten.

► 31.05.2009 (khd/nan). **Was eigentlich hat diese Scientology-Sekte mit der Finanzkrise zu tun?** Von wegen Unterwanderung und angestrebter Weltherrschaft. Darauf gibt es derzeit noch keine Antworten. Aber das kann ja noch kommen. [Wikipedia sperrt Scientology aus][41]

38. Woche nach dem L-Crash

► 01.06.2009 (khd/info-radio). **General Motors (GM) meldet in den USA Insolvenz an.** Der US-Staat ist jetzt Haupteigentümer, was noch einmal 30 Mrd. Dollar kostete (insgesamt sind es nun 50 Mrd. Dollar). GM ist jetzt vor Zugriffen der Gläubiger geschützt und muß in den nächsten 3 Monaten massiv schrumpfen. Ob es dabei noch Auswirkungen bei Opel geben wird, muß abgewartet werden. Gesagt wird, daß ein Durchgriff aus den USA auf die europäische GM-Tochter nicht mehr möglich sei, aber amerikanische Gerichte sind ja für Überraschungen immer gut.

260. Tag nach dem L-Crash

► 02.06.2009 (khd/info-radio). **Die Arbeitgeber-Sekte „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ (INSM) tagt im feinen Berliner Adlon.** Und Kanzlerin Merkel (CDU) und WiMi von&zu Gutenberg (CSU) kamen, um diesen Lobbyisten, die so viel Unheil über Deutschland brachten (Ausverkauf der Deutschland AG, Zulassung von Heuschrecken, Verbriefungen von Schulden, Förderung der Allmachtsphantasien von Unternehmern usw. usf.), in Wahlkampfzeiten zu huldigen. Geredet wurde diesmal zum Thema **„Erfolg Made in Germany – Die Soziale Marktwirtschaft.“** [43]

Ganz offensichtlich hat die INSM das „Neue“ (Neo) erst einmal gestrichen, sich selbst aber noch nicht umbenannt. Schließlich möchte man ja marktradikal weitermachen. Das nährte bei Verschwörungstheoretikern im Internet sofort den Verdacht, daß diese INSM doch eine Tarnorganisation der ebenfalls kommerziell orientierten Scientology-Sekte sein könnte, was bislang noch nie bewiesen werden konnte. Möglich wäre es allerdings schon, denn Ähnlichkeiten sind frappierend: Beide wollen (mit)denkenden Menschen ihre verqueren Heilsvorstellungen aufdrängen, ohne für diese je einen ernstzunehmenden wissenschaftlichen Beweis

geliefert zu haben. Und beide streben eine Weltbeherrschung an.

► 02.06.2009 (khd/d-radio). Die marode **Hypo Real Estate (HRE) ist de facto verstaatlicht**. Auf einer Hauptversammlung gelang die Staats-Übernahme von gut 90 % der Anteile durch Kapitalerhöhung. Es waren nur 74,1 % der Anteile anwesend, und der Bund hatte bereits im Vorfeld 47,3 % erworben. Die restlichen Anteilseigner werden per Squeeze-out auf der nächsten Hauptversammlung aus der HRE gedrängt werden. Betroffen davon sind neben der Heuschrecke J. C. Flowers auch Kleinanleger, die dann ihr Ersparnis verlieren werden.

► 03.06.2009 (khd/d-radio). **WiMi von&zu Guttenberg (CSU) sieht keine Chance auf Staatshilfen für den maroden Arcandor-Konzern**, da die Probleme bei Arcandor/Karstadt hausgemacht seien. Und die EU-Kommission hat staatliche Beihilfen für Karstadt inzwischen untersagt. Unterdessen hat die Metro-Gruppe unaufgefordert angeboten, 60 der noch rund 90 bestehenden Karstadt-Kaufhäuser übernehmen zu wollen.

► 05.06.2009 (khd/nan/d-radio). **Arcandor/Karstadt hat heute seine Mietzahlungen komplett eingestellt**. Bekanntlich muß Karstadt für seine Warenhäuser utopisch hohe Mieten an Heuschrecken bezahlen, was diese „totale Manager-Niete“ (K/Q-Betriebsratskreise) Thomas Middelhoff anrichtete. Während Karstadt seit 2006/07 immer mehr finanziell ausblutete, verdienen sich die Heuschrecken Highstreet (Goldman Sachs/Whitehall), Immobilienhaie von Pirelli und Generali sowie Borletti (aus der Steueroase Luxemburg), Rreef (eine Tochter der Deutsche Bank, die doch immer noch auf 25 % Rendite setzt!) sowie ein Oppenheim-Esch Immobilien-Fonds (bekannt aus den vielen *Colonia-Corrupta-Stories*) an den Mieten „dumm und dämlich“.

Damit könnte nun Schluß sein. Denn in der Insolvenz können die 15-jährigen Knebel-Mietverträge sofort gekündigt werden. Es wäre Wahnsinn, wenn der Staat Arcandor/Karstadt helfen würde, es sei denn er übernimmt den Laden (für eine gewisse Zeit) und mietet den Augiasstall aus (Kappung aller Verbindungen zu Finanz-Investoren, die kein Interesse am Gegenstand des Kerngeschäfts (Versorgung der Bürger mit Warenhäusern) haben. [Die Verantwortlichen in die Pflicht nehmen])

► 06.06.2009 (khd/d-radio). Die Staatsanwaltschaft prüft, ob **Ex-Arcandor-Manager Thomas Middel-**

hoff strafrechtlich verfolgt werden muß. Die Anregung gab dazu die Bundesjustizministerin Zypries (SPD) an die NRW-Justiz, da sich nach aktuellen Presseberichten (*Der Spiegel* – 24/2009, Seite 82f) der Finanz-Jongleur Middelhoff durch den Verkauf der Karstadt-Warenhäuser an Heuschrecken (Fonds) auch persönlich bereichert haben könnte. Er und seine Ehefrau haben 4 Oppenheim-Esch Immobilien-Fonds gezeichnet, die Karstadt-Immobilien übernommen haben, was bei geschlossenen Fonds im Handelsregister für jeden nachlesbar ist.

► 07.06.2009 (khd/d-radio). In den letzten Tagen: **Arcandor hat einen staatlichen Not-Kredit von 437 Mio. Euro beantragt**. Darüber wird morgen bei der Bundesregierung entschieden. Sollte eine Ablehnung erfolgen, muß Arcandor sofort die Insolvenz anmelden – und das wird schwere Folgen haben. Auch die Reichenbank Sal. Oppenheim mit ihren Skandal-Fonds könnte durchaus ins Rutschen kommen.

► 07.06.2009 (khd/info-radio). **Europa-Wahl 2009**: Die Wahlbeteiligung ist europaweit weiter gesunken. In Deutschland lag die Wahlbeteiligung bei 43,3 %. [Das deutsche Wahlergebnis]

39. Woche nach dem L-Crash

► 08.06.2009 (khd/nan/d-radio). **Beantragte Arcandor-Staatshilfen abgelehnt**: Der SoFFin-Lenkungsausschuß lehnt die Übernahme einer Staatsbürgschaft in Höhe von 650 Mio. Euro für den Arcandor-Konzern ab. Auch der von Arcandor/Karstadt beantragte Not-Kredit über 437 Mio. Euro wird von der Bundesregierung angesichts der vorgelegten Konzepte abgelehnt, aber eine Nachbesserungsfrist von 2 Tagen zugelassen.

Aus Regierungskreisen in Berlin ist zu hören, daß Eigner und Fonds (Sal. Oppenheim + Schickedanz-Clan + Goldman Sachs + Deutsche Bank + Middelhoff) die benötigten 437 Mio. Euro zusammen „problemlos aus ihren Portokassen hinblättern“ könnten, wenn sie denn eine Rettung Arcandors wollten.

► 09.06.2009 (khd/d-radio). **Der Arcandor-Konzern hat heute Mittag Insolvenz angemeldet**. Die Eigner und Vermieter wollten also keine Rettung von Karstadt/Quelle. Zu hoffen bleibt, daß der Insolvenzverwalter nun unverzüglich alle Mietverträge für die Kaufhäuser kündigt und auch überprüft, ob deren Verkauf durch Ex-Chef Middelhoff rückabgewickelt werden kann.

► 10.06.2009 (khd/info-radio). **In Deutschland sind bereits 1 Million Menschen auf Lebensmittel-Spenden angewiesen.** Und hierzulande steige die Armut weiter, stellt heute der Bundesverband Deutsche Tafeln fest. Inzwischen gibt es 848 Tafeln bundesweit mit rund 2500 Lebensmittel-Ausgabestellen. In den 1980er-Jahren waren es noch Null! Etwa 10 % der in dem Verband zusammengeschlossenen Initiativen bieten fertige Mahlzeiten in Suppenküchen an.

Das sei das Ergebnis einer total verfehlten Sozialpolitik der Bundesregierungen seit Anfang der 1990er-Jahre, analysieren völlig unabhängige Politikbeobachter. Vor allem die auf Zuruf von marktradikalen Wirtschafts-Lobbyisten vom SPD-Kanzler Schröder angerichtete Agenda-2010-Politik sei mit Hilfe von Union und FDP (im Bundesrat) von vornherein nicht sozial ausgewogen angelegt worden. Da wurde aufgrund einer falschen Argumentation und Nichtwissen – aus rein ideologischen Gründen („Langzeitarbeitslose sind alle faul und wollen sich nur in die staatliche Hängematte legen“) – der Abstieg eines Großteils der Mitbürger in die Armut beschlossen. Eine wegweisende Arbeitsmarkt- und Wirtschafts-Politik, die wirklich **neuartige Arbeitsplätze** hätte schaffen können, wurde hingegen strikt vermieden.

► 11.06.2009 (khd/dw). **Chinas Exporte gehen dramatisch zurück:** Die Wirtschaft Chinas ist weit von einer Erholung entfernt. Im Mai sind die Ausfuhren um 26,4 % im Vergleich zum Vorjahresmonat eingebrochen. Tausende Fabriken in China mußten nach dem Konjunktureinbruch schließen, rund 20 Mio. Wanderarbeiter haben bereits nach amtlichen Schätzungen ihren Job verloren. In Deutschland waren die Exporte im April mit 28,7 % so stark eingebrochen wie noch nie.

272. Tag nach dem L-Crash

► 14.06.2009 (khd/d-funk). **SPD hat Regierungsprogramm beschlossen:** Auf ihrem Parteitag in Berlin beschließt die SPD einstimmig ihr Regierungsprogramm für die Bundestagswahl im September. Die Sozialdemokraten fordern darin einen Lastenausgleich bei der Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise. Sie nahmen aber keine grundsätzliche Korrektur ihrer Politik vor.

40. Woche nach dem L-Crash

► 15.06.2009 (khd/sp/d-funk). **EZB erwartet weitere Verluste bei Banken:** Auch wenn sich die Finanzmärkte etwas stabilisiert haben, sei die Finanz-

krise keinesfalls vorüber, schreibt die Zentralbank in einem neuen Bericht. Auf die Banken kommen weitere Verluste zu, auch durch ausfallende Kredite. Auch sei das Problem der toxischen Wertpapiere, die die Bankbilanzen belasten, noch immer nicht gelöst. Es seien mindestens noch Abschreibungen von rund 280 Mrd. Dollar nötig, um die Bilanzen zu bereinigen. Der IWF hat hingegen den Abschreibungsbedarf innerhalb der Euro-Zone auf 585 Mrd. Dollar geschätzt.

10. Monat nach dem L-Crash

► 16.06.2009 (khd/info-radio). Die EU will Druck ausüben, damit sich **Deutschlands 7 marode Landesbanken endlich zusammenschließen**. Denn hinter den Kulissen wehren sich die Bundesländer noch immer gegen eine solche bevormundende Fusion. Zwar haben die Landes-Chefs in der vorigen Woche einer Landesbanken-Neuordnung bis Ende 2010 zugestimmt, aber ernsthaft daran gearbeitet wird bislang nicht.

► 17.06.2009 (khd/d-radio). **Obama plant eine große Finanzreform:** Der US-Präsident will ein Regulierungssystem, das Exzesse verhindert. Der Plan sieht im Kern deutlich mehr Macht und Kontrolle für Notenbank und Regierung sowie einen besseren Schutz der Verbraucher vor. So soll die US-Regierung künftig große Finanzinstitute im Krisenfall übernehmen und abwickeln können. Hedge-Fonds müssen sich ab einer bestimmten Größe registrieren lassen, auch der Derivate-Markt soll Regularien unterworfen werden. [[Kritik an den Plänen](#)]

► 19.06.2009 (khd/d-radio). Die **Zahl der weltweit Hungernden beträgt 1,020 Milliarden**. Das teilte heute der Generaldirektor der UN-Welternährungsorganisation FAO, Jacques Diouf, in Rom mit. Die enorme Zunahme sei eine Folge der gegenwärtigen Wirtschaftskrise. „Eine sehr gefährliche Mischung aus weltweiter Rezession und fortwährend hohen Nahrungsmittelpreisen in vielen Staaten hat Millionen Menschen mehr in Hunger und Armut gestürzt.“ Damit sei ernsthaft der globale Frieden gefährdet.

► 20.06.2009 (khd/telepolis). **Hirnforscher führen Finanzkrise auf angeborene Gier nach Geld zurück.** Der Zukunftsrat für Neuro-Ökonomie erklärt in einer Mitteilung, daß der „Auslöser der Finanzkrise unökonomisches Handeln“ sei und daß „Menschen mit gebendiger Finanzgier“ nicht Finanzinstitute [Ed: oder S-Bahn-Unternehmen] führen sollten. [44]

41. Woche nach dem L-Crash 280. Tag nach dem L-Crash

► 22.06.2009 (khd/d-funk). **Im Oktober 2008 hat es einen regelrechten Bargeldboom gegeben.** Das teilte heute die Bundesbank mit. Nach dem Lehman-Crash (15.9.2008) wollten hierzulande sehr viele ganz schnell Bares sehen. Am 10. Oktober beobachtete die Bundesbank Auszahlungen in Höhe von 4,2 Mrd. Euro, denen nur Einzahlungen von 1,5 Mrd. Euro gegenüberstanden. Allein im Oktober wurden 11,4 Mrd. Euro in 500-Euro-Scheinen ausgezahlt. Bislang ist kaum ein im Oktober abgehobener 500-er zur Bundesbank zurückgeflossen. Offensichtlich wird in der Krise das Geld privat gehortet.

► 22.06.2009 (khd/d-radio). **In Berlin startet der große Strafprozeß zum Berliner Bankenskandal.** Wg. Untreue angeklagt sind 12 Ex-Bankmanager. Dieser Skandal um die BankGesellschaft Berlin (BGB, heute LBBH) gilt quasi als Blaupause für das eklatante, verwerfliche Fehlhandeln von Bankern, das letztendlich zur Finanzkrise führte. [[Chronik des Berliner Bankenskandals](#)]

► 23.06.2009 (khd/d-funk). **Die Deutsche Bahn ist ganz schwer von der Krise getroffen worden.** Besonders der Güterverkehr ist in den ersten 5 Monaten 2009 um rund 1 Mrd. Euro eingebrochen, aber auch der Personenverkehr brachte Einnahmeverluste von etwa 0,7 Mrd. Euro. Die Bahn will nun mit ihrem Plan „React '09“ 2 Mrd. Euro an Kosten einsparen. Der sowieso schon miserable Bahnservice werde also weiter absinken, heißt es. [[Was bereits der Bahn-Sparkurs bewirkte](#)]

► 24.06.2009 (khd/info-radio). **Die Unabhängigkeit der Bundesbank ist in Gefahr.** Die Union plant für nach der Wahl die Zusammenlegung der dem WiMi unterstehenden Finanzaufsicht BAFin mit der Bundesbank. Auch die marktradikale FDP ist dafür.

► 26.06.2009 (khd/d-funk). **Die EZB sagt,** daß noch immer nicht alle Risiken bei den Banken beseitigt sind. Die EZB sieht zudem keine Deflationsgefahr, obwohl manche Indikatoren dafürsprechen. Man habe alles im Griff – auch die drohende Inflation nach der Krise, sagte gestern in London EZB-Direktionsmitglied Jürgen Stark Kritikern der EZB-Geldpolitik.

42. Woche nach dem L-Crash

► 29.06.2009 (khd/welt). **Die Bundesregierung rechnet mit sozialen Unruhen.** Die Bundesregierung stellt sich auf den möglichen Ausbruch sozialer Un-

ruhen als Folge der Wirtschaftskrise ein. Das ist das Ergebnis der Recherchen des Terrorismusexperten Udo Ulfkotte, die der *Leipziger Volkszeitung* vorliegen. Ulfkotte wird seine Ergebnisse in dieser Woche in seinem Buch „Vorsicht Bürgerkrieg!“ vorstellen.

► 01.07.2009 (khd/d-radio). **Deutsche Banken bewegen sich schon wieder auf Abwegen.** Sie holen sich von der Zentralbank billiges Geld (Leitzins derzeit 1 %) und betreiben damit Währungsspekulationen. Und alle Neo-Liberalen finden das auch noch gut. Aber mittelständischen Unternehmen wird von diesen Banken meistens jeglicher Kredit verweigert. Die Bundesregierung muß irgendwie mit ihren Banken-Rettungsplänen etwas sehr grundsätzlich falsch gemacht haben. Warum dürfen Banken währungsspekulieren und die deutsche Wirtschaft noch mehr ruinieren?

290. Tag nach dem L-Crash

► 02.07.2009 (khd/dw). **Der Tourismus schrumpft weltweit.** Die Wirtschaftskrise und die [Schweinegrippe](#) haben die Lust an Auslandsreisen sehr stark gebremst. Nach UN-Angaben ging der internationale Tourismus im 1. Quartal 2009 um 8 % zurück (in Europa um 10 %). Zwischen Januar und April zog es weltweit 247 Mio. Urlauber ins Ausland, wie die Welttourismusorganisation UNWTO heute mitteilte. Im gleichen Zeitraum des Vorjahrs waren es 269 Mio.

► 03.07.2009 (khd/d-radio). **Der Bundestag beschließt das Bad-Bank-Gesetz.** Man wird einmal sagen, daß dieses ein Fehler war. Denn ungeahnte Belastungen kommen auf die Steuerzahler zu, da die Banken noch immer wie Mimosen behandelt werden.

► 05.07.2009 (khd/d-radio). **Die US-Regierung hat die Wirtschaftskrise zunächst unterschätzt.** Das gab heute der US-Vizepräsident Joe Bide im ABC-Fernsehen zu. Man habe nicht abgesehen, daß die Arbeitslosenquote auf einen zweistelligen Wert zusteigere. Die Quote erreichte inzwischen 9,5 %.

43. Woche nach dem L-Crash

► 06.07.2009 (khd/nan). Aus Regierungskreisen sickerte durch, daß Deutschland wegen der Finanzkrise erst frühestens 2013 wieder die Maastricht-Kriterien für die **Neuverschuldung** (3 % des BIPs) einhalten wird. Danach wird das Maastricht-Defizit für 2009 mit rund 4 % und 2010 mit rund 6 % des BIP veranschlagt sowie 2011 mit rund 5 % und 2012 mit rund 4 %. 2008 hatte das Defizit noch bei nur 0,1 % des BIP gelegen.

► 07.07.2009 (khd/d-funk). **Papst Benedikt XVI. fordert mehr Ethik in der Wirtschaft:** In seiner heute veröffentlichten Enzyklika „Caritas in veritate“ (Liebe in Wahrheit), die auf die Finanz- und Wirtschaftskrise eingeht, fordert er auch eine „echte politische Weltautorität“, um die Wirtschaft zu steuern. Die Vereinten Nationen müssten „reformiert“ werden. Die geforderte Autorität würde aber wohl über die Vereinten Nationen hinausgehen, schreibt der Papst. Sie müsste „von allen anerkannt sein, über wirksame Macht verfügen, um für jeden Sicherheit, Wahrung der Gerechtigkeit und Achtung der Rechte zu gewährleisten“.

► 08.07.2009 (khd/dw). **Im italienische L'Aquila beginnt ein G8-Gipfel.** Hier wurde auch über eine verlässliche weltweite neue Finanzordnung beraten. Erwähnenswert ist aber nur, daß sich die G8 plus China und Indien auf das Klimaziel, bis 2050 den Anstieg der mittleren Erdtemperatur auf 2 Grad zu begrenzen, einigten. Auch die USA stimmten dem zu. Wie das nun aber ganz konkret umgesetzt werden soll, wurde nicht besprochen.

► 09.07.2009 (khd/d-funk). **Die Wirtschaftskrise trifft auch die deutschen Zeitungsverlage,** zumal sie im digitalen Internet-Zeitalter noch immer nicht an Orientierung gewonnen haben. In den ersten 5 Monaten des Jahres 2009 sei das Anzeigenvolumen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um mehr als 12 % zurückgegangen, sagt der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV). Gefordert wird als Staatshilfe eine Abschaffung der Mehrwertsteuer für Zeitungen sowie eine starke Reglementierung des Internets.

Die von 166 Verlagen abgegebene „Hamburger Erklärung“ vom 8. Juni 2009 wird als Zeichen der Hilflosigkeit gegenüber den Herausforderungen des digitalen Zeitalters gewertet. Die allermeisten Verlage haben ihre Schularbeiten nicht gemacht und/oder verstehen das Internet noch immer nicht.

[Internet noch immer nicht verstanden?]

[Vom Alphabet zum Internet]

300. Tag nach dem L-Crash

► 12.07.2009 (khd/d-radio). Michael Moore („Bowling for Columbine“) hat einen neue Dokumentarfilm gedreht: „**Capitalism – A Love Story**“. Moore setzt sich in dem Film kritisch mit dem Thema Wirtschafts- und Finanzkrise und deren Folgen auseinander. Darin kommen „Begierde, Leidenschaft, Romantik“ und der „Verlust von täglich 14.000 Arbeitsplätzen“ vor. Der Film soll am 2. Oktober 2009 starten.

44. Woche nach dem L-Crash

► 13.07.2009 (khd/tsp). Der Berliner *Tagesspiegel* titelt auf der Wirtschaftsseite. „**Arbeitslosigkeit sprengt die Etats**“. Die Bundesregierung erwartet für 2009–2013 zusätzliche Ausgaben für den Arbeitsmarkt in Höhe von 100 Mrd. Euro. Bereits 2010 wird der Bund 30 Mrd. Euro für die Kosten der Arbeitslosigkeit aufbringen müssen. Außerdem wird das Hartz-IV-System beim Bund zusätzlich 46 Mrd. Euro benötigen. In ähnlicher Höhe kommen auf die Kommunen noch einmal Zusatzkosten zu. Für 2010 wird ein Zunahme der Hartz-IV-Berechtigten um rund 1/2 Mio. erwartet.

► 15.07.2009 (khd/tsp/d-radio). **Und die Wall-Street macht ungestört weiter,** als sei nichts gewesen: Die US-Bank Goldman Sachs hat im letzten Quartal – trotz immer noch anhaltenden Wirtschafts- und Finanzkrise – einen Gewinn von rund 3,4 Mrd. Dollar eingefahren. Den Managern winken nun erneut riesige Boni. Kritiker sehen Reformen, um Finanzkrisen in Zukunft zu verhindern, in Gefahr. Denn offensichtlich hat Goldman Sachs das nur durch Spekulationen mit den 2008 überlassenen Staatsgeldern erreichen können.

11. Monat nach dem L-Crash

► 16.07.2009 (khd/dw). **Chinas Wirtschaft wächst wieder langsam.** Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) sei im 2. Quartal binnen Jahresfrist um 7,9 % gewachsen, heißt es. Im 1. Quartal hatte die Rate noch bei 6,1 % gelegen. Dennoch ist das wenig, da Chinas Wirtschaft in den letzten Jahre regelmäßig Wachstumsraten in zweistelliger Höhe vorweisen konnte. China hatte ein Konjunkturprogramm von umgerechnet rund 400 Milliarden Euro aufgelegt.

45. Woche nach dem L-Crash

► 20.07.2009 (khd/cnn). **Obama ist sauer auf die US-Banken:** US-Präsident Barack Obama hat den US-Banken vorgeworfen, noch immer keine Lehren aus der Finanzkrise gezogen zu haben. „*Man hat nicht den Eindruck, daß bei den Leuten an der Wall Street Reue aufkommt für all diese Risiken, die sie eingegangen sind.*“ Auch sei es offenbar zu keinem „Kulturwandel“ oder Verhaltensänderungen als Folge der Krise gekommen. Daher sei die von der Regierung geplante Verschärfung der Finanzaufsicht angemessen.

310. Tag nach dem L-Crash

► 22.07.2009 (khd/d-funk). Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) empfiehlt der Bundesregierung eine **stärkere Besteuerung der Reichen**. Etwa 25 Mrd. Euro könnten dadurch jährlich eingenommen werden, wenn sich die Regierung am Durchschnitt der Industriestaaten orientieren würde.

► 23.07.2009 (khd/sp). **Brüssel fordert ein schärferes Vorgehen gegen Banken**. Banken, die zwar vom Staat gestützt wurden, aber längerfristig nicht überlebensfähig sind, sollen geschlossen werden. Eine Schließung müsse hingenommen werden, um zu verhindern, dass ein Geldhaus dauerhaft am staatlichen Tropf hänge, sagt der zuständige Generaldirektor Philip Lowe.

Die Banken müßten nach den neuen Vorgaben mit einem Streßtest zunächst ihre Schwächen offenlegen. Sie müßten etwa reinen Tisch machen mit ihren Schrottpapieren und ein Konzept zu deren Entsorgung vorlegen. Zur Sanierung kann die ganze Bank in einem offenen Bieterverfahren verkauft werden.

► 24.07.2009 (khd/d-funk). **Die USA wollen nun auch eine zentrale Finanzaufsichts-Behörde schaffen**. Sie soll – wie in Deutschland die BaFin – für die Aufsicht von Banken, Versicherungen und alle anderen Finanzinstitute zuständig sein. Bislang gibt es in den USA nur eine staatliche Aufsicht über Banken. Die neue Behörde soll die Risiken aller systemrelevanten Institute (auch von AIG) überwachen und bei Problemen frühzeitig Alarm schlagen. Andernfalls würden die Institute wieder sehr schnell hohe Risiken eingehen – im Vertrauen darauf, im Zweifel von der Regierung gerettet zu werden.

► 26.07.2009 (khd/kurier.at). **Finanzkrise löst in Dubai Massen-Exodus aus**. Wer in Dubai seine Schulden nicht bezahlen kann, wandert ins Gefängnis. Angesichts dieser Situation verlassen Tausende Hals über Kopf das nur „auf Treibsand gebaute“ arabische Land.

46. Woche nach dem L-Crash

► 27.07.2009 (khd/tsp). Die **Kreditvergabe an Unternehmen** der Real-Wirtschaft in den 16 Euro-Ländern ist in der letzten Zeit im Rekordtempo geschrumpft. In Deutschland sind besonders die Landesbanken und Privatbanken knauserig. Genossenschaftlich organisierte Banken und die Sparkassen vergeben noch eher Kredite. Die große Frage ist nun: Wie soll eigentlich die Wirtschaft wieder wachsen,

wenn den Unternehmen das Investieren durch Banken erheblich erschwert wird?

► 28.07.2009 (khd/info-radio). Auch die **Deutsche Bank macht schon wieder Riesen-Gewinn**: Im 2. Quartal 2009 erzielte die Deutsche Bank einen Überschuß von 1,1 Mrd. Euro. Profitiert hat die Bank vor allem beim Geschäft mit den Staatsanleihen und von Spekulationen an der Börse.

► 30.07.2009 (khd/d-radio). **Die marode HRE war wie eine Atombombe**: Im Untersuchungsausschuß zur Klärung der Vorgänge um die Hypo Real Estate (HRE) sagte heute Bundesbank-Chef Weber, daß eine staatliche Nicht-Rettung der HRE eine „Kernschmelze“ der Finanzwirtschaft produziert hätte. Vorher hatte schon BaFin-Chef Sanio festgestellt, daß eine Pleite des „Saustalls HRE“ Ende September 2008 den sofortigen „Untergang des Weltfinanzsystems“ bedeutet hätte.

Um so mehr wundert es, daß die Banken noch immer schalten und walten können, wie sie wollen. Es ist noch immer zu keiner wirksamen Regulierung gekommen. Sind die neo-liberalen Kräfte tatsächlich so stark oder regiert die Dummheit?

320. Tag nach dem L-Crash

► 01.08.2009 (khd/dw). Das US-Repräsentantenhaus hat gestern Abend ein **Gesetz zur Begrenzung von Manager-Boni** verabschiedet. Danach können künftig US-Aufsichtsbehörden Boni kürzen. 9 der größten US-Banken, die allesamt hohe staatliche Hilfen kassiert hatten, haben auch im Krisenjahr 2008 Boni in Höhe von 32,6 Mrd. \$ ausgeschüttet – davon allein 4,8 Mrd. \$ durch Goldman Sachs. Über das Gesetz muß nun noch der US-Senat entscheiden.

47. Woche nach dem L-Crash

► 03.08.2009 (khd/tsp). Im Juli 2009 ist der Verbraucher-Preisindex erstmals seit 22 Jahren wieder unter Null gesunken. Nach vorläufigen Zahlen beträgt diese **Inflationsrate in Deutschland –0,6 %** im Vergleich zum Vorjahr. Vor allem die Preise für Lebensmittel sind gefallen. Experten rechnen damit, daß der Index bis zum Herbst weiter absinken könnte, d. h. daß die Preise weiter fallen werden.

► 04.08.2009 (khd/foc). Im Artikel „**Die sieben Todsünden wider die Marktwirtschaft**“ [46] weist Wirtschaftsprofessor Hartmann-Wendels (Köln) auf *Focus-Online* auf die vielen Verstöße in den letzten Jah-

ren gegen Ludwig Erhards Prinzipien hin, die Schuld an der Finanzkrise und deren Folgen sind.

Ludwig Erhard sah schon in den 1950er-Jahren seine Grundsätze in Gefahr. Dazu gehörte auch, daß sich die Marktteilnehmer ehrlich verhalten. Prophetisch beschrieb er damals die Gefahrenherde, die zu unserer heutigen Krise führten: „*Ein Bankier muß wissen, daß er auch mit dem Geld der kleinen Leute hantiert. Die Leute leben nicht von den Bilanzposten, sondern von dem Geld, das dahintersteht. Und wenn kein Geld mehr dahintersteht, dann sind die Bilanzposten Lügen.*“

► 05.08.2009 (khd/info-radio). **Der Energieverbrauch ist mächtig eingebrochen.** In der Wirtschaftskrise sei die Energie-Nachfrage um insgesamt 8 % im Vergleich zu 2008 zurückgegangen, teilte der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) mit. Mit 262 Mrd. kWh wurde rund 6 % weniger Strom nachgefragt als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Der Gasabsatz sank im selben Zeitraum sogar um rund 11 % auf 469 Mrd. kWh. Nach BDEW-Schätzungen ist der Gas- und Stromabsatz im ersten Halbjahr 2009 allein in der Industrie um rund 15 % zurückgegangen.

► 06.08.2009 (khd/sp). Die **Krisenkompetenz der Bundesregierung ist gesunken.** Das Vertrauen der Bürger in die Bundesregierung bei der Bewältigung der Krise ist deutlich gesunken. Das ergab eine Umfrage der Meinungsforscher von Infratest dimap für die ARD. Nur noch 62 % sagen: „*Ich vertraue darauf, daß die Bundesregierung uns gut durch die Krise führt.*“ Dies sind absolut 8 % weniger im Vergleich zum Juni. 36 % haben kein Vertrauen in die Krisenkompetenz der Bundesregierung.

Mehr als 3/4 der Bundesbürger sind der Meinung, daß die Banken aus der Wirtschafts- und Finanzkrise keine Konsequenzen gezogen haben. Auch das ist das Ergebnis des heute veröffentlichten Deutschlandtrends der ARD. Demnach sind 81 % der Deutschen der Ansicht, daß „die Banken nichts aus der Krise gelernt haben und weitermachen wie bisher“. 91 % glauben zudem, „daß sich eine weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise wiederholen könnte“. Den Angaben zufolge finden 88 %, daß „die Folgen der Krise die kleinen Leute ausbaden müssen“.

48. Woche nach dem L-Crash

► 10.08.2009 (khd/sp/d-funk). Die Privatbank **Sal. Oppenheim steht vor einer Übernahme durch die Deutsche Bank.** Die Millionärsbank hat Kriege und Revolutionen überlebt – die Finanzkrise nicht. Sie geriet 2008 in die roten Zahlen. Nun muß die Privatbank auf Druck der BaFin ihre Eigenständigkeit aufgeben. Sie verfügt nicht mehr über genügend Eigenkapital. Die Deutsche Bank prüft derzeit eine Teilübernahme, ansonsten müßte Sal. Oppenheim von der Bankenaufsicht geschlossen werden (in den USA wäre das längst passiert). [\[mehr\]](#)

► 10.08.2009 (khd/d-funk). **Baden-Württemberg steckt besonders tief in der Wirtschaftskrise.** Im Jahr 2009 werde dort das BIP um 8 % (preisbereinigt) schrumpfen, wie heute das Statistische Landesamt in Stuttgart mitteilte. Das sei das schlechteste Ergebnis, das Deutschlands Südwesten nach 1945 erlebt, heißt es.

330. Tag nach dem L-Crash

► 11.08.2009 (khd/info-radio). In Deutschland sind die **Netto-Reallohne seit 2004 gesunken.** Diese Entwicklung sei in der gesamten Geschichte der Bundesrepublik einmalig, teilt das DIW in Berlin mit. Der zurückliegende Aufschwung sei bei den Lohnbeziehern nie angekommen. [47]

► 12.08.2009 (khd/d-funk). **Der Arcandor-Konzern muß zerschlagen werden,** denn es hat sich bislang kein Aufkäufer für Karstadt, Quelle & Co gefunden.

► 13.08.2009 (khd/d-radio). Die **WestLB gründet die 1. Bad Bank.** Die Landesbank hat bereits einen entsprechenden Antrag beim staatlichen Rettungsfonds SoFFin gestellt. Die WestLB will in diese Zweckgesellschaft faule Wertpapiere in Höhe von 6,4 Mrd. Euro auslagern.

► 13.08.2009 (khd/d-radio). **Deutschlands BIP soll im 2. Quartal 2009 um 0,3 % angestiegen sein.** Im 1. Quartal war das BIP noch um 3,5 % gefallen. Interessengesteuerte Experten wollen darin schon das Ende der Krise erkannt haben.

► 15.08.2009 (khd/welt). **Hamburgs Hafen ist schwer von der Wirtschaftskrise getroffen.** Im 1. Halbjahr 2009 brach der Container-Umschlag um fast ein Drittel ein. Nur insgesamt 3,6 Millionen Standard-Container (TEU) wurden von Januar bis Juni ver- und entladen – das sind 28,7 % weniger als ein Jahr zuvor.

► 15.08.2009 (khd/d-radio). **Heute schließen die letzten HERTIE-Kaufhäuser** – für immer. Hingerichtet wurden die Traditions-Warenhäuser durch Karstadt und angloamerikanische Heuschrecken (Hedge-Fonds, Private-Equity-Fonds).

12. Monat nach dem L-Crash

► 16.08.2009 (khd/tsp). Im Berliner *Tagesspiegel* drückt sich ein CDU-Finanzpolitikexperte Otto Bernhardt um die Beantwortung der alle Bürger bewegenden Frage „**Warum dürfen die Banken weitermachen wie vor der Krise?**“: Er spricht aber nur von der „Angemessenheit der Vorstandsbezüge“ (Boni etc.). Das ist zwar auch ein Problem, aber nicht das zentrale Problem der großen Finanzmarkt- und Banken-Krise.

Und das zeigt sehr deutlich, daß die Union kaum etwas energisch regulieren will. Für sie reicht das Schlagwort von der „Sozialen Marktwirtschaft“ aus, ohne genau zu sagen, was das denn heute eigentlich bedeutet. Die SPD hat zwar konkretere Vorstellungen, wie die neue Bankenlandschaft aussehen müßte, hat aber nicht mal einen Vorstoß unternommen, um das Ziel zu erreichen.

49. Woche nach dem L-Crash

► 17.08.2009 (khd/sz). **Deutschland sei noch nicht über den Berg**, sagt Bundesbank-Chef Axel Weber. Die Lage der Banken sei weiterhin labil. „*Ich warne davor, das Ende der Finanzkrise zu früh auszurufen*“, sagte Weber der *Süddeutschen Zeitung*. Namhafte Ökonomen hatten in den letzten Tagen die Rezession für „vorbei“ erklärt. Er sprach von der „tiefen Rezession“, in der sich die Wirtschaft befinde. Sie habe erst die Talsohle erreicht, sagte Weber. „*Die Arbeitslosigkeit wird steigen, wenn die Kurzarbeit ausläuft*“, mahnte er, „das könnte den Konsum belasten“.

► 19.08.2009 (khd/tsp). Die Bundesregierung erwartet für Anfang 2010 eine weitere **Verschlechterung der Kreditversorgung** für deutsche Unternehmen und will gegensteuern.

► 20.08.2009 (khd/d-funk). **Immer mehr Deutsche können von ihrer Arbeit kaum noch leben**. Nach Angaben des Statistischen Bundesamts arbeiten derzeit bereits 22,2 % der Erwerbstätigen in prekären Beschäftigungsverhältnissen wie Mini-Jobs, Teilzeit-Jobs, Zeitarbeit oder befristeter Arbeit – das sind 7,7 Mio. Menschen. Im Vorjahr waren es noch 16,2 %.

340. Tag nach dem L-Crash

► 21.08.2009 (khd/tsp). Der **HRE-Untersuchungsausschuß des Bundestags hat ein Ergebnis**. Darüber schreibt Harald Schumann im Berliner *Tagesspiegel*: „*Die Hauptbegünstigten, die Gläubiger der überschuldeten HRE, zahlen keinen Cent für deren Sanierung, sondern verdienen noch daran.*“ Und bei der ganzen Rettung der Großbank Hypo Real Estate (HRE) hat sich die Bundesregierung nicht mit Ruhm bekleckert. [48]

► 21.08.2009 (khd/fr/d-funk). **Die Deutsche Bahn leidet sehr unter der Wirtschaftskrise**. Im 1. Halbjahr 2009 gingen der Umsatz und Gewinn gegenüber dem Vorjahr stark zurück, stellte gestern der neue Bahn-Chef Rüdiger Grube in Frankfurt am Main fest. Im Transportbereich sei der Umsatz um 14 % auf 14,3 Mrd. Euro gedrückt worden. Das operative Ergebnis sei damit um fast 53 % auf 671 Mio. Euro gefallen. Die Zahl der Kurzarbeiter werde in den kommenden Monaten bei der Bahn steigen.

50. Woche nach dem L-Crash

► 24.08.2009 (khd/d-funk). **GM, die Opel-Mutter, will offensichtlich Opel behalten**. Mit endlosen Verhandlungen wird die Bundesregierung von GM an der Nase herumgeführt, und die lassen sich das gefallen.

► 25.08.2009 (khd/zt). **Die Wirtschaftskrise stürzt öffentliche Haushalte ins Defizit**. In Deutschland ist im 1. Halbjahr 2009 ein Haushaltsdefizit von rund 17,3 Mrd. Euro angefallen. Grund sind geringe Steuereinnahmen und hohe Ausgaben in der Finanz- und Wirtschaftskrise. Im 1. Halbjahr 2008 wurde noch ein Überschuß von gut 7 Mrd. Euro erwirtschaftet. In den folgenden Monaten wird das Defizit weiter ansteigen.

► 26.08.2009 (khd/faz). Im Artikel „**Eine provozierende Sicht der Finanzkrise**“ [49] beschreibt die FAZ die Erkenntnisse der US-Ökonomen Ricardo J. Caballero und Pablo Kurlat vom MIT, die diese jetzt auf einer geldpolitischen Fachtagung vorgetragen haben. Sie gingen der Frage nach, wie überhaupt aus einer Krise auf einem Teil des amerikanischen Immobilienmarktes (Subprime-Krise) eine weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise entstehen konnte. Die MIT-Ökonomen kommen zum Ergebnis, daß die Weltkrise ganz andere Ursachen als die bislang genannten hat.

Sie verweisen auf die 3 Einflüsse Negativ-Überraschungen an den Finanzmärkten, eine starke Konzentration von Risiken in hochverschuldeten Unternehm-

men der Finanzwirtschaft und das unzureichende Reagieren der Politik in der aufkommenden Krisensituation. Die Autoren von „The „Surprising“ – Origin and Nature of Financial Crises“ [50] behaupten, daß die weltweite Finanzkrise durch schnelle Garantien der Notenbanken abwendbar gewesen wäre.

► 27.08.2009 (khd/d-radio). **In Japan ist die Arbeitslosigkeit auf den höchsten Stand seit dem 2. Weltkrieg gestiegen** (3,6 Mio.). Deutschland steht in den kommenden Monaten ähnliches noch bevor, denn nicht nur die deutsche Auto-Industrie ist Kandidat für reichlich Entlassungen.

► 28.08.2009 (khd/d-radio). Seit etwa Anfang Juli 2009 häufen sich **positive Nachrichten aus der deutschen Wirtschaft**, woraus manche schon das Ende der Krise ablesen wollen. So steigen von Woche zu Woche irgendwelche Klima-Indizes, von denen man nicht so genau weiß, ob sie überhaupt objektiv gemessen worden sind.

Kritiker sagen: Das sei weitgehend nur dem Bundestagswahlkampf geschuldet. Denn es sei gut für die Union (CDU + CSU) und die FDP, wenn jetzt (von Lobbyisten) überall Optimismus verbreitet werde. Aber das ‚dicke Ende‘ der Krise komme erst noch.

► 29.08.2009 (khd/ard). **Die Kommunen schlagen Alarm:** Die deutschen Städte und Gemeinden erwarten für 2010 ein Defizit von mehr als 10 Mrd. Euro in ihren Kassen. Dabei lägen die Kassenkredite der Gemeinden schon jetzt bei 31,6 Mrd. Euro, „mehr als fünfmal so hoch wie vor 10 Jahren“, sagte Städtetags-Präsidentin Petra Roth (CDU) der *Leipziger Volkszeitung*. „*In diesem Umfang müssen Kommunen Aufgaben wie Kinderbetreuung oder Sozialhilfe auf Pump finanzieren.*“ Die Städte, besonders Städte mit hoher Arbeitslosigkeit, brauchen deshalb dringend eine nachhaltige Entlastung bei den Sozialausgaben durch Bund und Länder.

51. Woche nach dem L-Crash 350. Tag nach dem L-Crash

► 31.08.2009 (khd/welt). **Die Finanzkrise kostet die Weltwirtschaft** bis zum Jahresende 2009 voraussichtlich mehr als **10 Billionen Dollar** (7,3 Billionen Euro = 7.300 Mrd. Euro). Das ergibt sich aus einer Studie der Commerzbank Research, über die *Die Welt* berichtet. Damit würden sich die Kosten auf etwas mehr als 1500 Dollar pro Mensch weltweit belaufen.

► 01.09.2009 (khd/welt). In der konservativen *Welt* zieht Olaf Gersemann unter dem Titel „Was ziehen wir für Lehren aus der Finanzkrise?“ [51] eine erste **Zwischenbilanz der Finanzkrise**. Der Autor kommt zu dem Schluß, daß „der Weltbürgerkrieg abgesagt“ sei und „die Systemfrage zu stellen wird wieder Außenseitern überlassen“ werden können, wenn jetzt nur die richtigen Schlüsse aus dieser „historischen Finanz- und Wirtschaftskrise“ gezogen werden.

► 02.09.2009 (khd/d-funk). **Abwrackprämie ist Aus.** Heute sind die von der Bundesregierung im Rahmen des Konjunkturpakets II zur Verfügung gestellten Zuschussmittel von 5 Mrd. Euro total aufgebraucht. 2 Mio. haben sich hierzulande ein neues Auto gekauft, um dafür den staatlichen Zuschuß von 2500 Euro kassieren zu können.

► 03.09.2009 (khd/faz/d-radio). Immer mehr Anleger haben das **Vertrauen in Hedge-Fonds verloren**. Diese kämpfen inzwischen gegen enorme Mittelabflüsse. So haben beispielsweise Kunden der New Yorker Beteiligungsgesellschaft Cerberus Capital Management 5,5 Mrd. Dollar oder 71 % des insgesamt verwalteten Vermögens aus zwei Hedge-Fonds abgezogen. Nach Infos der Hedge-Fonds Research sind weltweit fast 300 Mrd. Dollar aus Hedge-Fonds abgezogen worden. Auf dem Höhepunkt ihres Aufschwungs vor 2 Jahren hatten Hedge-Fonds fast 1.900 Mrd. Dollar an Bord.

52. Woche nach dem L-Crash

► 07.09.2009 (khd/welt). In der Weltwirtschaftskrise zeigte sich, daß **Deutschland volkswirtschaftlich schlecht aufgestellt** ist. Denn die Krise hat Deutschland besonders hart getroffen. In keinem anderen europäischen Land außer Ungarn schrumpfte die Wirtschaft stärker. Die deutsche Wirtschaft brach beim BIP wg. der enormen Exportabhängigkeit zwischen dem 1. Quartal 2008 und dem 1. Quartal 2009 um 6,9 % ein. In Frankreich waren es hingegen nur -3,4 %, in Polen sogar noch +2,2 %. Weltweit ging das BIP in der Türkei (-14,2 %), in Rußland (-11,0 %) und in Singapur (-9,9 %) am stärksten zurück.

360. Tag nach dem L-Crash

► 10.09.2009 (khd/d-radio). General Motors (GM) will **Opel nun doch an Magna** verkaufen. GM wird aber an „New Opel“ einen Minderheitsanteil von 35 % behalten sowie Vorstandsposten und ein Rückkaufsrecht erhalten. Das ist das Ergebnis des wochenlan-

gen Tauziehens. Der GM-Verwaltungsrat hat dem in der letzten Nacht zugestimmt, ebenso die Opel-Treuhand in Deutschland.

In Deutschland sollen alle Opel-Werke erhalten bleiben. Der österreichische Autozulieferer Magna will aber europaweit rund 10.000 Stellen streichen. Offen sind viele Fragen, darunter auch, wie sich die EU-Kommission zu den deutschen Opel-Staatshilfen in Höhe von 4,5 Mrd. Euro verhalten wird, ohne die ein Überleben von Opel kaum vorstellbar ist. Hier steht der Vorwurf des Staats-Protektionismus im Raum.

► 11.09.2009 (khd/d-funk). Die **Finanzkrise hat reichlich Betrüger angezogen**. Wie das Bundeskriminalamt in Wiesbaden mitteilt, gibt es eine Zunahme von Fällen des Kapitalanlage-Betrugs, der Marktmanipulation und des Insider-Handels. 2008 richtete die Wirtschaftskriminalität in Deutschland einen Schaden von 3,4 Mrd. Euro an. Es wird erwartet, daß dieser 2009 deutlich ansteigen wird.

► 13.09.2009 (khd/tsp). Der Berliner *Tagesspiegel* dokumentiert auf Seite 22 und 23 „**Die Liste der Geretteten**“ – die geheime Liste der Gläubiger der maroden Hypo Real Estate (HRE). Die HRE konnte nur mit Steuergeldern in zweistelliger Milliardenhöhe überleben, womit auch die vielen Kreditgeber der HRE gerettet wurden. Dennoch wollte die Bundesregierung nicht, daß diese Begünstigten bekannt wurden.

► 13.09.2009 (khd/bz). Prof. Straubhaar vom Hamburgischen Weltwirtschaftsinstitut (HWI) erklärt in der Berliner *B.Z. am Sonntag* (Seite 3) die „**Talsole der Krise für durchschritten**“. Er rechnet im kommenden Winter mit 4 Mio. Arbeitslosen und im Frühjahr dann mit einer Erholung am Arbeitsmarkt.

► 13.09.2009 (khd/ard). Das TV-Duell zwischen Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Herausforderer Frank-Walter Steinmeier (SPD) geriet zu einem gemütlichen ‚TV-Duett‘ – einer Werbung für die **Fortsetzung der Großen Koalition**. Zwar beschwor die Kanzlerin noch eine ‚Tigerenten-Koalition‘ (Schwarz-Gelb), aber inhaltlich argumentierte sie bei manchen Themen wie Krisen-Politik, Gesundheitspolitik und Arbeitsmarkt-Politik eher im Sinne der Politik der Großen Koalition.

Im übrigen, es ist Kindergarten wenn die Fragen von gleich 4 eitlen TV-Moderatoren gestellt wurden, wo doch ein erfahrener Nicht-TV-Journalist (oder ein Mr. Nowotny) vollauf ausgereicht hätte. [Bild-Impressionen]

53. Woche nach dem L-Crash

► 14.09.2009 (khd/sp). Die **Deutsche Finanzwirtschaft mag die FDP** und spendete in den letzten Monaten reichlich. Das berichtet heute der *Spiegel* (Heft 38/2009, Seite 22). Unter den Spendern sind die Deutsche Bank sowie die Deutsche Vermögensberatung. „Für SPD und Grüne war bei den Großspendern der Finanzbranche nichts zu holen“, heißt es.

► 14.09.2009 (khd/welt/d-radio). **Obama geißelt die Maßlosigkeit der Wall Street**. In New York hält US-Präsident Barack Obama eine Rede zur Lage auf den Finanzmärkten: „*Leider gibt es aber einige in der Finanzbranche, die diesen Moment falsch verstehen. Anstatt die richtigen Lehren aus der Pleite von Lehman und dieser Krise zu ziehen ignorieren sie diese.*“ Und dies machten sie nicht nur auf eigene Gefahr, sondern zu Lasten des ganzen Landes.

Die Leute an der Wall Street könnten nicht weiterhin Risiken eingehen, ohne sich Gedanken um die Folgen zu machen, da sie darauf vertrauten, daß der amerikanische Steuerzahler im Notfall einspringen werde. Noch in diesem Jahr will Obama die größte Finanzmarkt-Reform seit 70 Jahren verabschieden.

1 Jahr nach dem L-Crash

► 15.09.2009 (khd/d-radio). **1 Jahr nach dem Lehman-Crash**: In Frankfurt am Main demonstrierten Sparer vor dem Gebäude der früheren Lehman-Brothers-Bank gegen den Raub ihrer Ersparnisse. Sie fordern Entschädigung.

Mit der Lehman-Pleite wurde die internationale Finanzkrise, die bereits seit Anfang 2007 schwelte, im September 2008 in der Öffentlichkeit schlagartig sichtbar. Sie entwickelte sich dann sehr schnell zur Weltwirtschaftskrise II.

Und ab Herbst 2009 (nach der Bundestagswahl) wird sie auch in Europa immer mehr zur **großen Sozialkrise** mutieren. Die OECD prognostiziert für Deutschland eine Arbeitslosenquote von um 12 % für 2010, was **über 5 Mio. Arbeitsloser** bedeuten wird. [Die Lehman-Lügen – Die wahre Krisen-Story][52]

13. Monat nach dem L-Crash

► 16.09.2009 (khd/cnn). US-Notenbank-Chef Ben Bernanke spricht vom **Ende der Rezession in den USA**, d. h. dort beginnt die Wirtschaft wieder etwas zu wachsen. Bernanke warnt aber davor, zu glauben,

daß das Wachstum sehr stark sein werde. Es werde sich noch einige Zeit wie eine schwache Konjunktur anfühlen, sagte er. Die Arbeitslosigkeit hat in den USA inzwischen eine Quote von 9,7 % erreicht – der höchste Stand seit 26 Jahren. Sie werde nur sehr langsam zurückgehen.

► 17.09.2009 (khd/d-funk). In Brüssel beginnt ein **Vorbereitungsgipfel der EU** für den Weltfinanzgipfel der G20 in Pittsburgh (USA) am 24. und 25. September. Die 27 EU-Länder einigen sich auf ein gemeinsames Vorgehen.

► 18.09.2009 (khd/dw). **Polen ist bislang ohne Rezession durch die Krise gekommen.** Dazu berichtet die *Deutsche Welle*: »Ein Wirtschaftswachstum von 5 % wie im letzten Jahr, werden zwar auch die Polen in diesem Jahr nicht mehr erreichen, aber immerhin soll die Wirtschaft auch nicht schrumpfen. Tatsächlich ist Polen als einziges Land in Europa ohne Rezession durch die Krise gekommen.

Die polnische Wirtschaft hat sogar vom Absturz der heimischen Währung profitiert. Der schwache Zloty hat den Export beflügelt und Investoren im Land bei der Stange gehalten. Vor allem aber haben die Banken in Polen viel „solider“ gearbeitet und der private Konsum ist in Polen – nach wie vor – hoch.«

► 19.09.2009 (khd/d-funk). Der Internationale Währungsfonds (IWF) will 1/8 seiner Goldreserven verkaufen. Der IWF-Verwaltungsrat hat jetzt dem **Verkauf von 403,3 Tonnen Gold zugestimmt**, die nach aktuellem Goldpreis einen Wert von 8,8 Mrd. Euro haben. Die erzielten Erlöse sollen vor allem für Kredite an arme Länder verwendet werden. Unerwünschte Auswirkungen auf den Goldpreis soll es nicht geben, da das Gold Zentralbanken und anderen staatlichen Institutionen angeboten werden soll.

370. Tag nach dem L-Crash

► 20.09.2009 (khd/d-radio). **Mehrbelastungen angekündigt:** Für die Zeit nach der Bundestagswahl kündigen Finanzminister Steinbrück (SPD) als auch der Wirtschaftsminister zu Guttenberg (CSU) massive Mehrbelastungen für die Bürger an. Was das konkret bedeutet, sagten sie nicht. Schon bei den Römern waren klare Wahlaussagen eine ‚Sünde‘. Unterdessen fordert heute ein FDP-Sonderparteitag in Potsdam weiterhin deutliche Steuersenkungen in einem Sofort-Programm.

Gut 1 Jahr der Krisenbeobachtung liegt hinter uns. Zwar wurden in dieser Zeit von den Zentralbanken reichlich neues Geld in die Märkte gepumpt, und vermutlich hat das bislang auch eine schlimmere Entwicklung der Krise verhindert. Aber da es gleichzeitig nicht gelungen ist, die Finanzmärkte stärker zu regulieren, erzeugte dieses viele ‚billige‘ Geld durch das erneute Fehlverhalten von Banken und Spekulanten das Bilden neuer Spekulationsblasen, die demnächst platzen könnten. Das würde dann eine wesentliche Verschärfung der Weltwirtschaftskrise bewirken. Das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* schreibt bereits von der „**Billionen-Bombe**“, die tickt (Titelstory im Heft 48/2009 vom 23.11.2009). Nach der „Jahrhundertkrise“ drohe nun schon die nächste Krise, heißt es [56].

Eine Entschärfung der Finanz-Bombe ist – trotz vieler Beteuerungen von Politikern – nicht in Sicht. Und so könnte die Menschheit ab 2010 in eine große Sozialkrise geraten. Sogar soziale Unruhen sind dann nicht mehr auszuschließen. Schon heute hat sich durch die Krise vor allem in den armen Ländern der Erde die Armut und der Hunger enorm verstärkt. Und in den Industrieländern wird die Arbeitslosigkeit in den nächsten Monaten neue Höchststände erreichen.

In der Finanzkrise hatten die Menschen hierzulande noch Angst ums Geld, in der Wirtschaftskrise bangen sie um ihre Jobs, nun ist ihnen aber Angst und Bange, wenn sie nur an ihre und ihrer Kinder Zukunft denken. Eine wirklich soziale Marktwirtschaft wird kaum noch praktiziert. Was nur haben diese ‚Finanzeliten‘ angerichtet, und die Politik hat noch immer nicht beherzt und energisch durchgegriffen, um der globalen Verantwortungslosigkeit endlich Einhalt zu gebieten.

Weiter geht es im Internet unter:

http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloos_40.html#FK_770

Erschienene Teile des Krisen-Tagebuchs

- 0. Teil:** »**Der Markt hat's nicht gerichtet**«. Die Situation nach dem Crash der US-Investmentbank Lehman Brothers vom 15. September 2008. Vom Versagen angelsächsischer Wirtschaftspolitik.
Pfad (URL): http://www.khd-research.net/Pub/PM_068.pdf (9 Seiten, 180 kByte)
- 1. Teil:** »**Und die Finanzkrise geht weiter**«. Die ersten 56 Tage nach dem Lehman-Crash vom 15. September 2008.
Pfad (URL): http://www.khd-research.net/Pub/PM_069.pdf (26 Seiten, 232 kByte)
- 2. Teil:** »**Finanzkrise wird zur Weltwirtschaftskrise**«. Ab der 9. Woche (11.11.2008) nach dem Lehman-Crash.
Pfad (URL): http://www.khd-research.net/Pub/PM_070.pdf (34 Seiten, 280 kByte)
- 3. Teil:** »**Die größte Weltwirtschaftskrise aller Zeiten**«. Ab der 15. Woche (25.12.2008) nach dem Lehman-Crash.
Pfad (URL): http://www.khd-research.net/Pub/PM_071.pdf (38 Seiten, 316 kByte)
- 4. Teil:** »**Es ist eine fundamentale Finanzsystemkrise**«. Ab der 27. Woche (16.3.2009) nach dem Lehman-Crash.
Pfad (URL): http://www.khd-research.net/Pub/PM_075.pdf (50 Seiten, 520 kByte)
- 5. Teil:** »**Und nun die Sozialkrise**«. Ab der 54. Woche (21.9.2009) nach dem Lehman-Crash.
Pfad (URL): http://www.khd-research.net/Pub/PM_083.pdf (xx Seiten, xxx kByte)

Mehr zu diesem Thema (Links)

- [00] Die Vergabe der Nummer erfolgt demnächst.
- [01] [2007–2008: Finanzkrise 2007/2008] (WIKIPEDIA — Die freie Enzyklopädie)
URL: http://de.wikipedia.org/wiki/Finanzkrise_2007/2008
- [02] [15.09.2008: Ein Finanzkrisen-Blog] (khd-research)
URL: http://www.khd-research.net/Pub/PM_069.pdf
- [03] [20.09.2008: Der Markt hat's nicht gerichtet] (khd-Page)
URL: http://www.khd-research.net/Pub/PM_068.pdf
- [04] [17.10.2008: Finanzmarkt-Stabilisierungsgesetz] (BUNDESGESETZBLATT)
URL: http://www.khd-research.net/Docs/FMSStG-2008__bgbl108s1982.pdf
- [05] [09.11.2008: Finanzkrise wird zur Weltwirtschaftskrise] (khd-research)
URL: http://www.khd-research.net/Pub/PM_070.pdf
- [06] [25.12.2008: Die größte Weltwirtschaftskrise aller Zeiten] (khd-research)
URL: http://www.khd-research.net/Pub/PM_071.pdf
- [07] [16.01.2009: Wachsende Deflationsgefahr] (FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_30.html#FTD_1
- [08] [09.02.2009: Die Systemkrise nutzen] (JUNGE WELT).
Rede von Horst Schmitthenner (IG Metall) vom 7. Februar 2009 in Frankfurt am Main.
URL: http://www.jungewelt.de/2009/02-09/027.php_oder_siehe_Seite_3+_4.
- [09] [16.02.2009: Gefahr für den Euro] (khd-page)
URL: <http://www.khd-research.net/Welcome/News18.html#13>
- [10] [18.02.2009: Der Kapitalismus ruiniert sich selbst] (TAZ)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_33.html#TAZ_1
- [11] [20.03.2009: Die neoliberale Revolution frisst ihre Kinder] (DER TAGESSPIEGEL).
Die Finanzgenies hielten sich für die neuen Götter der Globalisierung. Eine kurze, pointierte Geschichte der Krise von NORBERT BLÜM (CDU).
URL: http://www.tagesspiegel.de/meinung/kommentare/Finanzkrise-Norbert-Bluem;art141,2755354_oder_gespiegelt
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_34.html#TASP_2
- [12] [21.03.2009: Die Finanzkrise ist nur ein Unfall] (FAZ).
Das sagte der konservative Vordenker George Friedman (Austin/Texas) im Interview und will das Finanzsystem nur reparieren.
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_34.html#FAZ_1
- [13] [23.03.2009: Würden Sie diesen Finanzexperten trauen?] (NACHDENKSEITEN)
URL: <http://www.nachdenkseiten.de/?p=3842>
- [14] [24.03.2009: Die Glaubwürdigkeit der Freiheit] (BUNDESPRÄSIDENTIALAMT).
Kompletter Text der Berliner Rede von Bundespräsident Horst Köhler.
URL: http://www.bundespraesident.de/Anlage/original_653324/Berliner-Rede-2009-von-Bundespraesident-Horst-Koehler.pdf_oder_gespiegelt
URL: http://www.khd-research.net/Docs/BuP_Bln-Rede_2009__653324.pdf
- [15] [27.03.2009: Die Wut sucht ein Gesicht] (DER TAGESSPIEGEL).
Ein bemerkenswerter Kommentar zur aktuellen Situation.
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_35.html#TASP_1
- [16] [27.03.2009: „Soziale Marktwirtschaft zu schwach“] (TAZ).
Die Krise aus Sicht der Gewerkschaft IG Metall.
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_35.html#TAZ_1
- [17] [28.03.2009: Dämonisierung der Proteste gegen den G20-Gipfel in London] (TELEPOLIS)
URL: <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/30/30026/1.html>

- [18] [29.03.2009: Lücken auf der Agenda] (DER TAGESSPIEGEL).
Hauptsache Aktion: Die Staaten pumpen Milliarden in die Konjunktur. Doch was das auslösen könnte, ist auf dem Londoner G20-Gipfel kein Thema. Von HARALD SCHUMANN.
URL: http://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/Konjunkturpaket;art271,2761850_oder_gespiegelt
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_35.html#TASP_2
- [19] [03.04.2009: Sie stellen sich der Verantwortung] (DER TAGESSPIEGEL).
Eine Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse des Londoner Weltfinanzgipfels.
URL: http://www.tagesspiegel.de/zeitung/Fragen-des-Tages-G20;art693,2765625_oder_gespiegelt
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_35.html#TASP_3
- [20] [03.04.2009: Üben für die Weltregierung] (DER TAGESSPIEGEL).
Ein Leitartikel von HARALD SCHUMANN.
URL: <http://www.tagesspiegel.de/meinung/kommentare/G-20-Gipfel;art141,2765626>
- [21] [05.04.2009: Geldvernichter ohne Haftung] (DER TAGESSPIEGEL).
Risiko bis zum Exzess: Es fehlt eine schonungslose gesellschaftliche Debatte über das Fehlverhalten der Finanzbranche. Ein Gastkommentar von Thilo Bode und Katja Pink.
URL: http://www.tagesspiegel.de/meinung/kommentare/Finanzbranche;art141,2767023_oder_gespiegelt
URL: http://www.khd-research.net/Heimat/D/Deutsche_Wirtschaft_02.html#TASP_2
- [22] [06.04.2009: Viele „Good Banks“ braucht die Welt] (khd-research)
URL: http://earth.prohosting.com/khdit/index.html#Good_Banks (nur zur Zeit)
- [23] [09.04.2009: Unterschätzte Risiken] (DEUTSCHLAND-RADIO KULTUR)
Wie die Realität die Finanzmathematik einholt. Transkript der Rundfunksendung aus der Reihe „Forschung und Gesellschaft“ von AGNES HANDWERK.
URL: http://www.khd-research.net/Docs/D-RADIO_fug-090409.pdf
- [24] [11.04.2009: Zur wahren Situation im deutschen Parlament] (DER SPIEGEL).
Hinweis auf ein Schlüssel-Interview, in dem CSU-Rebell Peter Gauweiler erklärt, wie das im Deutschen Bundestag tatsächlich mit der Demokratie (ab)läuft: Nix „freier Abgeordneter“, stattdessen Duckmäusertum und Repressionen in den Fraktionen.
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_36.html#SP_1
- [25] [11.04.2009: Frankfurter Appell der IG Metall] (Inserat in DER SPIEGEL)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_36.html#IGM_1
- [26] [13.04.2009: Edgar Most über die Finanzkrise] (TAZ)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_36.html#TAZ_1
- [27] [16.04.2009: Die Finanzkrise – einmal anders erklärt] (DER STANDARD)
URL: <http://derstandard.at/?id=123722999316>
- [28] [21.04.2009: IWF: Finanzkrise hat 4 Billionen Dollar vernichtet] (GOOGLE-NEWS)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_36.html
- [29] [22.04.2009: Zahltag für die Gläubiger] (DER TAGESSPIEGEL).
Das Ausmaß der potentiellen Verluste deutscher Banken hat abenteuerliche Ausmaße erreicht – und der Steuerbürger soll zahlen und zahlen. Die „Bad Bank“ treibt dieses Vorgehen auf die Spitze, während die Gläubiger der ‚Zombie‘-Banken von der Bundesregierung geschützt werden. Doch es gibt eine faire Alternative zur „Bad Bank“, wie HARALD SCHUMANN aufzeigt.
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_37.html#TASP_1
- [30] [24.04.2009: BAFin-Liste zum Ausfallrisiko bei deutschen Banken] (Rekonstruktion). Siehe Seite 24.
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_36.html#BAFin-Liste
- [31] [26.04.2009: Warum diese Krise eine Zäsur ist] (DER TAGESSPIEGEL).
Volkswirt und Bundesfinanzminister PEER STEINBRÜCK (SPD) postuliert: Die angloamerikanische Blaupause des Markts verliert an Dominanz. Das kann der Beginn von etwas Besserem sein.
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_37.html#TASP_2

- [32] [13.11.2003: Deutschland leidet an einer ‚Technologielücke‘] (NET-ZEITUNG).
Hohe Lohnnebenkosten und überregulierte Märkte mußten als Hauptgrund für die anhaltende Stagnation in Deutschland herhalten. Aber das eigentliche Problem waren und sind noch immer viel zu geringe Investitionen in wegweisende Technologie, sagte bereits 2003 Wirtschaftsprofessor Aiginger.
URL: http://www.khd-research.net/Heimat/D/Deutsche_Wirtschaft_01.html#NetZ_1
- [33] [30.04.2009: Sinkende Löhne sind Gift für die Wirtschaft] (DER TAGESSPIEGEL)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_37.html#TASP_4
- [34] [03.05.2009: Ihr Einsatz, bitte! — Die Banken zocken wieder] (DER TAGESSPIEGEL)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_37.html#TASP_3
- [35] [04.05.2009: Was macht die Welt?] (DER TAGESSPIEGEL)
URL: <http://www.tagesspiegel.de/politik/international/Margaret-Thatcher-Nahost-Barrack-Obama-Steinmeier;art123,2788618>
- [36] [17.05.2009: Das System Finanzkrise] (PT-MAGAZIN)
URL: <http://www.pt-magazin.de/newsartikel/datum/2009/05/17/das-system-finanzkrise/>
- [37] [18.05.2009: FDP — Neue Zahlen, bitte] (FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND)
URL: <http://www.ftd.de/meinung/kommentare/Leitartikel-FDP-Neue-Zahlen-bitte/515131.html>
- [38] [01.10.2004: Zum Fall Karstadt] (khd-research)
URL: <http://www.khd-research.net/Welcome/News11.html#4>
- [39] [30.05.2009: Streitgespräch über Inflation, Deflation und die Folgen] (DER SPIEGEL – 23/2009)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_38.html#SP_2
- [40] [29.06.1935: Internationale Handelskammer wünscht Goldstandard] (WOLDENBERGER ZEITUNG)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_38.html#WOZ_1
- [41] [29.05.2009: Wikipedia sperrt IP-Adressen von Scientology aus] (HEISE-TICKER)
URL: <http://www.heise.de/newsticker/meldung/print/139586>
- [42] [29.05.2009: Arcandor: Die Verantwortlichen in die Pflicht nehmen] (NEUES DEUTSCHLAND)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_38.html#ND_1
- [43] [03.06.2009: Die Amnesie der Reformen] (TAZ)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_38.html#TAZ_1
- [44] [20.06.2009: Hirnforscher führt Finanzkrise auf angeborene Gier nach Geld zurück] (HEISE-TICKER)
URL: <http://www.heise.de/newsticker/meldung/140828>
- [45] [12.07.2009: Essay von Ralf Dahrendorf: Die verlorene Ehre des Kaufmanns] (DER TAGESSPIEGEL)
URL: http://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/art271,2845452_oder_gespiegelt
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_39.html#TASP_2
- [46] [04.08.2009: Die sieben Todsünden wider die Marktwirtschaft] (FOCUS-ONLINE)
URL: http://www.focus.de/finanzen/news/finanzkrise-die-sieben-todsunden-wider-die-marktwirtschaft_aid_422890.html
- [47] [11.08.2009: Netto-Löhne in Deutschland von 2004 bis 2008 gesunken] (YAHOO-NEWS)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_39.html#YAHOO_1
- [48] [21.08.2009: Lebenszeichen des Parlaments] (DER TAGESSPIEGEL)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_40.html#TASP_2
- [49] [26.08.2009: Eine provozierende Sicht der Finanzkrise] (FAZ)
URL: <http://www.faz.net/s/RubB8DFB31915A443D98590B0D538FC0BEC/Doc-EFB6E9B90B9B34C7FB5174539C9BCF6A6~ATpl-Ecommon-Scontent.html>
- [50] [29.07.2009: The ‚Surprising‘ – Origin and Nature of Financial Crises] (Caballero & Kurlat, MIT)
URL: <http://www.kc.frb.org/publicat/sympos/2009/papers/caballeroKurlat.07.29.09.pdf>
- [51] [01.09.2009: Was ziehen wir für Lehren aus der Finanzkrise?] (DIE WELT)
URL: <http://www.welt.de/wirtschaft/article4441764/Was-ziehen-wir-fuer-Lehren-aus-der-Finanzkrise.html>

- [52] [14.09.2009: Die Lehman-Lügen] (FRANKFURTER RUNDSCHAU)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_40.html#FR_1
- [53] [16.09.2009: OECD warnt vor erhöhtem Armutsrisiko] (NEUE ZÜRCHER ZEITUNG)
URL: http://www.nzz.ch/finanzen/nachrichten/oecd_rechnet_nicht_mit_schneller_erholung_am_arbeitsmarkt_1.3577965.html
- [54] [25.09.2009: G20-Gipfel in Pittsburgh: Schöne neue Weltordnung] (SPIEGEL-ONLINE)
URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,651445,00.html>
- [55] [27.09.2009: Die Bundestagswahl 2009] (khd-research)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/Ex/BT-Wahl_2009.html
- [56] [23.11.2009: Wahnsinn 2.0] (DER SPIEGEL – 48/2009, Seite 72–83)
Mit einer exzessiven Geld- und Schuldenpolitik wollten die Regierungen in aller Welt die Krise bekämpfen – und haben so die Grundlage für die nächste geschaffen: An den Finanzmärkten hat sich schon wieder eine Spekulationsblase gebildet. Die Frage ist nicht, ob, sondern wann sie platzt.
URL: <http://www.spiegel.de/archiv/> (Suche im Archiv)

Quellen-Angaben: Bei jedem Eintrag sind hinter dem Datum in (...) abgekürzt die Quellen angegeben. Im Internet gibt es dazu ein Verzeichnis der Bedeutung dieser Abkürzungen. Außerdem sind dort auch Links zu den Agenturen bzw. Medien angebracht, so daß mit deren Suchmaschinen eine bestimmte Meldung (hoffentlich) gefunden werden kann. Dieses Verzeichnis ist zu finden unter folgendem Pfad (URL): http://www.khd-research.net/Abk/News_Quellen.html

Das Hauptportal des „khd-research.net“ ist im Internet erreichbar unter der Adresse: <http://www.khd-research.net/>.

Erscheinungsorte sind San José (USA) oder Toronto (Canada). Herausgeber der Publikationen ist: Dipl.-Ing. K.-H. Dittberner, Berlin. Es gilt der Disclaimer.

Der hier im PDF-Format präsentierte Haupt-Artikel (Kommentar) wurde erstmals in Nr. 616 der Ausgabe der »khd-Page« vom 18. März 2009 veröffentlicht. Alle im Text unterstrichenen Begriffe sind im Original (im Internet) mit Links (Verweisen) versehen, die zu weiterführenden Informationen im Weltwissensnetz führen.

Die Artikel-Archivierung ist unter folgendem Pfad (URL) erfolgt: <http://www.khd-research.net/Welcome/News18.html#15> (dann immer den „weiter“ folgen).

* Dieses Krisen-Tagebuch wurde seit dem 16. März 2009 über mehrere Seiten der Dokumentationen „Politik skandalös“ verteilt im Internet publiziert. Start-URL siehe nebenan. Natürlich konnten nur die als besonders wichtig angesehenen Ereignisse notiert werden.